

HELDEN UND HANDLANGER: Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen

ROG-Atlas · Herausgegeben von »Reporter ohne Grenzen«



**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR PRESSEFREIHEIT

	Vorwort	4
1.	Einleitung Blackbox Regionaljournalismus <i>von Moritz Gathmann</i>	5
2.	Das Moskauer Gebiet Starke staatliche Medienmacht, aber gute ökonomische Bedingungen für private Konkurrenz <i>von Moritz Gathmann</i>	11
3.	Medien in Sotschi und in der Region Krasnodar Zwischen Anpassung und finanziellen Engpässen <i>von André Ballin</i>	21
4.	Die Region Perm Pressefreiheit mit Kratzern <i>von Mareike Aden</i>	30
5.	Das Gebiet Swerdlowsk Viele Medien, wenig Vielfalt <i>von Erik Albrecht</i>	40
6.	Das Gebiet Archangelsk Pressefreiheit auf holprigen Pfaden <i>von Moritz Gathmann</i>	50
7.	Die Region Primorje Medien an der kurzen Leine <i>von Florian Willershausen</i>	59
8.	Die Region Altai Der politische Machtkampf spaltet die Medienszene <i>von Erik Albrecht</i>	70
9.	Schlussbemerkung und Empfehlungen	79
	Impressum	81

Danksagung

»Reporter ohne Grenzen« dankt dem »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« und der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« für die langjährige Zusammenarbeit und die Unterstützung.

Als Russlands neuer Präsident Medwedew am 7. Mai 2008 sein Amt antrat, nahmen dies viele Kommentatoren und Politiker im Westen zum Anlass, um eine Wende zum Positiven in der Entwicklung zur Demokratie im Land zu verzeichnen. In der Tat schienen neue Töne aus Moskau diese Möglichkeit anzudeuten. Der neue Chef im Kreml forderte eine unabhängige Justiz und sprach davon, dass »Freiheit besser als Unfreiheit« sei. Allerdings äußerte er sich auch befriedigt über die Lage der Medien, was bei deren Betrachtung nur als befremdlich erscheinen kann. Andererseits ist die Einladung des Chefredakteurs der unabhängigen »Nowaja Gaset«, Dmitrij Muratow, in den Kreml durch Präsident Medwedew, nach dem Doppelmord an dem russischen Menschenrechtsanwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa Anfang 2009, ein ebenso ermutigendes Signal wie das erste Exklusiv-Interview des Präsidenten im April 2009 in der »Nowaja Gaset«.

Für die demokratische Entwicklung in einem Land ist die Freiheit der Presse unabdingbar. Wenn Medwedews Forderungen so zu deuten sein sollen, dass er in Russland »mehr Demokratie wagen« will, so müsste sich dies auch in der Medienlandschaft abzeichnen.

In Moskau erscheint die Lage relativ übersichtlich. Selbst Vertreter der Exekutive bestreiten nicht, dass die überregionalen Fernsehkanäle der Kontrolle des Kremls unterstehen. Sie verweisen deshalb auf die unabhängige Rolle des Rundfunksenders »Echo Moskwy« und eine in der Hauptstadt vergleichsweise vielfältige Presselandschaft. Dennoch geben die Informationen aus der Zentrale der Macht wenig Grund zum Optimismus. Wie aber verhält es sich mit der Pressefreiheit in den Regionen des weiten Landes? In den vergangenen Jahren drangen bestürzende aber auch ermutigende Informationen – meist eher zufällig – an die Außenwelt. Mit der systematischen Beschreibung der Medienlandschaft in sieben ausgewählten Regionen will »Reporter ohne Grenzen« ein differenzierteres Bild der Verhältnisse zeichnen. Dieses Bild soll nicht nur den Blick schärfen für Notlagen und Bedrängnis von Journalisten in bestimmten Regionen, sondern auch für Spielräume und Chancen.

Ziel der Untersuchung ist es, einen Atlas zu zeichnen für die Pressefreiheit in Russland. Mit Mareike Aden, Erik Albrecht, André Ballin, Moritz Gathmann und Florian Willershausen sind fünf landes- und fachkundige Rechercheure, die als deutsche Korrespondenten in Moskau akkreditiert sind, im Sommer 2009 in sieben ausgewählte Regionen des Landes

gereist und haben vor Ort recherchiert, um die Lage der Medien vor Ort zu ergründen.

Vom dünn besiedelten Archangelsk im hohen Norden Russlands bis zum südlichen Sotschi, das im Jahr 2014 als Austragungsort der Olympischen Spiele zum Aushängeschild Russlands wird, von der als liberal bekannten Uralstadt Perm bis zum als kriminell verrufenen Wladiwostok im Fernen Osten sowie in Swedlowsk und im Moskauer Gebiet.

Wir wollten herausfinden: Welchem Druck, welchen Gefahren sind Zeitungsverleger, Chefredakteure und Journalisten in der russischen Provinz ausgeliefert? Wo gibt es auch positive Entwicklungen: Was bedeutet es zum Beispiel, dass die Moskauer »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« auf ihrer jährlich veröffentlichten »Karte der Glasnost« (Transparenz) im vergangenen Jahr immerhin 19 von 86 russischen Regionen als »relativ frei« beurteilt? Ist es wirklich immer nur der russische Staat, der die Medien drangsaliert, oder spielen ökonomische Bedingungen ebenso eine Rolle? Wie scharf ist die Schere im Kopf der Journalisten? Oder gibt es auch Verleger, die mit cleveren Geschäftsmethoden eine ökonomische Basis für unabhängigen Journalismus schaffen? Dazu gehörten die Fragen nach den Besitzverhältnissen, etwaigen Monopolen, die Beschreibung der Rolle von Politik und Wirtschaft im Umgang mit den Medien, aber auch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Herausgekommen ist dabei ein Bericht, der ein differenziertes Bild der Einschränkungen, aber auch der Spielräume für russische Journalisten zeichnet. Vor allem wird deutlich, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit von staatlichen Stellen in Russland häufig bedeutet, dass Oligarchen oder lokale Unternehmer Medien für ihre Interessen einspannen. Während sich viele Journalisten mit wachsender Sorge um ihren Arbeitsplatz in die gegebenen Verhältnisse fügen, stechen dennoch einige wenige Kollegen heraus, die sich trotz widriger Umstände mit unabhängiger Berichterstattung behaupten können.

*Gemma Pörzgen und Dirk Sager
Reporter ohne Grenzen*



Kritische Journalisten leben in der Russischen Föderation gefährlich – das ist nicht erst seit der Ermordung der renommierten Journalistin Anna Politkowskaja im Herbst 2006 allgemein bekannt. Seit dem Machtantritt des damaligen Präsidenten Wladimir Putin im März 2000 wurden mehr als 20 Journalisten getötet. Russland landete damit bei der Rangliste zur weltweiten Situation der Pressefreiheit im Jahr 2008 mit Platz 141 auf einem der hintersten Plätze von 173 Staaten. Aber spiegeln diese Zahlen und Bewertungen die wirkliche Lage in dem riesigen Land ausreichend wider?

Westliche Journalisten und Experten wissen inzwischen relativ gut Bescheid über die Situation der in Moskau ansässigen Medien: Die unabhängige »Nowaja Gaseta« und der Radiosender »Echo Moskwy« werden regelmäßig als letzte Bastionen der Pressefreiheit in Russland bezeichnet. Neben der Hauptstadt ist die westliche Aufmerksamkeit vor allem auf »Hot Spots« wie Tschetschenien gerichtet.

Die Freiräume sind von Region zu Region unterschiedlich

Politische und ökonomische Bedingungen für kritischen Journalismus existieren außer in autoritär regierten Regionen wie Tatarstan, Baschkirien und dem Nordkaukasus oder den an Bodenschätzen reichen Regionen wie Tjumen oder Norilsk, wo Öl- und Gasgiganten wie Gasprom oder Lukoil die Medien kontrollieren, überall in Russland. »Der Kreml erlaubt eine unabhängige Presse in den Regionen«, ist Anna Koschman, Direktorin der »Allianz unabhängiger russischer Verlage« (ANRI), überzeugt. Tatsächlich haben die Rechercheure von »Reporter ohne Grenzen« kaum Fälle von direktem Einfluss des Kremls auf Medien in den Regionen gefunden. Eine allgemeine Tendenz ist seit Beginn der Putin-Ära jedoch unübersehbar: »Die Schwelle für Kritik ist höher geworden«, wie die Leiterin des von der Stiftung »New Eurasia« geförderten »Russian Independent Print Media Program« Maria Eismond fest-

stellt. Die möglichen Freiräume sind dabei von Region zu Region jedoch sehr unterschiedlich: »Die Situation der Pressefreiheit in Primorje wird immer dramatischer«, sagt etwa der Vorsitzende der Journalistenvereinigung in Fernost, Sergej Bulach. Ähnlich sieht es in der Olympiastadt Sotschi aus: Dortige Journalisten können von dem, was sich ihre Kollegen in Perm erlauben, bislang nur träumen. So erzählt Anastasja Setschina, ehemalige Chefredakteurin von »Echo Perm« und bis heute Mitarbeiterin des Senders: »Wenn wir unsere Sendungen bei Journalisten-Wettbewerben einreichen, wundert man sich dort: Wieso habt ihr noch keine Probleme bekommen mit solch kritischen Beiträgen?«

Aber selbst innerhalb einer Region können die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten bedeutend sein: Während in den Moskauer Vororten wie Chimki oder Odinzowo die Verwaltungen die bestehenden Medien völlig unter Kontrolle haben, existieren in mehreren anderen Städten des Moskauer Gebiets wie Klin, Schukowsk oder Dubna unabhängige und kritische Medien.

Was heißt eigentlich »unabhängig«?

Wer sich als westlicher Journalist mit Pressefreiheit in den russischen Regionen beschäftigt, wird schnell dazu gezwungen, festgefügte Denk-Kategorien zu relativieren. Die Vorstellung, Medien könnten einfach in »unabhängig« und »abhängig« oder gar »frei« und »unfrei« kategorisiert werden, erweist sich angesichts der russischen Realität schnell als unbefriedigend. Selbst im Westen gern gebrauchte Bezeichnungen wie »oppositionell« oder »liberal« sind häufig unzulässige Vereinfachungen.

Wichtiger ist vielmehr, wem ein Medium gehört und wie stark der Einfluss des Eigentümers sich auf die politische Ausrichtung des Mediums auswirkt. Es ergibt sich dabei folgende Unterscheidung:

- Medien in staatlichem Besitz oder mit Einfluss des Staates über »Informationsverträge«
- Medien in privatem Besitz, aber mit starkem Einfluss des Besitzers
- Medien in privatem Besitz und ohne Eingriffe in die Berichterstattung

Viele regionale Zeitungen und ein Großteil der Radio- und Fernsehsender sind teilweise oder ganz in Besitz der Region, des Landkreises oder der Stadt. Diese Medien stehen bis heute meist in der sowjetischen Tradition, Verlautbarungsorgane der staatlichen Institutionen zu sein. Eine gewisse Sonderstellung nehmen allerdings die Regionalbüros der staatlichen rus-

sischen Rundfunkgesellschaft GTRK ein, die den einflussreichen Fernsehsender »Rossija« mit regionalen Beiträgen versorgen: Da die Finanzierung aus Moskau kommt, können sich die Chefredakteure in manchen Regionen eine gewisse Unabhängigkeit erhalten, wie das Beispiel Altai zeigt. Im Gebiet Krasnodar wurde dagegen der Chefredakteur des Senders entlassen, nachdem er sich geweigert hatte, die von der Pressestelle geschickten Beiträge auszustrahlen und sie auf Nachrichtenformat zurechtstutzte.

Aber auch ein Medium ohne staatliche Beteiligung betreibt nicht unbedingt unabhängigen Journalismus. »Reporter ohne Grenzen« hat bei den Recherchen in den Regionen mehrere Beispiele von Medien gefunden, in deren Impressum zwar kein Wort über den Bürgermeister oder den Gouverneur steht, die sich aber in ihrer Berichterstattung einseitig auf die Seite der Machtorgane geschlagen haben. Beispiele dafür sind etwa die Zeitung »Oka-Info« aus der Stadt Serpuchow (Moskauer Gebiet) oder »Wolnaja Kuban« im Gebiet Krasnodar.

»Informationsverträge« als Instrument der Kontrolle

Das Instrument, das den Regierenden die Loyalität dieser nur pro forma unabhängigen Medien sichert, sind »Informationsverträge«: Der Vertrag des Bürgermeisteramtes Klin mit dem Fernsehkanal »Poisk TV« sieht beispielsweise eine Berichterstattung über die Tätigkeit der städtischen Organe von 960 Minuten pro Quartal vor. Den Auftraggebern wird dabei das Recht eingeräumt, »Empfehlungen zum Inhalt, zur künstlerischen und ästhetischen Qualität zu geben.« Zudem haben sie »jederzeit« das Recht, die Arbeit des Fernsehkanals zu überprüfen. Die Bedeutung dieser Verträge ist immens. Der Etat von »Primamedia«, dem Online-Marktführer im Gebiet Wladiwostok, bestand im letzten Jahr zu mehr als 50 Prozent aus den Einnahmen aus staatlichen Werbeverträgen. »Wenn der Herausgeber irgendeiner großen Zeitung behauptet, dass er auf Werbeverträge mit dem Staat verzichten kann, glaube ich ihm kein Wort«, zeigt sich deshalb der »Primamedia«-Eigentümer Alexander Sawitzki überzeugt.

Doch auch die »Opposition« – in den meisten Fällen eine Gruppe von Geschäftsleuten, die sich im Konflikt mit den Machtorganen befinden – schläft nicht: Sie gründet eigene Medien, um im Informationskrieg zu bestehen. Häufig stehen im Impressum dieser Zeitungen nicht die Namen der wahren Besitzer: Stattdessen präsentieren sich solche Blätter gerne als Sprachrohr einer Bürgerinitiative (wie die Zeitung »Soglasije i Prawda« in der Kleinstadt Klin), oder die Finanzierung des Mediums läuft gänzlich intransparent ab: So wurde die »Prawda Sewero-Sapada« in

Archangelsk verdeckt von Strukturen des Oligarchen Oleg Deripaska finanziert.

Diese Gruppe von Medien ist im besten Fall als »oppositionell« zu bezeichnen, weil sie gegen den bestehenden Bürgermeister oder Gouverneur anschreiben. Allerdings ist das Niveau äußerst niedrig: Journalistische Prinzipien werden nur selten beachtet, denn das Ziel dieser Medien ist die Kompromittierung der politischen oder wirtschaftlichen Gegner. In manchen Orten wie der Stadt Serpuchow (Moskauer Gebiet) oder im Gebiet Altai liefern sich die verschiedenen Machtgruppierungen mit Hilfe eigener Medien eine regelrechte Schlacht um die öffentliche Meinung. Bei oberflächlicher Betrachtung entsteht so der Eindruck von Meinungspluralismus. In Wirklichkeit berichtet jedoch keines dieser Medien objektiv: Negative Informationen erscheinen immer nur über die »gegnerische« Seite.

Besonders vor Wahlen kommt es häufig vor, dass Zeitungen zu Zehntausenden in den Briefkästen der Bürger landen, die von einer Gruppe von Geschäftsmännern finanziert werden und die regierenden örtlichen Machthaber mit lauterer wie unlauterer Methoden attackieren. Für die Entstehung solcher einseitigen »Agitationszeitungen« tragen die Bürgermeister und Gouverneure mit ihrer repressiven Politik gegenüber tatsächlich unabhängigen und kritischen Medien jedoch selbst die Verantwortung: Im Moskauer Vorort Chimki gibt es zum Beispiel kein Medium mehr, in dem oppositionelle Politiker überhaupt zu Wort kommen oder Kritik an den örtlichen Zuständen geübt werden kann. In der liberalen Region Perm dagegen existieren derartige »Agitationsmedien« kaum.

Die dritte Gruppe bilden tatsächlich unabhängige Medien – mit dem Wort »unabhängig« ist in diesem Bericht unabhängig von den Interessen politischer Akteure, von Geschäftsleuten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeint. Beispiele dafür lassen sich trotz der harten Konkurrenz in allen untersuchten Regionen finden und widerlegen schon allein durch ihre Existenz, die Behauptung, dass Medien ohne staatliche Gelder nicht existieren könnten. Der größte Teil dieser Medien hat niemals auch nur einen einzigen Rubel aus Informationsverträgen mit staatlichen Stellen erhalten.

ANRI – Die »Allianz der unabhängigen russischen Verlage«

Bei den Printmedien haben sich seit 2004 mehr als fünfzig Regionalzeitungen zu einer »Allianz der unabhängigen russischen Verlage« (ANRI) vereinigt. Dazu gehört unter anderem die »Klinskaja Nedelja« (Moskauer Gebiet), die Zeitung »Swobodni Kurs« (Gebiet Altaj) oder auch die Ende 2007 von der WAZ-Gruppe

gekaufte »Sloboda« in der Stadt Tula. Aber unabhängig von ANRI gibt es auch andere Medien in den russischen Regionen, die unter schwierigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen daran festhalten, sich von keinem der politischen oder wirtschaftlichen Akteure »kaufen« zu lassen.

Nach Schätzung von ANRI-Direktorin Anna Koschman existieren neben ihren Mitgliedern in ganz Russland noch etwa 20 weitere unabhängige Zeitungen. Die meisten dieser Zeitungen weisen eine stabile Finanzierung auf. Ihre Herausgeber haben meist kleine Verlage gegründet, deren Flaggschiff zwar die Zeitung ist, aber das meiste Geld wird häufig mit »unpolitischen« Druckerzeugnissen wie Hochglanzmagazinen, Werbezeitungen, Rentnermagazinen, Kalendern oder Büchern verdient. Im hohen Norden, dem wirtschaftlich äußerst schwachen Gebiet Archangelsk, gibt beispielsweise Wjatscheslaw Bjelousow die Zeitung »Wetscherni Sewerodwinsk« heraus. Seine Unabhängigkeit kann er sich leisten, weil er seinen Verdienst mit russlandweit erscheinenden, politikfreien Zeitschriften wie der »Pensionerskaja Prawda« sichert.

Gleichzeitig muss einer Reihe dieser Zeitungen eine gewisse »politische Zahnlosigkeit« attestiert werden: Paradebeispiel hierfür ist die »Sloboda« in Tula, die sich als »qualitativ hochwertiges Tabloid mit positiven Nachrichten« begreift und sich mit ihrem wirtschaftlich erfolgreichen Konzept inzwischen auf vier weitere Regionen ausgebreitet hat. Denn die Herausgeber sind meist nicht daran interessiert, mit den Mächtigen auf Konfliktkurs zu gehen: »Sie sehen die Zeitungen als Geschäft«, sagt Koschman. Sie stünden deshalb für einen »bürgernahen« Journalismus, in dem Politik zwar vorkomme, der aber eher die alltäglichen Probleme der Menschen in den Mittelpunkt stelle. Eine kritische Berichterstattung über den amtierenden Gouverneur oder den Bürgermeister ist dabei meist tabu. Dafür, so bekräftigt Natalja Tschernyschowa vom russischen Journalistenverband im Moskauer Gebiet, gebe es in den unabhängigen Medien viel Raum für die Meinung der Leser – ein großer Unterschied immerhin zu den staatlichen Medien, die zumeist reines Sprachrohr der Offiziellen sind.

Eine weitere Gruppe stellen die überregionalen Ableger von Moskauer Medien dar: Sie gibt es heute in vielen Regionen, allerdings dominiert dabei das Boulevard-Blatt »Komsomolskaja Prawda« mit über 40 Regionalausgaben. Ein interessantes Modell stellt der Verlag »Provinzija« dar, dessen Zeitungen in 25 Regionen erscheinen und zu etwa 80 Prozent aus regionalen Themen bestehen. Zu diesem Verbund gehört unter anderem der »Krasnodarski Kurier« in Sotschi (Gebiet Krasnodar). Auch regierungskritische Zeitungen wie die »Nowaja Gaseta«

(im Gebiet Krasnodar) oder das Moskauer Wirtschaftsblatt »Kommersant« (Perm) haben regionale Ableger. Finanzielle Unterstützung erhalten sie von ihren »Mutterblättern« allerdings nicht.

Mediale Einzelkämpfer

Eine eigene Gruppe bilden die medialen »Einzelkämpfer«, die zumeist Anfang der 90er Jahre entstanden sind und deren Geschäftsmodell sich seither nur wenig geändert hat: Die Zeitung stellt meist ihre einzige Verdienstmöglichkeit dar. Diese Blätter stehen finanziell oft auf wackeligen Beinen und leben vor allem von Idealismus und Selbstaussbeutung ihrer Mitarbeiter. So lässt sich die Zeitung »Arsenjewskije Westi« aus Wladiwostok trotz der politischen und wirtschaftlichen Grabenkämpfen in der Region nicht in die Konfrontation mit hineinziehen, sondern berichtet erstaunlich neutral und dennoch scharf und kritisch. In jüngsten regionalen Statistiken der Leserzahlen landete das Blatt immerhin auf dem dritten Platz, was jedoch wenig an der wirtschaftlichen Schiefelage ändert, in der sich das Blatt seit Jahren befindet.

»Unabhängige Zeitungen haben mehr Möglichkeiten als Radio oder Fernsehen«, sagt Medienexpertin Eismond. In den finanzintensiveren Medien Fernsehen und Radio hat »Reporter ohne Grenzen« eine geringere Vielfalt gefunden: Meist dominieren die aus dem staatlichen oder regionalen Budget finanzierten Kanäle, in mehreren Regionen wurden in den letzten Jahren bislang unabhängige Kanäle von der herrschenden Machtclique aufgekauft. Eine positive Ausnahme bildet der private und unabhängige »4. Kanal« in Jekaterinburg (Gebiet Swerdlowsk). Die Zahl der unabhängigen Radiosender ist noch etwas höher: »Echo Moskwy Jekaterinburg« oder »Radio Lemma« in Wladiwostok sind solche Beispiele.

Das Internet hat sich in den letzten Jahren auch in den russischen Regionen zu einem viel genutzten Medium entwickelt: Allerdings sind die Verdienstmöglichkeiten bislang sehr gering, deshalb veröffentlichten die meisten Medien hier nur Informationen aus anderen Quellen. Auch die Glaubwürdigkeit von Online-Zeitungen ist bislang gering: Dmitri Poljanin, der Vorsitzende des Journalistenverbands im Gebiet Swerdlowsk, schätzt, dass im Internet bis zu 80 Prozent des Inhalts »bezahlte« PR-Artikel sind. Auch wenn ein Großteil der Russen Online-Tagebücher führen und in Social Communities aktiv sind: Politisch einflussreiche Blogger waren in keiner der untersuchten Regionen zu finden.

Der Staat füttert die eigenen Medien – und verzerrt den Markt

In einem riesigen und dünn besiedelten Land wie

Russland, in dem benachbarte Städte oder Kreise oft weit voneinander entfernt sind, können regionale Medien gegenüber den überregionalen naturgemäß auftrumpfen. »Die Leute schimpfen auf ihre Regionalzeitungen, aber sie lesen sie trotzdem«, sagt Jelena Tschernyschowa vom Journalistenverband über den Zeitungsmarkt im Moskauer Gebiet. Dennoch berichten viele regionale Herausgeber, dass eine Wochen- oder Tageszeitung meist nur Verluste erwirtschaftet. Dafür gibt es zwei Gründe.

Einerseits existieren in allen Regionen Russlands so genannte »Reklamezeitungen«, die praktisch keinen redaktionellen Inhalt haben, aber dafür – bis oben hin mit Anzeigen gefüllt – ein lukratives Geschäft darstellen. Sie werden in Auflagen von zuweilen mehr als 100.000 Exemplaren in die Briefkästen der Einwohner geworfen und entziehen den anderen Medien einen großen Teil des Werbeaufkommens. Der landesweite Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre hat derartige Low-Budget-Produkte zu Tausenden aus dem Boden sprießen lassen. Nach Meinung des Herausgebers Alexej Lipnizki (Archangelsk) ist die Existenz dieser Werbezeitungen ohne redaktionellen Inhalt ein Zeichen dafür, dass der Werbemarkt noch schlecht entwickelt ist. Zum Zustand des Werbemarktes in den Regionen eine Vergleichszahl, die das Gefälle deutlich macht: Eine Regionalzeitung wie die Archangelsker »Business-Class« (Auflage: 10.000) verkauft eine Seite Werbung für 35.000 Rubel (800 Euro), die Moskauer Wirtschaftszeitung »Kommersant« (Auflage: 130.000) bekommt dagegen pro Seite 1,15 Millionen Rubel (27.000 Euro).

Andererseits verzerren die regionalen Machtstrukturen den Markt mit ihren Subventionen für staatliche und staatsnahe Medien: Der Staat zahlt die Gehälter der Mitarbeiter, lässt die Redaktionen praktisch kostenlos in stadteigenen Gebäuden arbeiten und »investiert« in die technische Ausstattung. Hinzu kommen die Informationsverträge für private, aber staatsnahe Medien: So waren im zweiten Quartal 2008 im Haushalt des Gouverneurs von Wladiwostok sieben Millionen Rubel (ca. 163.000 Euro) veranschlagt, um die gesetzlich festgeschriebenen »Informationsleistungen« zu finanzieren. Besonders im Moskauer Gebiet hat die Administration in den vergangenen Jahren die eigenen Medien mit neuer Technik aufgerüstet. Gerade auf dem kostenintensiven Fernseh- und Radiomarkt haben private Sender gegen die staatlichen oder vom Staat über »Informationsverträge« gefütterten Konkurrenten wenig Chancen. »Die Freiheit kommt erst, wenn die Nachrichtenpresse wirklich zum Geschäft wird«, sagt der Jekaterinburger Journalist Sergej Panasenکو, dessen unabhängige Zeitung »Podrobnosti« vor wenigen Jahren diesem unfairen Wettbewerb zum Opfer gefallen ist. Auch Georgi

Iwanow, Chefredakteur der unabhängigen Wochenzeitung »Sotschi« (Gebiet Krasnodar), gab 2003 entnervt auf, nachdem er der Konkurrenz aus kostenlosen Reklamezeitungen und einer Vielzahl von aus dem Stadtsäckel finanzierten Zeitungen nichts mehr entgegen setzen konnte.

Die Wirtschaftskrise, die Russland im Sommer 2008 erreichte, hat auch die regionalen Medien hart getroffen: Anna Koschman spricht im Sommer 2009 von einem durchschnittlichen Rückgang der Werbeeinnahmen um 45 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr. Gleichzeitig berichtet sie, dass die Auflagen der Zeitungen, die »ernsthafte Informationen verbreiten«, sogar leicht gestiegen seien. Und auch wenn viele von ihnen ihre Ausgaben und die Zahl der Redakteure gekürzt haben: Die unabhängigen Medien könnten als Gewinner aus der Krise hervorgehen. »Denn sie sind nicht betroffen von den staatlichen Budgetkürzungen oder von den wirtschaftlichen Problemen von Geschäftsleuten, die sie bisher finanzierten«, sagt Koschman. So steht etwa das Moskauer Gebiet, das in den vergangenen Jahren besonders vom Wirtschaftsboom profitierte, inzwischen vor der Zahlungsunfähigkeit und muss seine Ausgaben drastisch senken.

»Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird«

Die äußeren Bedingungen, unter denen russische Journalisten arbeiten, sind mit westeuropäischen kaum zu vergleichen: Inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion vom Besitzer des Mediums ist in den wirtschaftlich oder politisch abhängigen Medien ein unbekanntes Phänomen. Warum sollte ein russischer Geschäftsmann oder Politiker ein Medium subventionieren, wenn er es nicht für seine Zwecke einsetzen kann? »Ein Medium ist dazu da, um Einfluss auszuüben«, sagt der Archangelsker Geschäftsmann Dmitri Danilow, der eine kleine Mediaholding aufgebaut hat, die sich aber nach seinen Worten von der Politik so weit wie möglich entfernt hält. »Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird« – die meisten russischen Journalisten haben sich an diese Regel längst gewöhnt.

Besonders prekär wird die Lage von Journalisten in Zeiten des Wahlkampfs. Manche Politiker gründen eigene Zeitungen, die im Jahr vor dem Wahltermin in riesigen Auflagen und kostenlos in den Briefkästen der Bürger landen. Andere versuchen, über bezahlte PR in den bestehenden Medien ihre Konkurrenten zu kompromittieren. Mit in Westeuropa gängiger Wahlwerbung, also Anzeigen, die auch als solche zu erkennen sind, hat das wenig zu tun.

Journalisten, die sich in den Dienst eines Politikers stellen, bringen sich leicht selber in Gefahr. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Pjotr Lipatow, Chefredakteur der Oppositionszeitung »Soglasije i Prawda« (Eintracht und Wahrheit), der auf einer Demonstration in der Stadt Klin (Moskauer Gebiet) den Bürgermeister zum Rücktritt aufrief. Kurze Zeit später wurde er selbst von unbekanntem Tätern angegriffen und verletzt. Auch der Journalist Maxim Solotarjow aus der Stadt Serpuchow (Moskauer Gebiet), der zwei Jahre lang als »Auftragsjournalist« gegen die städtische Administration kämpfte, wurde im Mai 2009 von Unbekannten verprügelt.

Repressionen gegen Journalisten

Im November 2008 wurde Michail Beketow, Chefredakteur der in einem Vorort von Moskau erscheinenden oppositionellen »Chimkinskaja Prawda«, vor seinem Haus brutal zusammengeschlagen. Mehrere Monate lag er im Koma, ihm mussten mehrere Finger und ein Bein amputiert werden. Doch solche Fälle von Gewalt sind selbst in den wenig liberalen Regionen wie Krasnodar oder Wladiwostok eher die Ausnahme. Die staatlichen Methoden zur Unterdrückung der Pressefreiheit sind im Alltag subtiler.

Nach russisch-sowjetischer Tradition betrachten die meisten Vertreter staatlicher Institutionen die Medien als ein »Element im System der gesellschaftlichen Steuerung«, wie Olga Tretjakowa, Leiterin der Journalistikfakultät von Archangelsk, bestätigt. Die Vorstellung von den Medien als »vierter Gewalt«, als Kontrollinstanz, die den Mächtigen auf die Finger schaut und über das Schicksal von Bürgermeistern und Gouverneuren entscheiden kann, ist den Staatsbeamten völlig fremd.

Alle unabhängigen Medien berichten deshalb von häufigen Drohanrufen aus den Behörden, sobald Medien über einen Skandal aus dem Verantwortungsbereich des jeweiligen Beamten berichtet haben. Auch zu Gerichtsprozessen, die Staatsvertreter angestrengt haben, kommt es relativ selten: Einerseits funktioniert die Schere im Kopf vieler Journalisten bereits vor der Veröffentlichung gut, andererseits haben die Machtorgane ihre eigenen Methoden entwickelt, um ihnen nicht genehme Medien zu bestrafen. So werden kritische Journalisten einfach nicht zu Presseterminen eingeladen oder nicht zugelassen, offizielle Informationsanfragen bleiben unbeantwortet. Besonders häufig, so Koschman, berichteten ANRI-Mitglieder vom Einsetzen der »administrativen Ressource« durch staatliche Organe, also Kontrollen durch die Steuerinspektion oder die Feuerwehr, die bei der Überprüfung der Redaktionsräume zweifellos Verstöße gegen die Brandschutzverordnung findet.

Gerichtsverfahren gegen regionale Medien werden dagegen in den meisten Fällen von Geschäftsleuten und Fabrikdirektoren angestrengt. Politiker »drohen nur am Telefon«, sagt etwa der ehemalige Chefredakteur der Archangelsker Zeitung »Prawda Sewera«, Alexander Sacharow. In 18 Jahren journalistischer Tätigkeit hat seine Zeitung 200 Gerichtsverfahren gegen Geschäftsleute geführt – und zwei Drittel davon verloren.

In Perm dagegen berichten vor allem liberale Journalisten von zahlreichen Klagen wegen übler Nachrede durch Behördenvertreter oder den Bürgermeister der Stadt. Die überwiegende Anzahl der Klagen wurde dort von Richtern jedoch zugunsten der Journalisten entschieden, ein Beweis für die starke Position der Medien in der Region. Für Anna Koschman von »ANRI« ist die gerichtliche Verfolgung von Journalisten in den meisten Fällen eine Folge mangelnder Professionalität. »Die Journalisten befolgen die russischen Gesetze nicht«, sagt Koschman. Die ANRI-Mitglieder arbeiteten seriös, und hätten deshalb die meisten Verfahren, auch gegen staatliche Vertreter, gewonnen.

Wer hilft Journalisten in der Not?

Unterstützung bekommen Journalisten in der Not nur in seltenen Fällen von den lokalen Journalistenverbänden: Vielerorts gilt der örtliche Verband als zu staatsnah und erfüllt nicht die Funktionen einer Gewerkschaft. In manchen Regionen (Perm, Jekaterinburg) gibt es jedoch Vorsitzende, denen der Schutz der Mitglieder wichtiger ist als gute Beziehungen zu den Machtorganen.

Überregionale Medien berichten zwar hin und wieder über Einschränkungen der Medienfreiheit in den Regionen und können auf diese Weise einen gewissen medialen Schutz bieten. Allerdings kommen diese Berichte oft zu spät, wie der Fall Michail Beketow zeigt: Die großen Medien, auch die staatlichen Fernsehkanäle, berichteten erst über die schwierige Situation im Moskauer Vorort Chimki, als der Journalist bereits zusammengeschlagen worden war und im Koma lag.

Eine wichtige Rolle spielen die Moskauer Organisationen »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« und »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«, die mit »Reporter ohne Grenzen« eng zusammenarbeiten und russlandweit Vorfälle dokumentieren. Sie verfügen in vielen Regionen über Korrespondenten, die wöchentlich Berichte über die Situation der Pressefreiheit in die Zentrale schicken. In besonders schweren Fällen stellen die Organisationen auch Rechtsanwälte zur Verfügung.

Image-Reklame und Selbstzensur – Russische Journalisten auf berufsethischen Irrwegen

Die Jahre seit dem Zerfall der Sowjetunion haben dem Ruf der russischen Journalisten in der russischen Bevölkerung geschadet. In persönlichen Gesprächen bestätigen Journalisten durchaus, dass sie in Zeiten finanzieller Not ihre Dienste an Politiker, Geschäftsleute oder kriminelle Strukturen verkauft haben. Dmitri Poljanin vom Journalistenverband im Gebiet Swerdlowsk behauptet sogar: »Das wichtigste Problem ist nicht der Mangel an Pressefreiheit, sondern die Korruption der Presse.« Besonders die regionalen Vertreter des Journalistenverbandes beklagen das mangelhafte berufliche Selbstverständnis vieler Kollegen. »Die Zeitungen veröffentlichen Material, das bezahlt wird. Und das verbirgt auch niemand«, sagt die erfahrene Journalistin Olga Golubzowa aus Archangelsk. Image-Reklame und »sakasucha« (von russ. »sakas« = Bestellung) gehören deshalb zum Alltag russischer Medien.

Mit »Image-Reklame« werden in Russland von Journalisten verfasste Werbe-Artikel für einen Politiker oder Geschäftsmann bezeichnet – für den Leser ist das PR-Material jedoch als solches nicht zu erkennen. Moralisch noch eine Stufe darunter steht das Genre »Sakasucha«: Journalisten werden dafür bezahlt, in ihren Artikeln einen politischen oder ökonomischen Gegner zu kompromittieren. Ein besonders schlimmes Beispiel für dieses Phänomen ist eine Anzeige der weitest Moskaus erscheinenden Zeitung »Schelkowschanka« vom März 2008. Das Blatt, das einem lokalen Oligarchen gehört und in einer Auflage von 50.000 Exemplaren verteilt wird, suchte per Anzeige »einen professionellen Journalisten zur systematischen und detaillierten Untersuchung der Tätigkeit der Abgeordneten Natalja Jeremejewa«. Gleichzeitig appellierte die »Schelkowschanka« an alle Leser, denen etwas über die Abgeordnete bekannt ist, ihre Informationen gegen ein Honorar der Zeitung mitzuteilen. Über die Stellenanzeige platzierten die Redakteure ein zeitunglesendes Schwein mit Jeremejewas Gesicht. Jeremejewa, die im Gebietsparlament Abgeordnete der Kommunistischen Partei Russlands ist und eine eigene Zeitung herausgibt, verklagte die Zeitung. Bis heute ist es zu keiner Gerichtsverhandlung gekommen.

In der russischen Bevölkerung gelten Journalisten deshalb als käuflich. »Journalisten sind unpopulär in der Bevölkerung«, sagt Olga Tretjakowa von der Journalistikfakultät in Archangelsk. Auch das Phänomen der Selbstzensur ist weit verbreitet: Journalisten lassen die Finger von kritischen Themen, weil sie die Reaktion der betroffenen Personen fürchten. Strittig ist unter russischen Kollegen, inwiefern diese Furcht berechtigt oder nur eine »Phantomangst« ist. So schreckt Alexander Kirejew, Chefre-

dakteur des Jekaterinburger Online-Portals »E1.ru«, schon vor der Veröffentlichung von Berichten über den Zustand der Straßen oder Dreck in der Stadt zurück – weil dies schon als zu weitgehende Kritik am Bürgermeister gelten könnte.

Für den Permer Bürgerrechtler Igor Awerkijew ist so etwas unverständlich. »Man könnte die Grenzen weiter austesten, ohne große Probleme zu bekommen«, sagt er. Scharf geht auch Swetlana Krawtschenko, unabhängige Journalistin aus Sotschi, mit ihren Berufskollegen ins Gericht: »Es gibt wenige Journalisten, die prinzipiell ihren Standpunkt vertreten, viele sind geneigt, sich lieber nach oben anzubiedern, als die Interessen ihrer Mitbürger zu artikulieren«, sagt sie.

In Medien, die vom Staat, von Politikern oder Geschäftsleuten »gefüttert« werden, können sich Journalisten keine Abweichungen vom angeordneten Kurs leisten. »Man beißt nicht die Hand, die einen ernährt«, heißt es etwa aus der Redaktion des Jekaterinburger Radiosenders »Gorod FM«, dessen Studio sich im Rathaus befindet. In den meisten Regionen Russlands gilt aber: Wer in einem finanziell und politisch unabhängigen Medium arbeitet, das die Gesetze befolgt und zudem noch über gute Anwälte verfügt, der muss sich weder vor Drohanrufen, gerichtlicher Verfolgung oder sonstigen Repressalien fürchten. Doch davon gibt es einfach viel zu wenige.

Dennoch bleibt nach wie vor ein gewisser Spielraum für Journalisten-Persönlichkeiten, die häufig das Bild des unabhängigen Journalismus prägen. Ähnlich wie die ermordete Moskauer Journalistin Anna Politkowskaja finden sich auch in den Regionen engagierte Herausgeber und Journalisten: Russlandweit bekannt ist inzwischen der Herausgeber der Zeitung »Swobodni Kurs« im Altai, Juri Purgin, der in einer politisch umkämpften Region Objektivität bewahrt und dennoch Konflikten nicht aus dem Weg geht. Weniger bekannt, aber ebenso furchtlos ist Maria Sawadskaja, die politische Korrespondentin der Zeitung »Arsenjewskije Westi« im fernöstlichen Wladiwostok. Sie übernehmen eine wichtige Vorbildfunktion, gerade für jüngere Kollegen, die noch nach Orientierung suchen und ihr berufliches Selbstbild erst noch entwickeln müssen. Solche Journalisten-Persönlichkeiten brauchen deshalb doppelte Unterstützung, einmal zu ihrem persönlichen Schutz, aber auch in ihrer Leitbildfunktion für den unabhängigen Journalismus in Russland.

Autor: Moritz Gathmann

Hinweis:

Die in Euro umgerechneten Löhne von Journalisten, Preise für Werbung usw. mögen dem Leser sehr gering vorkommen: Dies hat jedoch auch damit zu tun, dass der Kurs des Rubel gegenüber dem Euro seit dem Sommer 2008 von 34 auf etwa 43 Rubel für einen Euro gefallen ist.



Der Speckgürtel, der einen etwa 150 Kilometer breiten Ring rund um die russische Hauptstadt bildet, hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen: Das Moskauer Gebiet (Moskowskaja Oblast), ein von Moskau unabhängiges Föderations-subjekt, ist einer der Motoren der russischen Wirtschaft. Gleichzeitig hat das Gebiet keine Hauptstadt, kein eigenes Zentrum: Die meisten Verwaltungsorgane liegen in Moskau.

Die Bevölkerung des Moskauer Gebietes ist städtisch geprägt und für russische Verhältnisse wohlhabend: Nach offiziellen Angaben betrug das mittlere Einkommen 2008 etwa 26.500 Rubel (616 Euro) und damit etwa 8500 Rubel mehr als das landesweite Durchschnittseinkommen. Das Moskauer Gebiet hat in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Boom erlebt und erzielt heute nach der Hauptstadt Moskau die größte Wirtschaftsleistung des Landes. Das Budget des Gebiets hat sich seit dem Jahr 2000 verzehnfacht und lag im vergangenen Jahr bei 235 Milliarden Rubel (5 Milliarden Euro).

Das Gebiet ist mit 6,5 Millionen Menschen für russische Verhältnisse relativ dicht besiedelt. Viele Städte haben mehr als 100.000 Einwohner, einige wie Odinzowo, Chimki oder Mytischki sind praktisch mit dem Stadtgebiet Moskaus verwachsen und bilden das so genannte »nahe Podmoskowje«. Städte wie Klin, Dmitrow oder Serpuchow (das »ferne Podmoskowje«) liegen um die 100 Kilometer entfernt und sind politisch und wirtschaftlich weitaus unabhängiger von der russischen Hauptstadt.

Der Einfluss Moskaus ist dennoch im gesamten Gebiet groß: Selbst aus den weiter entfernt gelegenen Städten wie Serpuchow fahren viele Menschen zur Arbeit in die Hauptstadt, weil dort die Löhne noch höher sind. Gleichzeitig zieht es viele Moskauer »aufs Land«: In den vergangenen Jahrzehnten entstanden im Moskauer Gebiet Tausende

Siedlungen aus Wochenendhäuschen (Datschen), in denen die Stadtbevölkerung sich vom anstrengenden Alltag und der miesen Luftqualität in der Metropole erholt.

Es ist immer populärer geworden, nach amerikanischem Vorbild in sogenannten »Cottage-Siedlungen« oder »Townhouses« in der Vorstadt zu wohnen. Dies hat im nahen Podmoskowje zu einem Bauboom und einem Kampf um Grund und Boden geführt. Die Korruption in den Behörden, die für die Genehmigungen der Bauvorhaben zuständig sind, nahm im gleichen Maße zu. »Es ist schwer, in Russland Regionen zu finden, wo Grundstücke so wertvoll sind«, sagte Alexander Kinjew, Direktor der »Stiftung für Entwicklung der Informationspolitik«, in einem Interview mit »Radio Liberty«. Deshalb sei das »Niveau der Kriminalisierung der politischen Führung von Region, Kreis sowie der wirtschaftlichen Elite extrem hoch«. Was die Anzahl von Angriffen und Ermordungen angehe, konkurriere das Moskauer Gebiet in Wahlkampfzeiten mit dem als Unruhegebiet bekannten nordkaukasischen Dagestan.

Gouverneur des Moskauer Gebiets ist seit dem Jahr 2000 Boris Gromow, früher Generaloberst der Sowjetunion. Er ist landesweit bekannt, seit er im Februar 1989 als letzter Vertreter der Roten Armee aus Afghanistan abrückte und zum »Held der Sowjetunion« gekürt wurde. Gromow galt als Gefolgsmann des früheren russischen Präsidenten Boris Jelzin, weshalb immer wieder über seinen Rücktritt spekuliert wurde. Er ist zugleich Vorsitzender der Vereinigung der Afghanistan-Kämpfer »Bojewoje Bratstwo«. Viele Bürgermeister und hohe Beamte (so zum Beispiel der Bürgermeister von Chimki) sind ebenfalls ehemalige Afghanistan-Kämpfer – Gromow wird deshalb immer wieder vorgeworfen, er betreibe »Veteranenwirtschaft«.

Ein »weißer Fleck« im Schatten der russischen Hauptstadt

Als Michail Beketow, Chefredakteur der oppositionellen »Chimkinskaja Prawda«, im Dezember 2008 vor seinem Haus in der Stadt Chimki mit schwersten Verletzungen aufgefunden wurde, geriet das Moskauer Gebiet zum ersten Mal in den Blickpunkt internationaler Medien. Aber auch für die russischen Journalisten-Organisationen war das Gebiet rund um die Hauptstadt lange ein »weißer Fleck«. »Es gab keine Informationen über Druck oder Gewalt gegen Journalisten«, sagt Boris Timoschenko von der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« über frühere Jahre.

Das hat auch damit zu tun, dass sowohl Timoschenkos Organisation, die landesweit Verstöße gegen Journalisten und Medien dokumentiert, ebenso wie das vergleichbare »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« kaum durch eigene Korrespondenten in den Städten des Moskauer Gebiets vertreten sind. Dabei drangen in letzter Zeit immer wieder Berichte nach Moskau, dass sich in der Umgebung staatliche Übergriffe und juristischer Druck auf Journalisten und unbequeme Medien häufen.

Inzwischen finden sich in den Berichten der russischen Medienmonitoring-Organisationen (Stiftung zur Verteidigung von Glasnost, Zentrum für Journalismus in Extremsituationen) beinahe monatlich Informationen über Einschränkungen der Pressefreiheit im Moskauer Gebiet. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 registrierte die »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« fünf Angriffe auf Journalisten. Grundsätzlich lässt sich feststellen: Je weiter entfernt von Moskau sich die Medien befinden, desto mehr Spielraum haben sie. Im »nahen Podmoskowje« dagegen gibt es kaum Medienvielfalt, die Stadt- und Kreisverwaltungen haben die bestehenden Medien fest unter Kontrolle. In Städten wie Odinzowo existieren außer reinen Reklamezeitungen keine unabhängigen Medien mehr.

»Entweder die Zeitungen gehören der führenden Clique, oder einer Gruppe, die gegen sie kämpft«, charakterisiert Boris Timoschenko die Lage der Medien im Moskauer Gebiet. Im aktuellen Rating der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« wird die Situation der Medien deshalb als »relativ unfrei« (2008) beurteilt. Die tatsächliche Situation ist allerdings komplexer. Und es gibt auch unabhängige Medien im Moskauer Gebiet.

Der Staat schafft sich ein Sprachrohr

Den größten Schlag gegen die Medienfreiheit startete im Jahr 2005 das neu formierte Presseministerium des Moskauer Gebiets. Nach den Plänen von Gouverneur Gromow nahm es im Zuge einer »Reorganisation« der Presselandschaft mehr als 50 Lokalzeitungen, die oft noch aus sowjetischer Zeit stammten und später der Stadt oder der Kommune gehörten, unter seine Kontrolle. Die Zeitungen wurden in einen neu gegründeten Verlag integriert, das »Verlagshaus Moskowija«. Für viele Medien hatte dies einerseits finanzielle Vorteile: Die Löhne der Journalisten stiegen laut Auskunft des regionalen Journalistenverbandes im Schnitt von 10.000 auf 20.000 Rubel (etwa 430 Euro). Die Gebäude der Zeitungen wurden renoviert und ihre Redaktionen technisch völlig neu ausgestattet.

Zudem ließ das Presseministerium mehrere hochmoderne Druckereien bauen und verbesserte damit die Druckqualität der Regionalzeitungen. Die meisten von ihnen waren bislang, wie noch zu Sowjetzeiten, nur in schwarz-weiß erschienen. Nun müssen sie den Vergleich mit einer deutschen Kreiszeitung bezüglich Farbe und Druckqualität nicht mehr scheuen. Inhaltlich stehen diese Zeitungen jedoch noch ganz in der Tradition des sowjetischen Verlautbarungsjournalismus: Auf Überschriften wie »Darauf können wir stolz sein« folgen meist Berichte über staatlich organisierte Veranstaltungen, Ehrungen und Sitzungen der Verwaltungsorgane. Zwar gibt es keine Zensur mehr wie zu Sowjetzeiten. Aber bei den Mitarbeitern der staatlichen Zeitungen funktioniert unverändert der »innere Zensor«: »Die einzigen »kritischen« Artikel behandeln den schlechten Zustand der Straßen und hin und wieder die unzumutbare Verwendung von Finanzmitteln«, sagt Natalja Tschernyschowa, Vorsitzende des regionalen Journalistenverbandes.

Seit zwei Jahren lässt sich bei den Printmedien eine Welle von Neugründungen beobachten: Die Bürgermeister merken, dass ihnen durch die Reform des Presseministeriums die direkte Kontrolle über »ihre« Zeitungen entglitten ist und gründen deshalb quasi-staatliche Zeitungen, die sie als Sprachrohr für ihre Interessen benutzen.

Auch auf dem Fernseh- und Radiomarkt hat sich das Presseministerium des Moskauer Gebiets in den vergangenen Jahren stark engagiert: Im Jahr 2003 wurde der staatliche Fernsehkanal »Podmoskowje« gegründet, der täglich 24 Stunden Programm sendet. Die meisten staatlichen lokalen Fernsehsender, die den Kreis- und Stadtverwaltungen gehören, werden seitdem dazu gedrängt, ihre Nachrichtenblöcke in das Programm von »Podmoskowje« zu integrieren.

Der staatliche Radiosender »RTV-Podmoskowje« ist ein Nachfolger des sowjetischen Radionetzes. In den Kommunen existieren insgesamt 40 Regionalstudios des Senders. Das Programm wird zentral gesteuert, die regionalen Ableger haben jedoch Zeitfenster für regionale Beiträge und Nachrichten. Das Programm von »RTV-Podmoskowje« hebt sich zwar qualitativ positiv von den privaten Radios ab, die ähnlich wie in Deutschland vor allem Unterhaltungsprogramme senden. Politisch hat »RTV-Podmoskowje« jedoch keinen Spielraum: Der Sender ist Sprachrohr der örtlichen Machtorgane.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre hat sich jedoch auch der Werbemarkt in »Podmoskowje« gut entwickelt: Das ermöglicht Zeitungen, Fernseh- und Radiosendern, die nicht von der

Stadt, der Kommune oder dem Gebiet »gefüttert« werden, dort zu existieren. Nach Auskunft des lokalen Journalistenverbandes sind im Moskauer Gebiet 1200 Medien registriert, davon 900 gedruckte Medien und 300 Radio- und TV-Sender. Das klingt bei einer Bevölkerung von 6,5 Millionen viel – allerdings schränkt Natalja Tschernyschowa vom Journalistenverband diese Zahl dahingehend ein, dass die Statistik viele Medien erfasst, die überhaupt nicht mehr oder nur unregelmäßig erscheinen oder senden.

Chimki – Machtkampf mit harten Bandagen

Einer der schwierigsten Orte für Journalisten ist zweifellos die nahe bei Moskau gelegene Satellitenstadt Chimki. Die von der Stadtverwaltung gegründete Wochenzeitung »Chimkinskije Nowosti« gilt als Verlautbarungsorgan des Bürgermeisteramtes, ebenso wie die Holding »Chimki SMI«, die das lokale Radio und Fernsehen besitzt: Direktorin von »Chimki SMI« ist Swetlana Anatoljewna, die Ehefrau des Vizebürgermeisters. Der Einfluss der Administration geht so weit, dass sie im Januar 2009 (zwei Monate vor den Bürgermeisterwahlen) im gesamten Stadtgebiet das Signal eines Moskauer Fernsehkanals abschalten ließ, weil dieser über die Konflikte in Chimki berichtete.

Die örtliche Opposition startete vor den Bürgermeisterwahlen am 1. März 2009 eine groß angelegte Kampagne gegen den amtierenden Bürgermeister Wladimir Streltschenko. Gemeinsam mit Öko-Aktivisten bezogen auch der Chefredakteur der »Chimkinskaja Prawda« (»Die Wahrheit von Chimki«) Michail Beketow, und sein Kollege von der »Graschdanskoje Soglasie« (»Bürgerliche Eintracht«), Anatoli Jurow gegen den Bau einer neuen Autobahn von Moskau nach St. Petersburg Stellung, die vom Bürgermeister vorangetrieben wurde. Kritiker warnten davor, auf beiden Seiten der Straße einen drei Kilometer breiten Streifen des Waldes von Chimki abzuholzen, und vermuteten dahinter Interessen von Geschäftsmännern, die der Administration nahe stehen.

In der von ihm seit Ende 2006 herausgegebenen und finanzierten Zeitung »Chimkinskaja Prawda« veröffentlichte Beketow wiederholt Artikel über Fälle von Korruption in der Verwaltung von Chimki und forderte Streltschenko zum Rücktritt auf. Nach Angaben Beketows und seiner Mitstreiter erhielt er immer wieder Drohungen, unter anderem aus den städtischen Behörden. Im Mai 2007 zündeten Unbekannte sein Auto an. Als Beketow daraufhin in einem Fernseh-Interview den Bürgermeister Streltschenko verdächtigte, hinter dem Anschlag zu stehen, verklagte dieser ihn wegen Verleumdung.

Wenige Monate vor den Wahlen, im November 2008, wurde Beketow zusammengeschlagen und am nächsten Morgen ohne Bewusstsein und mit schwersten Verletzungen vor seinem Haus in Chimki aufgefunden. Beketow lag lange im Koma, ihm wurden mehrere Finger und ein Bein amputiert. Bis heute hat er sich von dem Überfall nicht wieder erholt. Die Ermittlungen hat die Moskauer Staatsanwaltschaft übernommen.

Viele Kritiker und die örtliche Opposition beschuldigen Bürgermeister Streltschenko, für das Attentat verantwortlich zu sein. Dabei ist der Hintergrund der Tat bis heute unklar. So weist etwa Natalja Griniw, Chefredakteurin der lokalen Zeitung »Wperjod«, darauf hin, dass Beketow einst zur »Mannschaft« des früheren Bürgermeisters Korablin gehörte, der vom heutigen Bürgermeister Streltschenko abgelöst wurde. In den 90er Jahren, so Griniw, habe ihm die Zugehörigkeit zu Korablin verschiedene Geschäftsvorteile verschafft. Zudem widmete sich Beketow von 1993 bis 2000 in der Administration der lokalen Presse. In dieser Zeit habe er im Auftrag des damaligen Bürgermeisters mehrfach die Redaktion von »Wperjod« schließen wollen oder versucht, sie unter die Kontrolle der Administration zu bekommen, sagt Griniw. Als Chefredakteur der von der Stadtverwaltung finanzierten »Chimkinskije Nowosti« habe er mit demselben Ziel eine Rufmordkampagne gegen Griniw geführt.

Jelena Kostjutschenko, seit langem mit der Situation in Chimki vertraute Reporterin der Moskauer »Nowaja Gaset«, lernte Beketow schon 2007 kennen. Auch sie bezweifelt nicht, dass Beketow »eine Rechnung mit Streltschenko offen hatte, weil der ihm sein Geschäft kaputtgemacht hat.« Aber Beketow habe selbst nie eine politische Position angestrebt, sondern sei vor allem ein leidenschaftlicher Journalist und Aufklärer gewesen, bescheinigt sie ihm. »In der Zeit vor den Wahlen wurde er aufgrund seiner Kontakte zum unangenehmsten Menschen für die örtlichen Machthaber«, sagt Kostjutschenko. Die »Chimkinskaja Prawda«, die Beketow praktisch alleine produzierte, hat seit dem Attentat ihr Erscheinen eingestellt.

Eine Zeitung ähnlichen Formats gibt Anatoli Jurow, ein Freund Beketows, heraus. Er ist Inhaber einer Kette von Schönheitssalons und gleichzeitig Chefredakteur der Zeitung »Graschdanskoje Soglasije«. Die Zeitung ist eine klassische »Agitationszeitung« : Vier Seiten, kostengünstiger Schwarz-Weiß-Druck, Auflage 20.000 bis 50.000 (die »Chimkinskaja Prawda« erschien in einer Auflage von 7000), Erscheinungsdatum unregelmäßig – »je nach Finanzlage«, wie Jurow sagt. Sein Blatt »Graschdanskoje Soglasije« wird kostenlos in der ganzen Stadt verteilt.

Finanziert wird die Zeitung nicht durch Werbung, sondern durch die gleichnamige Bürgerbewegung »Graschdanskaje Soglasije«, die auch als Gründer firmiert.

Das Hauptziel solcher »Agitationszeitungen« ist es, mit einer Mischung aus Korruptionsberichten, persönlichen Angriffen und Karikaturen die regionale Machtelite zu diskreditieren. Meist werden derartige Zeitungen in der Zeit des Wahlkampfs in der Bevölkerung verteilt.

Die »Chimkinskaja Prawda« von Beketow war zwar ebenfalls eine Agitationszeitung und »schoss« in jeder Ausgabe gegen Bürgermeister Streltschenko und sein Umfeld, doch Beketow betrieb immerhin auf Fakten und Dokumenten beruhenden Aufklärungsjournalismus. Jurows Blatt dagegen hat einen weitaus geringeren journalistischen Anspruch.

Auch auf Jurow wurden schon mehrere Angriffe verübt, zuletzt eine Messerattacke im Februar 2008. Im Mai 2009 starb zudem der Layouter von Jurows Zeitung, Sergej Protasanow. Der Chefredakteur ist überzeugt, dass es sich dabei um einen Mord handelte. Nach gründlichen Recherchen der »Nowaja Gaseta« ist diese Version allerdings eher unwahrscheinlich: Dort wird eher vermutet, dass der Layouter an einer Alkoholvergiftung starb.

Die einzige tatsächlich finanziell und politisch unabhängige Zeitung von Chimki ist »Wperjod« (Vorwärts): Die seit 1944 existierende Zeitung finanziert sich nach Angaben der Chefredakteurin Natalja Griniw allein aus den Werbeeinnahmen und dank der 7000 Abonnenten, die ihr seit Jahren die Treue halten.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise steht Griniw allerdings mit ihrer Zeitung am finanziellen Abgrund. So war die Versuchung groß, vor den Bürgermeisterwahlen die Angebote unterschiedlicher politischer Gruppierungen anzunehmen, »für sehr viel Geld Artikel zu platzieren«. Doch Griniw entschied sich dagegen und blieb ihrer Linie treu, was ihr bis heute das Vertrauen ihrer Lesern sichert. Der Preis für Griniws Unabhängigkeit ist die unklare Finanzsituation. Die Zeitung stellt die Probleme der Bürger von Chimki in den Mittelpunkt, wobei politische Berichterstattung nur eine geringe Rolle spielt. »Wperjod« hatte vor einigen Jahren mit einem Artikel über den Mangel an Apotheken in der Stadt den Zorn der städtischen Pressesprecherin auf sich gezogen. Deshalb verlor das Blatt eine kleine, aber regelmäßige Subvention aus dem Stadtbudget. Seither lautet Griniws Devise: »Weg von der Politik und Konflikten mit den örtlichen Machtorganen, näher zu den Bedürfnissen der Leser.«

Ende Juli wurde in Chimki das nächste Attentat verübt: Diesmal traf es den 38-jährigen Albert Ptschelinzew, Leiter der örtlichen Bürgerrechtsorganisation »Gegen Korruption, Betrug und Schande«. Am Abend des 25. Juli schoss ihm ein Unbekannter mit einer Luftdruckpistole in den Mund.

Klin – Medienmacher, die wissen, wie man unabhängig bleibt

Die Stadt Klin, etwa 85 Kilometer nördlich von Moskau gelegen, erlebte in den vergangenen Jahren auch mehrere Fälle von Gewalt gegen Journalisten. Allerdings ist das Niveau der Gewalt dort niedriger als in Chimki. Weitaus häufiger kommt es dagegen zu Drohungen gegenüber den unabhängigen Medien.

Dabei setzen der Bürgermeister und das Oberhaupt des Kreises im Kampf gegen die politischen Gegner auf eine dank eines »Informationsvertrages« völlig loyale Zeitung »Serp i Molot« (»Hammer und Sichel«). Das Blatt feuert wöchentlich kompromittierendes Material gegen die Oppositionsvertreter. Die Pressesprecherin des Bürgermeisters schreibt dies nach Angaben eines lokalen Journalisten gleich selbst. Auch der lokale, halbstaatliche Fernsehkanal, der mit der Verwaltung ebenfalls einen Vertrag über »Informationsdienstleistungen« unterschrieben hat, nimmt Stellung gegen die Opposition. »Natürlich sind wir auf der Seite des Bürgermeisters«, sagt Tatjana Bywschewa, Chefredakteurin des Fernsehsenders »Poisk TV«. Auch das Radio ist fest in staatlicher Hand.

Ähnlich wie in Chimki existiert in Klin eine »Agitationszeitung«: Auch die »Soglasije i Prawda« (»Eintracht und Wahrheit«) ist das Presseorgan einer gleichnamigen Bürgerbewegung und wird von einer Gruppe von Geschäftsmännern finanziert, die mit der amtierenden Stadtverwaltung in Konflikt stehen. Der Höhepunkt des Machtkampfes war eine Demonstration im März 2009, bei der Chefredakteur Pjotr Lipatow als Sprecher auftrat und danach von Vertretern der Staatsmacht angegriffen wurde. Er musste anschließend im Krankenhaus stationär behandelt werden. Auf der gleichen Demonstration wurde ein Kameramann des staatlichen Fernsehsenders »Poisk TV« von einem der Organisatoren angegriffen und landete ebenfalls im Krankenhaus. Beide Seiten präsentierten ihre Journalisten daraufhin in ihren Medien als »Märtyrer«. Der aus Klin stammende und im gesamten Moskauer Gebiet bekannte freie Journalist Alexander Sokolski weist darauf hin, dass beide Seiten die »Angriffe« stark übertrieben hätten. Die Einweisung ins Krankenhaus habe vor allem dem Showeffekt gedient, sagt er. Das »Zentrum für Journalismus in Extremsitua-

tionen« hielt sich in diesem Fall mit einer Einschätzung zurück.

Allein die »Klinskaja Nedelja« ließ sich auf keine der beiden Seiten ziehen: Sie berichtete nüchtern und neutral über die Demonstration. Die Wochenzeitung ist ein positives Beispiel für ein wirtschaftlich und politisch unabhängiges Medium in der Region. Herausgeber Wadim Komarow begann Ende der 90er Jahre mit einer reinen Reklamezeitung, die heute auch in der Nachbarregion erscheint und mit einer Auflage von mehr als 140.000 ein sicheres Finanzpolster für den Verlag schafft. Das ermöglicht unter anderem die Herausgabe der »Klinskaja Nedelja«, die Komarow vor sechs Jahren gründete. Dabei orientiert sich der Herausgeber nach eigenen Angaben am Beispiel amerikanischer »Community Newspapers«, die einen bürgernahen, nutzwertorientierten Journalismus pflegen. Dabei ist Politik zwar ein Teil der Berichterstattung, steht aber nicht immer im Vordergrund.

Komarow hat nicht nur finanzielle Unabhängigkeit erreicht. Er hat auch einen Weg gefunden, die teure und ineffiziente staatliche Post zu umgehen. Mit einem Netzwerk von 20 eigenen Austrägern verteilt er in der Stadt nicht nur seine Zeitungen sondern inzwischen auch Gas- und Stromrechnungen.

Die Zeitung fährt einen Kurs, der sie vor Konflikten mit den Behörden bisher bewahrt hat. Aber mit einer Auflage von 13.000 (etwas höher als die staatliche »Serp i Molot«) ist ihr Einfluss so groß, dass die Administration nach Strategien suchte, um auch die »Klinskaja Nedelja« zu vereinnahmen. Vor drei Jahren, so erzählt Chefredakteurin Olga Sokolskaja, bot die Stadt ihr einen Vertrag über die Veröffentlichung von Nachrichten aus den städtischen Verwaltungsorganen an. Bald wurde jedoch deutlich, dass die gelieferten »Nachrichten« oft platte Propaganda gegen verschiedene Vertreter der Opposition waren. Die Herausgeber entschieden sich nach kurzer Zeit gegen eine weitere Zusammenarbeit.

Trotz aller Unabhängigkeit – die politische Berichterstattung der »Klinskaja Nedelja« ist deutlich »milder«, als man es von einer deutschen Lokalzeitung gewöhnt ist. Denn auch Komarow kennt die Grenzen der Freiheit: »Wir würden gerne schärfer schreiben, aber es geht nicht«, sagt er.

Serpuchow – Alle Medien in den Händen von Machtgruppierungen

Auf den ersten Blick ist die Situation in Serpuchow weitaus »bunter« als in Klin. Die etwa 100 Kilometer südlich von Moskau gelegene Arbeiterstadt mit 120.000 Einwohnern ist von großen Rüstungsbe-

trieben geprägt. Die »Intellegenzia«, also der höher gebildete Bevölkerungsteil, wohnt vor allem in den benachbarten »Wissenschaftsstädten« Protwino und Puschino. Insgesamt hat der Kreis eine Bevölkerung von etwa 220.000 Einwohnern.

Die Medienvielfalt ist beispiellos und wird durch die politische Lage geprägt: Allein in der Stadt Serpuchow werden zwölf Zeitungen herausgegeben. In Protwino und Puschino erscheinen zusätzlich eigene Zeitungen. Dort gibt es auch jeweils einen eigenen Fernseh- und Radiosender.

Die Kreisverwaltung und das Bürgermeisteramt stehen seit Jahren im Konflikt, im Stadtrat existiert eine starke Opposition. Daneben bestehen noch zwei weitere Interessensgruppen: Die »Moskauer Gruppe« vereint mehrere Unternehmer, die verschiedene Unternehmen der Stadt kontrollieren. Eine vierte Gruppe vertritt die Interessen der Finanz- und Immobiliengesellschaft »Al-Tair«.

2010 stehen die nächsten Bürgermeisterwahlen an, und die verschiedenen Akteure bringen sich dafür bereits jetzt in Position. Nach Meinung aller befragter Journalisten war die Lage im Sommer 2009 besonders angespannt: Im Mai 2009 durchsuchte ein Spezialkommando des russischen Geheimdienstes FSB zwei Rüstungsbetriebe der Stadt, was einem Schlag gegen die »Moskauer Gruppe« gleichkam. Entlang der politischen Frontlinien hat sich 2003 sogar der regionale Journalistenverband in zwei Verbände gespalten, Serpuchow-1 und Serpuchow-2, in Russland allerdings nicht ungewöhnlich. Auch der Werbemarkt ist geteilt: Firmen, die sich dem Bürgermeister verpflichtet sehen, schalten nur in den »bürgermeisternahen« Medien Werbung – und umgekehrt. »Wir machen in den Medien Werbung, die uns von oben empfohlen werden«, sei die typische Reaktion von Werbekunden, sagt die Leiterin der Anzeigenabteilung des »Oksi Kurier.«

Jede Machtgruppierung verfügt in der Region über ihre eigenen Sprachrohre: Die Zeitungen »Oka-Info« und »Sowjet« sowie der Radiosender »Oka-FM« gehören beispielsweise Geschäftsmännern, die der Kreisverwaltung nahe stehen. Ihre Berichterstattung ist von negativen Berichten über die Tätigkeit des Bürgermeisters geprägt – auch wenn Oka-Info-Chefredakteur Dmitri Starowerow behauptet, die Eigentümer mischten sich nicht in die Redaktionspolitik ein. Interessanterweise sitzt die Redaktion von »Oka-Info« im Gebäude des Bürgermeisters in Serpuchow: Nach der russischen Gesetzgebung darf ein Drittel des Gebäudes von der Kreisverwaltung genutzt werden.

Im benachbarten Drittel des Gebäudes logiert die »Serpuchowskie Westi«, die zu den vom Moskauer Gebiet finanzierten Zeitungen gehört, und Sprachrohr der Stadtverwaltung ist. Allerdings ist der Bürgermeister von der Loyalität der Zeitung nicht genügend überzeugt. Deshalb wird seit 2007 die Umsonst-Zeitung »Ljubimi gorod Serpuchow« (Auflage: 5000) im Nachbarzimmer produziert, die sich vor allem mit Wahlwerbung für Bürgermeister Schdanow beschäftigt. »Wir versuchen, die negativen Informationen zu neutralisieren, die in letzter Zeit auftauchen«, beschreibt Chefredakteurin Ljudmila Nikischina ihr Credo. Zu diesem Zweck mache sie eine »sonnige, positive Zeitung«. Dabei werden auch die Bilder der Menschen, über die berichtet wird, in der Redaktion digital bearbeitet. »Der Mensch soll schön sein«, sagt Nikischina.

Die Interessen der »Moskauer Gruppe« vertritt die Lokalausgabe der russlandweiten Zeitung »Moskowski Komsomoljez« (MK). Die Zeitung erscheint erst seit Ende 2008 und wurde als Instrument für den bevorstehenden Wahlkampf eingerichtet. Chefredakteurin Natalja Semikosowa spricht von »privaten Sponsoren«, die Einfluss auf die Gesellschaft nehmen wollen. Der MK unterscheidet sich zumindest dadurch von den übrigen Zeitungen, dass dort die Stadt ebenso kritisiert wird wie die Kreisverwaltung.

Für einen örtlichen Journalisten stellt sich trotz der Medienvielfalt derzeit nur eine Frage: An welche Seite soll man sich verkaufen?

Wie gefährlich das sein kann, zeigen zwei Fälle von Gewaltvorkommnissen aus der jüngsten Zeit: Larisa Schurawskaja arbeitete als Chefredakteurin der Agitationszeitung »Narodni Nabludatel« (Völkischer Beobachter), die zu einer gleichnamigen Bürgerbewegung gehört und de facto die Interessen des Geldgebers Pawel Salesow, Geschäftsmann und Abgeordneter des Stadtrats, vertrat. Im November 2007 wurde die Redaktion, die sich auf dem zweiten Stock eines Lagergebäudes von Salesows Firma befand, von Unbekannten angezündet und brannte aus. Wenige Monate später wurde Schurawskaja, die zudem als Assistentin von Salesow fungierte, von Mitarbeitern des Bürgermeisters leicht verletzt: Sie hatte versucht, während einer Versammlung des Stadtrates Dokumente an die Anwesenden zu verteilen. Die Zeitung stellte kurz nach dem Vorfall ihr Erscheinen ein.

Härter traf es Maxim Solotarjow: Der 30-jährige Journalist hatte für die von der Kreisverwaltung finanzierte Zeitung »Molwa Juschnoe-Podmoskowje« gearbeitet, eine »Sensationszeitung«, wie Solotarjow selbst sagt, die sich vor allem mit der

Tätigkeit des Bürgermeisteramtes beschäftigte. Für 2000 Euro Gehalt, mehr als doppelt so viel wie ein gewöhnlicher Journalist normalerweise verdient, war Solotarjow ein »Auftragsjournalist« – bis ihn nach einem Artikel, in dem er sich über den Sicherheitsdienst des Bürgermeisters lustig gemacht hatte, am helllichten Tag drei Unbekannte attackierten und verprügelten. Solotarjow kam mit Prellungen davon, beschloss jedoch, die »Molwa« zu verlassen. In den Serpuchower Medien sieht er für sich keine Zukunft mehr und schreibt heute vor allem in seinem Blog. »Ich setze auf das Internet«, sagt Solotarjow.

Der einzige Lichtblick in dieser düsteren Lage ist die von Irina Tschernowa herausgegebene Zeitung »Okski Kurier«. Tschernowa hatte als stellvertretende Chefredakteurin des »Sowjet« versucht, aus dem Blatt ein neutrales Medium zu machen, das sich auf keine Seite schlägt. Dieser Versuch endete in einem Konflikt mit dem Chefredakteur und den Geldgebern der Zeitung. Also gründete Tschernowa den »Okski Kurier«, der heute mit einer Auflage von 10.000 kostenlos in der Stadt verteilt wird und nach Angaben der Herausgeberin finanziell unabhängig sein soll.

Der Preis dafür ist allerdings, dass Politik darin kaum thematisiert wird. »Wir kämpfen für die kleinen Leute«, sagt die 32-jährige Chefredakteurin Irina Balaschowa. Deshalb erscheinen im Blatt Berichte darüber, dass parkende Autos die Bewohner eines Hauses stören oder dass der Lift ständig kaputt geht. »Diese Probleme betreffen viele«, ist Balaschowa überzeugt. Aber selbst der »Okski Kurier« wird von einigen Reklamekunden gemieden, weil es Gerüchte gibt, er gehöre ebenfalls zur Mediengruppe der Kreisverwaltung.

Der Staat »füttert« seine Medien, die Privaten gründen Verlage

Gouverneur Gromow hat mit der Zentralisierung der regionalen Zeitungen und Fernsehsender ein starkes mediales Instrument geschaffen. Die staatlichen Medien erhalten von der regionalen Verwaltung nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch die Löhne für ihre Beschäftigten. Die meisten von ihnen schließen mit den lokalen Verwaltungen einen Vertrag über »Informationsdienstleistungen« ab, der ihnen eine zusätzliche Finanzierung sichert. Der Vertrag des Bürgermeisteramtes von Klin mit dem Fernsehkanal »Poisk TV« sieht beispielsweise eine Berichterstattung über die Tätigkeit der städtischen Organe über 960 Minuten im Quartal vor. Den Auftraggebern wird dabei das Recht eingeräumt, »Empfehlungen zum Inhalt, zur künstlerischen und ästhetischen Qualität zu geben.« Zudem haben sie

»jederzeit« das Recht, die Arbeit des Fernsehkanals zu überprüfen. Über die genaue Summe herrscht bei den meisten Medien Stillschweigen. Natalja Wassiljewa, Chefredakteurin der »Serp i Molot«, spricht von einem »bedeutenden Beitrag, ohne den es schwierig wäre.«

Damit haben die staatlichen Medien einen starken Wettbewerbsvorteil gegenüber den privaten Medien. Allerdings existieren in den meisten Städten des Moskauer Gebiets dennoch wirtschaftlich und politisch unabhängige Medien, die sich über Werbe- und Verkaufserlöse finanzieren.

Gespräche mit Herausgebern zeigen jedoch, dass eine Zeitung alleine auf Dauer nicht bestehen kann: Die »Wperjod« aus Chimki hat die vergangenen Jahre nur aufgrund der Treue der Leser und der aufopferungsvollen Arbeit ihrer Mitarbeiter überlebt.

Eine mögliche Lösung liegt in der Gründung von Verlagen, die neben der Zeitung noch andere Produkte herstellen, wie zum Beispiel überregionale Zeitschriften, Hochglanzmagazine, Kalender und andere, »unpolitische« Produkte. Die »Klinskaja Nedelja« ist so ein Beispiel: Neben der einmal in der Woche erscheinenden Zeitung gibt der Verlag einige reine Reklamezeitungen und ein kostenloses Hochglanz-Magazin heraus. Derzeit arbeitet Herausgeber Komarow daran, die Internet-Seite des Verlages zum führenden Portal der Stadt aufzuwerten. Die Werbeerlöse und die Besucherzahl sind aber bisher äußerst gering.

Ein weiteres Beispiel für ein wirtschaftlich auf einer gesunden Basis stehendes Medienunternehmen ist der Verlag »Gran« in der nördlich von Moskau gelegenen Wissenschaftsstadt Dubna. Die Stadt ist allerdings nur wenig repräsentativ für das Moskauer Gebiet, da die meisten Einwohner Wissenschaftler und Akademiker sind, die in den Forschungseinrichtungen der Stadt arbeiten. Seit 1991 erscheint im Verlag die Zeitung »Ploschad Mira«, seit 1993 »Kompanjon i Ko«. Beide Zeitungen haben eine Auflage von 11.000 Exemplaren, was für regionale russische Verhältnisse überdurchschnittlich viel ist. »Ploschad Mira« erscheint nur in der Stadt Dubna, während »Kompanjon i Ko« über acht umliegende Regionen berichtet und dort auch verkauft wird.

Möglich gemacht werden derartige Geschäftsmodelle auch von der guten Infrastruktur der Region: Die Bevölkerungsdichte ist hoch, die einzelnen Städte liegen nah beieinander und die Zeitungen können problemlos ausgeliefert werden. Für Russland sind derartige Bedingungen eher die Ausnahme als die Regel.

Durch die Wirtschaftskrise ist aber auch in dieser wohlhabenden Region die finanzielle Situation vieler Medien prekär geworden: Werberückgänge zwischen 30 und 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sind üblich. Tschernyschowa vom Journalistenverband ist jedoch überzeugt, dass diejenigen Medien, die bisher auf einer gesunden finanziellen Basis standen, auch die Krise überleben werden. Auch die Herausgeber unabhängiger Medien wie Wadim Komarow (»Klinskaja Nedelja«) blicken optimistisch in die Zukunft.

Manche Beobachter erwarten, dass auf die staatlichen Medien sogar größere Probleme zukommen. Die Regierung des Moskauer Gebiets, aus dessen Budget die Zeitungen, Radio- und Fernsehsender bisher großzügig finanziert wurden, stand Ende 2008 am Rande der Zahlungsunfähigkeit: Die Regierung des Gebiets wird gezwungen sein, seine Ausgaben zukünftig stark einzuschränken. Ein weiterer Nachteil für die staatlichen Medien ist, dass sie dazu gezwungen sind, ihre Produkte in den bis zu einem Drittel teureren staatlichen Druckereien drucken zu lassen.

Von unangenehmen Anrufen bis zu Überfällen – Druck auf Journalisten

Die angeführten Beispiele zeigen, dass Journalisten häufig in schwierige Situationen geraten, wenn sie sich in politischen Machtkämpfen instrumentalisieren lassen. Im Moskauer Gebiet wurden immer wieder Journalisten Opfer physischer Gewalt, die bei »Agitationszeitungen« arbeiteten. Die Fälle häufen sich vor allem vor anstehenden Regionalwahlen. Eigentlich sollte die Aufgabe von Journalisten darin bestehen, Distanz zu allen politischen Lagern zu wahren. In der Realität arbeiten jedoch viele Journalisten für »eine Seite.« Irada Guseynova vom »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« bestätigt das: »Das Problem besteht darin, dass Politik und Journalismus viel zu stark vermischt sind«, sagt sie.

Auch unabhängige Zeitungen wie die »Klinskaja Nedelja« erhalten hin und wieder unangenehme Anrufe von Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Allerdings kann sich Chefredakteurin Olga Sokolskaja an keinen Fall erinnern, in dem dies ein Gerichtsverfahren nach sich zog. Griniw hat mit ihrer Zeitung »Wperjod« die schwersten Zeiten hinter sich: In den 90er Jahren hatte das Bürgermeisteramt mehrfach versucht, ihre Redaktion zu schließen. Heute lässt sie die Politiker in Ruhe und wird von ihnen in Ruhe gelassen.

Selbst Starowerow, dessen »Oka-Info« bei der Stadtregierung als Oppositionszeitung gilt, sagt über den

Bürgermeister und seine Mitarbeiter: »Sie verhalten sich nicht aggressiv gegenüber den Medien.« Den Angriff auf einen Fotografen der »Oka-Info« wertet Starowerow selbst eher als Ausnahme. Die Ermittlungen in dem Fall laufen zwar bis heute, allerdings hatten Vertreter der Administration zwischenzeitlich versucht, den Fotografen mit Geldangeboten dazu zu bewegen, seine Klage fallen zu lassen.

Starowerow hat mit seiner Zeitung mehrere Dutzend Gerichtsverfahren ausgefochten, unter anderem eine Verleumdungsklage des früheren Vize-Bürgermeister gegen sein Blatt. Ein anderes Mal hatte ihn ein Unternehmen vor Gericht gebracht, dem die Zeitung Fälle von Umweltverschmutzung vorgeworfen hatte. »Bis auf eines haben wir alle Verfahren gewonnen«, zeigt sich Starowerow zufrieden.

Es sind vor allem Geschäftsleute und Unternehmen, die Medien verklagen, wenn diese negativ über sie berichtet haben. So klagte Anfang 2009 eine regionale Bank gegen die »Klinskaja Nedelja«, nachdem diese über Liquiditätsprobleme der Bank berichtet hatte.

Unabhängige Medien haben vor allem große Probleme, an Informationen zu gelangen: Nach dem russischem Mediengesetz (§ 39) muss ein Beamter eigentlich eine Anfrage innerhalb von sieben Arbeitstagen beantworten. Aber die Praxis ist leider anders. Bei kritischen Fragen bleiben offizielle Anfragen häufig unbeantwortet oder die Antwort ist einfach nichtssagend. »Wichtig sind persönliche Verbindungen«, sagt die Chefredakteurin der »Klinskaja Nedelja« Sokolskaja. Auch für die Informationsbeschaffung gilt: Je weiter entfernt von Moskau, desto einfacher ist es oft, an Informationen zu gelangen.

Immer wieder kommt es dazu, dass sich Druckereien unter dem Einfluss der regionalen Verwaltungen weigern, bestimmte Zeitungen zu drucken. Dies betrifft im Moskauer Gebiet vor allem Agitationszeitungen wie die »Graschdankoje Soglasije« in Chimki. Derartige »Bemühungen« führen jedoch nur selten zum gewünschten Ergebnis, denn die Dichte privater Druckereien ist im gesamten Gebiet so groß, dass es immer gelingt, auf eine andere Firma auszuweichen.

Ein beliebtes Mittel gegen oppositionelle Medien ist auch der Einsatz sogenannter »Administrativer Ressourcen«: So kam es bei Medien des Moskauer Gebietes mehrfach vor, dass das Bürgermeisteramt die Polizei vorbeischickte, um die Redaktionsräume zu durchsuchen und Computer zu beschlagnahmen. Begründet wurde dies gerne mit dem Verdacht, dass Redaktionen nicht lizenzierte Software verwenden.

Nicht lizenzierte Computerprogramme sind in Russland sehr verbreitet und lassen sich deshalb praktisch auf jedem Computer finden. So beschlagnahmte die Polizei im Januar 2009 beispielsweise in der Redaktion der »Soglasije i Prawda« (Klin) alle Computer.

Hilfe in der Not

Eine wichtige Rolle für die rechtliche Unterstützung der unabhängigen Medien spielen die Moskauer Journalisten-Organisationen »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« und die »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«. Diese Organisationen sammeln Fälle von Einschränkungen der Medienfreiheit und veröffentlichen diese in wöchentlichen Berichten. Allerdings fehlen gerade im Moskauer Gebiet oft kompetente Korrespondenten vor Ort, sodass die Dokumentation der Fälle hin- und wieder Lücken aufweist. Benötigt ein Journalist Unterstützung, helfen die beiden Organisationen, in dem sie eine weitere Öffentlichkeit schaffen. In einzelnen Fällen stellen sie sogar Anwälte, damit die Verteidigung der Journalisten vor Gericht gewährleistet ist.

Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die großen Moskauer Medien: So haben die zumindest von Machteliten aus dem Moskauer Gebiet unabhängigen Fernsehkanäle »TV Zentr« und »REN TV« wiederholt über Fälle von Gewalt gegen Journalisten im Moskauer Gebiet berichtet. Daneben sind auch renommierte, unabhängige Internetseiten wie »newsru.com«, »gazeta.ru« bedeutsam, ebenso wie viele Hauptstadtzeitungen oder der Radiosender »Echo Moskwy«. Deren Berichterstattung über die Einschränkung der Pressefreiheit erreichen in Russland eine breite mediale Öffentlichkeit und verschaffen damit den betroffenen Journalisten einen gewissen Grad an Schutz. Gerade der Fall Beketow wurde auf diese Weise russlandweit bekannt. Durch die Zusammenarbeit internationaler Organisationen zur Verteidigung der Pressefreiheit wie »Reporter ohne Grenzen« oder das »Internationale Komitee zum Schutz von Journalisten« (CPJ) in New York mit den russischen Organisationen erreichen solche Vorfälle dann auch eine internationale Öffentlichkeit.

Vom »Journalistenverband des Moskauer Gebiets« erwartet kaum einer der befragten Journalisten Unterstützung in kritischen Situationen. Der Journalistenverband wird als staatsnah und schwach angesehen. Gewerkschaftliche Funktionen erfüllt er kaum. Die Vorsitzende Natalja Tschernyschowa weist dabei vor allem auf die schlechte finanzielle Situation: Der Verband finanziert sich vor allem durch die niedrigen Mitgliedsbeiträge der 1600 Mitglieder im Moskauer Gebiet. Für eine zusätzliche Schwächung sorgte die vor wenigen Jahren vom

Kreml gesteuerte Gründung des parallelen Journalistenverbandes »Media-Sojus«, der von staatlicher Unterstützung lebt.

Besser organisiert als die Journalisten sind dagegen die Herausgeber: Mehr als 50 unabhängige Regionalzeitungen haben sich in der »Allianz Unabhängiger Regionalzeitungen« (ANRI) zusammengeschlossen. Auch mehrere unabhängige Zeitungen im Moskauer Gebiet wie die »Klinskaja Nedelja«, die »Schukowskie Westi« und »Jat« (Kolomna) gehören zu dieser Allianz.

Freiräume nutzen!

Natalja Tschernyschowa bringt die Entwicklung auf dem Gebiet der Medien in den letzten Jahren so auf den Punkt: »Die politische Führung des Moskauer Gebiets unterstützt die Entwicklung der Medien als Informationsressource zur Verfolgung der eigenen Interessen.« Was die »eigenen Interessen« sind, lässt sich auf der offiziellen Seite des Presseministeriums nachlesen: Das Ziel der Reformen der letzten Jahre ist es, die »Informiertheit der Bevölkerung des Moskauer Gebiets über Ereignisse, die Tätigkeit des Gouverneurs und der Regierung des Moskauer Gebiets zu verbessern.« An unabhängigem Journalismus sind die Machtorgane des Gebiets nicht interessiert.

Die Regierung des Moskauer Gebiets hat sich damit nach dem Vorbild der Medienpolitik Putins eine schlagkräftige und hundertprozentig loyale mediale Ressource aufgebaut, mit der sie Einfluss auf die Bevölkerung nehmen kann. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise ist dies für den Machterhalt von Bedeutung: Die Führung hat die Probleme unter Kontrolle, vermitteln die staatlich gefütterten Medien von Klin bis Serpuchow.

Gleichzeitig hat der Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre im Moskauer Gebiet für unabhängige Medien große Freiräume geschaffen. Besonders auf dem Zeitungsmarkt haben sich inzwischen in vielen Städten unabhängige Herausgeber etabliert. Aber die Möglichkeiten, in den unabhängigen Medien den amtierenden Bürgermeister oder andere führende Politiker zu kritisieren, bleiben auch für die wirtschaftlich unabhängigen Medien eingeschränkt. Die Chefredakteure und Journalisten wissen, welche Spielräume sie haben, aber auch was für Folgen der Redaktion drohen können. Wie viel sich eine Redaktion erlaubt, hängt deshalb vor allem davon ab, wie finanziell eigenständig das Medium ist und wie viel Mut und Konfliktbereitschaft der jeweilige Herausgeber an den Tag legt. In Städten wie Serpuchow, wo die politische Lage sehr angespannt ist, ist der Spielraum für unabhängige Herausgeber sehr klein.

Während die regionalen politischen Eliten auf Kritik der örtlichen Medien sehr empfindlich reagieren, erscheinen dort immer wieder Artikel, die sich kritisch mit der Kremlpolitik von Ministerpräsident Putin oder Präsident Medwedew auseinandersetzen. Dies wird von den lokalen Eliten offenbar durchaus toleriert, von den föderalen Eliten dagegen gar nicht wahrgenommen.

Die zukünftige Entwicklung der Medien kann auch durch Hilfe »von außen« beeinflusst werden. Sehr positiv äußerten sich Herausgeber und Journalisten über den Nutzwert von Austauschprogrammen mit ausländischen Medien. Tschernyschowa vom Journalistenverband befürwortet die Förderung von Austauschprogrammen mit deutschen Journalisten. Aber auch bei den Herausgebern ist das Interesse groß, sich mit deutschen regionalen Medienmachern auszutauschen.

In vielen Städten des Moskauer Gebiets hat auch das »Programm zur Entwicklung von regionalem Journalismus« der Stiftung »New Eurasia« positive Spuren hinterlassen. Das aus amerikanischen Quellen finanzierte Programm konzentriert sich auf die Förderung regionaler Zeitungen mit Hilfe von Fortbildungsseminaren für regionale Herausgeber und Chefredakteure: Mehrere befragte Journalisten und Herausgeber haben solche Seminare durchlaufen und schildern sie als gewinnbringend.

Autor: Moritz Gathmann

Journalisten in den Fängen des politischen Machtkampfs

»Genug gerafft Postrigan!« »Schande!« Die Plakate der Demonstranten sprechen eine deutliche Sprache: Die Bürger der Stadt, vor allem Rentner, die sich an diesem nasskalten Wintertag auf dem Afanasjew-Platz von Klin versammelt haben, sind unzufrieden mit dem Bürgermeister der Kleinstadt nördlich von Moskau.

Aufgerufen hatte die Bürgerbewegung »Soglasije i Prawda« (Eintracht und Wahrheit) in ihrer gleichnamigen Wochenzeitung, die in einer Auflage von 30.000 kostenlos in den Briefkästen der Bürger landet. Finanziert wird Bewegung und Zeitung von mehreren lokalen Geschäftsleuten, die sich seit mehreren Jahren im Konflikt mit Bürgermeister Alexander Postrigan befinden.

»Sie spucken auf uns!« empört sich Pjotr Lipatow, Chefredakteur der »Soglasije i Prawda«, auf der Bühne, und meint damit Bürgermeister Postrigan und seine Mitarbeiter. Weiter hält er nur noch das Megafon für die Anführer der Bürgerbewegung, die auf die Verwaltung schimpfen, die mit zu immer weiter steigenden Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität die Bürger immer stärker zur Kasse bittet. Im Herbst 2009 sollen Kommunalwahlen stattfinden, der Wahlkampf hat schon längst begonnen.

Nach der Demonstration wird Lipatow vor laufenden Kameras von einigen Männern in schwarzen Lederjacken zu Boden gestoßen und mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht. Aber auch Andrej Wolkow, Kameramann des bürgermeistertreuen Fernsehsenders »Poisk TV«, bekommt auf der Demonstration von einem der Organisatoren einen Schlag auf den Kopf und landet im selben Krankenhaus.

Beide Seiten präsentierten ihre Opfer anschließend als Märtyrer für Wahrheit und Gerechtigkeit. »Der Zustand des Chefredakteurs hat sich stark verschlechtert«, heißt es empört in der nächsten Ausgabe der »Soglasije i Prawda«, und die Bürgermeister-Zeitung »Serp i Molot« bedankt sich bei dem »brutal verprügelten« Kameramann Wolkow, dass er seine »Berufspflicht« ausgeübt hat und »dank ihm die Bürger von Klin die ganze Wahrheit sehen konnten.« Lediglich die unabhängige Zeitung »Klinskaja Nedelja« berichtete über den genauen Ablauf der Demonstration und beide Verletzte.

Alexander Sokolski, Journalist aus Klin und im Moskauer Gebiet für seine Unabhängigkeit bekannt, schienen beide »Angriffe« stark übertrieben dargestellt worden zu sein. Er sagt, die Einweisung ins Krankenhaus habe vor allem einem gewissen Showeffekt gedient. »Eigentlich ging es doch beiden gut«, habe ihm der behandelnde Arzt unter vier Augen erzählt. Auch das »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« hat sich in dem Fall mit einer eindeutigen Einschätzung zurückgehalten.

Autor: Moritz Gathmann



Die Region Krasnodar liegt im Süden Russlands, umgeben vom Schwarzen Meer und dem Kaukasus. Sie wird wegen des gleichnamigen Flusses auch Kuban genannt. Mit etwas mehr als fünf Millionen Einwohnern ist das Gebiet eines der bevölkerungsreichsten in Russland. Trotzdem ist der Anteil der ländlichen Bevölkerung mit rund 50 Prozent hoch. Vier Großstädte gibt es in der Region: Krasnodar (715.000 Einwohner), Sotschi (330.000), Noworossisk (230.000) und Armawir (190.000). Landwirtschaft und Tourismus sind die wichtigsten Wirtschaftszweige in der Region, unter anderem hat sich dort der deutsche Landmaschinenbauer »Claas« angesiedelt. Daneben ist der Hafen Noworossisk von größerer ökonomischer Bedeutung.

Nachdem sich Sotschi als Austragungsort für die Olympischen Winterspiele 2014 durchsetzen konnte, ist die Olympia-Vorbereitung eines der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen in der Region geworden. Immerhin liegt der Etat für die Spiele bei schätzungsweise bis zu 20 Milliarden Dollar. Andererseits haben sich die Spiele auch zu einem der schärfsten Konfliktfelder entwickelt, denn insbesondere in der Stadt Sotschi stößt das politisch ambitionierte Projekt auf Widerstand in der Bevölkerung. Speziell das korrupte System der Grundstücksverteilung ist ein Streitthema.

Dennoch hat Gouverneur Alexander Tkatschow die Situation relativ fest im Griff. Die Bürgermeisterposten aller wichtigen Städte hat er inzwischen mit eigenen Gefolgsleuten besetzt, in teilweise heftigen Schlammschlachten hat er unter Ausnutzung »administrativer Ressourcen« und der ihm hörigen Medien unbotmäßige Bürgermeister abgelöst und ersetzt oder unliebsame Kandidaten ausgeschaltet.

Gouverneur Alexander Tkatschow sammelte seine ersten politischen Erfahrungen in der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol, später war er Duma-Abgeordneter. Seit dem Jahr 2000 regiert er das Gebiet Krasnodar. Als regionaler Führer der

Kremlpartei »Einiges Russland« (ER) hat er seine Macht zusätzlich abgesichert. Auch das 67 Abgeordneten starke Regionalparlament wird von ER dominiert. Daneben sind noch die Kommunistische Partei und die zweite Kremlpartei »Gerechtes Russland« vertreten. Liberale Parteien, aber auch die früher wegen ihres Populismus stark vertretene nationalistische LDPR, haben den Einzug ins Parlament verpasst.

Im Gebiet Krasnodar hat Tkatschow eine strenge Hierarchie – in Russland gern als »Vertikale der Macht« bezeichnet – geschaffen. Alle Bürgermeister der größeren Städte entstammen der Riege Tkatschows: In der Stadt Krasnodar hat er 2005 den kommunistischen Bürgermeister Nikolai Pris ablösen lassen. Dafür ließ Tkatschow in den ihm unterstehenden Medien heftige Korruptionsgerüchte gegen Pris streuen. In Noworossisk versuchte der Geschäftsmann und Duma-Abgeordnete Sergej Schischkarjow 2004 den Posten des Bürgermeisters zu besetzen. Er hatte sich dazu sogar eine eigene kleine Mediaholding zusammengestellt, die für ihn Wahlkampf machen sollte. Tkatschow kaufte die übrigen Medien auf, und nach einem schmutzigen Wahlkampf wurde Schischkarjow schließlich von den Wahlen ausgeschlossen. Tkatschows Kandidat Wladimir Sinjagowski ist dort bis heute im Amt.

Besonders problematisch gestaltete sich der Kampf um Sotschi. Die Einwohner des Kurorts unterscheiden sich von ihrer Mentalität und ihrem Selbstverständnis deutlich von der einfachen ländlichen Bevölkerung. Zugleich gilt der Kurort als einer der lukrativsten Plätze in Russland – die Grundstückspreise in Sotschi sind nicht erst seit der Entscheidung, die Olympischen Spiele dort auszutragen, hoch. Unter Ausnutzung aller ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen versucht Tkatschow, die volle Kontrolle über Sotschi zu erlangen. Seit dem Jahr 2000 gab es sechs verschiedene Bürgermeister in der Stadt. Der jüngste Bürgermeister von Sotschi heißt Anatoli Pachomow. Bei den Wahlen im April 2009 setzte sich der vom Kreml und Tkatschow unterstützte Kandidat gegen den liberalen Oppositionspolitiker Boris Nemzow durch. Vor allem die lokalen Medien fuhren dabei eine einzigartige Schmutzkampagne gegen Nemzow, während Pachomow als einziger Kandidat überhaupt einen Zugang zu den Medien hatte.

Viele Medien, wenig Vielfalt in Krasnodar

Im Gebiet Krasnodar sind mehr als 900 Medien registriert. Zudem sind hier alle landesweit ausgestrahlten Programme zu empfangen. Wichtigster regionaler Sender ist »NTK« (Neues TV Kuban), der im gesamten Gebiet sendet. NTK war ursprünglich ein privater Sender, wurde aber bereits kurz nach dem Machtantritt Tkatschows von der Gebietsadministration gekauft. Die frühere Besitzerin Ludmila Martschenko wurde dafür mit mehreren Millionen Rubel und einem Posten in der Pressestelle der Gebietsverwaltung entschädigt, berichtet die Moskauer »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«. Der russische Rechnungshof hat diesbezüglich sogar eine Überprüfung über die zweckfremde Verwendung von Steuergeldern verlangt. Aber die Untersuchung ist im Sande verlaufen.

Nach Angaben des Internetportals »Mediaguide« (www.mediaguide.ru) sind die größten regionalen Tageszeitungen »Kuban Segodnja« (Auflage: 75.000 Exemplare), »Kubanskije Nowosti« (55.000), »Wolnaja Kuban« (45.000) und »Krasnodarskije Iswestija« (41.000).

Daneben haben noch die Regionalausgaben der überregionalen Boulevardzeitungen aus der russischen Hauptstadt, »Komsomolskaja Prawda« (30.000, Wochenbeilage 80.000) und der »Moskowski Komsomolez« (17.000), höhere Auflagen. Etwas kleiner ist die Auflage der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung »Nowaja Gaseta Kubani« mit 10.357 Stück.

Die großen politischen Moskauer Tageszeitungen haben oft einen eigenen Regionalkorrespondenten in Krasnodar, die Zeitungen »Kommersant« und »Wedomosti« sogar eine Regionalbeilage für Südrussland.

Im Internet existieren die Nachrichtenportale www.yuga.ru (eigenen Angaben zufolge 300.000 Besucher und zwei Millionen Seitenaufrufe im Monat) und www.ekaterinodar.ru (keine Angaben). Überregional, aber auf Südrussland begrenzt, gibt es zudem noch das von der Menschenrechtsorganisation »Memorial« gegründete Internet-Medium »Kawkaski usel« (www.kavkaz-uzel.ru).

Trotz der großen Zahl an Publikationsorganen hat sich eine deutliche Dominanz der Gebietsverwaltung bei den Medien herausgebildet. »Im Gebiet Krasnodar gibt es praktisch keine unabhängigen Medien mehr«, sagt sogar der ehemalige Leiter des staatlichen Senders GTRK Sotschi, Wadim Beljajew. Der Großteil der Medien befindet sich entweder in direktem Besitz der Gebiets- oder der jeweiligen

Stadtverwaltung oder werde von ihr kontrolliert. So sind die Tageszeitungen »Kubanskije Nowosti«, »Krajewyje Nowosti«, die Monatszeitschrift »Krasnodarski Krai« und die Jugendzeitschrift »Region 93« offizielle Publikationsorgane der Gebietsverwaltung, zudem teilt sie sich mit der Stadtverwaltung Krasnodar die Finanzierung der Zeitung »Kuban Segodnja«. Die Stadt selbst besitzt den Fernsehsender »Krasnodar« und die Tageszeitung »Krasnodarskije Iswestija«. Nach Angaben örtlicher Journalisten kontrolliert Tkatschow auch direkt den staatlichen Sender GTRK Kuban und bestimmt dort über die Personalpolitik. Das ist erstaunlich, da der Kanal eigentlich eine Filiale des Moskauer staatlichen Fernsehens ist. Die ursprünglich von Krasnodar unabhängige Filiale GTRK Sotschi wurde 2005 GTRK Kuban untergeordnet und ist damit auch direkt unter den Einfluss der Gebietsadministration gelangt. Viele Stadtverwaltungen geben darüber hinaus noch eine eigene Zeitung heraus, in der Stadt Sotschi ist dies beispielsweise die Zeitung »Nowosti Sotschi«. Insgesamt gibt es rund 40 Stadt- oder Kreiszeitungen, 26 von ihnen sind im staatlichen Verlag »Periodika Kubani« zusammengefasst. Im Prinzip sind diese Blätter nichts anderes als PR-Mitteilungen über die Arbeit des jeweiligen Bürgermeisters oder Kreisverwaltungsleiters.

Das »Medienregister« : Instrument zur Unterordnung der Medien

Neben den staatlichen Medien sind auch viele private Medien keineswegs unabhängig. Die größeren von ihnen werden meist ebenfalls von der Administration kontrolliert und bezahlt. 2008 wurden im Etat der Region offiziell immerhin 262,5 Millionen Rubel (rund 7,5 Millionen Euro) für die Finanzierung der Medien bereitgestellt.

Als Instrument zur Regulierung und Unterordnung der Medien dient dabei seit Jahren das so genannte Medienregister. Alle im Register eingetragenen Medien genießen bestimmte finanzielle Vorteile und Steuererleichterungen. Gedacht war das Register einst, um Medien wirtschaftlich einen größeren Spielraum einzuräumen und so die Pressefreiheit zu unterstützen. Inzwischen hat die Verwaltung diesen Gedanken in das Gegenteil verkehrt und nutzt es als effektives Instrument zur Gleichschaltung von Medien. »Kreis- und Stadtzeitungen haben ihre kurze Leine – das Gebietsregister, welches es der Obrigkeit erlaubt, die Beziehungen zu den Redaktionen mittels Steuererleichterungen, verschiedenen Zahlungen für den Kauf von Fahrzeugen oder Technik sowie die Durchführung von Redaktionsjubiläen zu regulieren«, hat die »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« bei einer Untersuchung der Region festgestellt.

Um in das Register aufgenommen zu werden, muss sich ein Publikationsorgan verpflichten, Mitteilungen der Stadt- oder Gebietsverwaltung zu veröffentlichen. Dies geht weit über amtliche Bekanntmachungen hinaus. Die Pressestelle des Gouverneurs schickt Beiträge an die Medien, die nichts anderes sind als Lobeshymnen für Tkatschow. Einen Nachrichtenwert haben die Meldungen meist nicht. Die Zeitungen und Fernsehsender veröffentlichen die Beiträge trotzdem – viele kennzeichnen sie nicht einmal mit dem Vermerk »Pressestelle« – und werden entlohnt. Wer sich weigert, kann auf Subventionen und Steuererleichterungen natürlich nicht hoffen.

Das ohnehin fragile Gefüge der Medien ist durch den unlauteren Wettbewerb empfindlich gestört worden. Der Großteil der früher unabhängigen Medien ist inzwischen entweder pleite gegangen oder an andere Besitzer verkauft worden, die loyal zur Gebietsadministration stehen. Auf diese Weise ist vor längerer Zeit die Wochenzeitung »Sotschi« verschwunden. Der langjährige Chefredakteur Georgi Iwanow, der die Zeitung Anfang der 90er Jahre zu einem unabhängigen Wochenblatt aufgebaut hatte, gab 2003 entnervt auf, nachdem er gegen die Konkurrenz von kostenlosen Reklamezeitungen und eine Vielzahl von Zeitungen, die direkt aus dem Stadtsäckel finanziert werden, nicht mehr ankam. Seine Werbekunden hatten zudem immer häufiger gefordert, ihre Schleichwerbung zu platzieren – ein Schritt, den Iwanow grundsätzlich ablehnte.

Andere größere Zeitungen wie die Tageszeitung »Wolnaja Kuban« sind den Weg ins Register gegangen. Offiziell wirbt sie auf ihrer Webseite mit dem Slogan: »Unabhängig von der Obrigkeit, Finanz- und Business-Strukturen, politischen Parteien, Clans und Gruppierungen. Abhängig vom Leser, der Gesellschaft in Kuban, seinen Wurzeln und Traditionen, von der Geschichte und der Gegenwart des Vaterlands sowie dem Zivilgewissen der Journalisten.« Doch zugleich finanziert sie sich zum Großteil aus dem Register, wie die Gebietsverwaltung ganz offen zugibt. Die Beiträge der Zeitung sind daher alles andere als unabhängig. Kritik am Gouverneur findet der Leser nicht.

Schwierigkeiten bei der Bewahrung der Unabhängigkeit

Die Medienholding »Wolnaja Kuban« mit der gleichnamigen Zeitung als Flaggschiff gehört Viktor Lamejkin, der auch Chefredakteur der Zeitung ist. Insgesamt gehören zur Holding etwa zehn Zeitungen und der Radiosender »Radio 107«, den sein Sohn Dmitri Lamejkin leitet. Die Zeitungen werden in der gesamten Region und auch in der von Krasnodar

umschlossenen russischen Teilrepublik Adygeja vertrieben. Gab es zu Beginn der Ära Tkatschow Unstimmigkeiten zwischen der Gebietsführung und der Zeitung (»Wolnaja Kuban« beschwerte sich 2001 öffentlich über Finanzrevisoren, die von der Verwaltung geschickt wurden), so legte sich der Konflikt schnell. »Wolnaja Kuban« wird seit Jahren zum Großteil aus den Werbegeldern der Gebietsverwaltung finanziert. Lamejkin, der auch Chef des Journalistenverbandes in Südrussland ist, hat seither jegliche Kritik an Tkatschow eingestellt. Inzwischen hat er enge Beziehungen zur Gebietsverwaltung.

Auf der regionalen Ebene sind nur die »Nowaja Gaseta Kubani«, die »Komsomolskaja Prawda na Kubane« und der »Krasnodarski Kurier« (Auflage 25.000) mehr oder weniger unabhängig von der Gebietsverwaltung. Hinter diesen Zeitungen steht jeweils ein Verlag aus Moskau. Interessant ist das Konzept des »Krasnodarski Kurier«. Die Zeitung gehört dem Moskauer Verlag »Provinzia«. Der produziert in Moskau einen Mantelteil, ansonsten hat sich der Verlag vollständig auf die Herausgabe regionaler Zeitungen in 25 verschiedenen russischen Provinzen spezialisiert. Der »Krasnodarski Kurier« wird seit 2003 herausgegeben und kritisiert die örtlichen Machthaber teilweise scharf.

So gerät auch der Gouverneur selbst in die Schusslinie, als in der Ausgabe vom 9. Juni 2009 dessen Einkommenserklärung öffentlich angezweifelt wird und die Autorin Jelena Regulschaja auf Spekulationen über Tkatschows Grundbesitz hinweist. In der örtlichen Bevölkerung gilt der Gouverneur nämlich als größter Grundbesitzer in der Region. Da das Blatt aber als Boulevardzeitung sich eher selten politischen Themen widmet, bleibt sein politischer Einfluss gering. Die Gebietsverwaltung ignoriert die Zeitung weitgehend.

Der Einfluss der Zeitung »Nowaja Gaseta Kubani« ist da ungleich größer. Das hängt einerseits mit dem Renomee der kremlkritischen Moskauer »Nowaja Gaseta« zusammen, die den Mantelteil der Zeitung liefert. Andererseits ist dies auch auf den resoluten Charakter der Chefredakteurin Galina Taschmatowa zurückzuführen, meint ihre Kollegin Swetlana Krawtschenko vom Internet-Medium »Kawkaski Usel«. Taschmatowa leitet auch die unabhängige Journalistenvereinigung »Stimme Kubans«. Das Blatt hat Taschmatowa Ende 2004 gegründet. Für die regionale Berichterstattung sind die Journalisten in Krasnodar ebenso selbst verantwortlich wie für die Finanzierung – Hilfe von der Zentralredaktion der »Nowaja Gaseta« in Moskau gibt es dafür nicht. Deshalb startete Taschmatowa das Unternehmen zunächst mit Hilfe eines Kredits. Der ist inzwischen längst zurückgezahlt, die Gehäl-

ter sind nach Angaben von Taschmatowa nach wie vor niedrig. »Die Obrigkeit hat den Geschäftsleuten quasi untersagt, bei uns Werbung zu drucken«, sagt sie. Durchschlagen kann sich das Blatt daher nur dank Taschmatowas Nebentätigkeiten: Sie hat das TV-Programm »Gerechtes Kuban« gegründet, das die heißesten Themen der »Nowaja Gaseta Kubani« aufgreift und darüber Beiträge dreht, die dann an föderale Sender weiterverkauft werden. Zudem ist es Taschmatowa gelungen, auf dem föderalen Sender »TV-Zentr« eine halbe Stunde Sendezeit zu kaufen und die Programme dort abzuspielen. Damit erzielt sie einige Werbeeinnahmen. Ansonsten beschäftigt sich der Verlag noch mit der Herausgabe von Büchern und linguistischen Expertisen, um sich über Wasser zu halten. Dadurch kann die »Nowaja Gaseta Kubani« trotz ihrer Kritik an den örtlichen Machthabern und trotz der Wirtschaftskrise bislang überleben.

Unabhängig ist auch die in Sotschi herausgegebene Zeitung »Tschernomorskaja Sdrawniza«. Die Zeitung ist nicht streng oppositionell, hat sich aber eine gewisse, vor allem finanzielle, Eigenständigkeit bewahrt. Zum Verlag gehören außerdem die mit Werbung finanzierte Wochenbeilage »Kurortnaja Nedelja«, die Monatszeitschrift »Kurortnaja Gaseta« und die Modezeitschrift »Femina«. Die Auflage der »Tschernomorskaja Sdrawniza« liegt bei etwa 3000 Exemplaren, sie wird nur in der Stadt selbst vertrieben. Der Preis für die vierseitige Zeitung am Kiosk beträgt sechs Rubel (0,14 Euro). Der Seitenpreis für Werbung liegt offiziell bei 35.200 Rubel (800 Euro). Die Redaktion besteht aus sechs freien Mitarbeitern.

Dennoch trägt sich das Blatt nach Angaben von Chefredakteur und Inhaber Sergej Below selbst. Der Verlag profitiert dabei von der sowjetischen Vergangenheit, als die »Tschernomorskaja Sdrawniza« noch ein eigenes Redaktionsgebäude besaß. 1997 konnte sie aus Eigenmitteln sogar ein Gästehaus errichten. Allerdings wurde der Zeitung 2003 in einem fragwürdigen Prozess das Redaktionsgebäude abgenommen. Ziel des Prozesses war zwar nicht, die Zeitung mundtot zu machen, sondern schlicht die Aneignung eines lukrativen Grundstücks. Doch die materielle Basis der »Tschernomorskaja Sdrawniza« wurde damit empfindlich geschwächt. Seit 2004 ist die Zeitung im ehemaligen Gästehaus untergebracht. Auf diese Weise entfallen alle Mietzahlungen. Zudem verfügt die »Tschernomorskaja Sdrawniza« über eine eigene Druckermaschine, was ihr auch in dem Bereich finanzielle Unabhängigkeit sichert.

Below nennt die »Tschernomorskaja Sdrawniza« eine »Zeitung des gesunden Menschenverstandes« und erklärt, dass er seine Aufgabe in der konstruktiven

Opposition zur Stadtverwaltung sehe. Er sei in bestimmten Fällen bereit, mit der Stadtverwaltung zusammenzuarbeiten. Er sei auch bereit, gegen Bezahlung Artikel der Stadt- oder Gebietsverwaltung zu platzieren, wenn diese mit dem Standpunkt der Zeitung vereinbar seien. Die Artikel kennzeichne er jedoch stets mit dem Vermerk »Pressestelle«. Daneben bringt die »Tschernomorskaja Sdrawniza« trotz der Versuche mehrerer Bürgermeister, die Zeitung unter Druck zu setzen, auch immer wieder kritische Materialien heraus. Zugute kommt Below bei seinem Bemühen um Unabhängigkeit seine Mitgliedschaft in den internationalen Medienorganisationen IPI (International Press Institute) und WAN (World Association of Newspapers).

Die meisten Zeitungen sind dagegen streng auf Kurs der Stadtverwaltung. So betätigt sich die Abgeordnete des Stadtparlaments von Sotschi, Tatjana Tschernowalowa, als Herausgeberin einer stadtnahen Zeitung (»Narodnaja Gaseta Sotschi«). Diese landet ebenso kostenlos in den Briefkästen wie die überwiegend auf Werbung beschränkte Wochenzeitung »Nasch dom Sotschi« (»Unser Haus Sotschi«) mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren. »Unser Haus Sotschi« gehört dem Geschäftsmann Oleg Lebedew, der der Stadtverwaltung so nah steht, dass Bürgermeister Anatoli Pachomow in jeder Ausgabe eine Kolumne auf der zweiten Seite bekommt. Kritik an Entscheidungen der Administration finden sich in dem Blatt nicht. Der Inhalt erinnert eher an die Erfolgsmeldungen der Zeitungen zu Zeiten der Sowjetunion.

Lob für die Obrigkeit, Verleumdung politischer Gegner

In Krasnodar hat sich unter Gouverneur Tkatschow ein hierarchisches Verhältnis zwischen Obrigkeit und Medien herausgebildet. Von ihrer Funktion der vierten Gewalt, das heißt einer Kontrolle der Beamten und Politiker, sind die Medien in Krasnodar deshalb weit entfernt.

Der ehemalige Leiter des Fernsehstudios GTRK Sotschi, Wadim Beljajew, berichtet über die offene Einmischung der Pressestelle des Gouverneurs Tkatschow in die Arbeit des Senders GTRK Sotschi: »Tkatschow hat eine Presseberaterin, inzwischen ist sie Vize-Gouverneurin, Galina Solina. Sie kam andauernd zu uns und forderte, das müsse so gefilmt werden, dies müsse so gezeigt werden. Ich habe sie erst geduldet. Aber dann ging es so weit, dass sie ganz frech begann, uns herum zu kommandieren. Es wurden Materialien über die Tätigkeit des »geliebten« Gouverneurs aus Krasnodar geschickt mit einem Umfang von acht Minuten und verlangt, dass wir diese Beiträge in den Nachrichten bringen.«

Einen anderen Fall schildert das »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« in Moskau, das russlandweit Vorfälle dokumentiert. Vor den Duma-Wahlen erschien in den Zeitungen »Krasnodarskije Iswestija«, »Kuban Segodnja«, »Kubanskije Nowosti« und »Wolnaja Kuban« am 9. November 2007 ein und derselbe Artikel mit negativen und falschen Äußerungen über einen Kandidaten der Partei »Gerechtes Russland«. Wie sich später in einem Verleumdungsprozess gegen die vier Zeitungen herausstellte, stammte das Material direkt aus der Pressestelle der örtlichen Verwaltung und war an die Zeitungen gefaxt worden: »Dabei stand unter dem Fax der Zusatz: Nicht unterschreiben!, das heißt nicht auf die Gebietsverwaltung verweisen«, berichtet das Zentrum.

Es kommt auch vor, dass die Behörden Medien an der Verbreitung von Informationen behindern. Die Gebietsadministration hat Zeitungen mehrfach beschlagnahmungen oder aufkaufen lassen, in denen negative Informationen über Gouverneur Tkatschow oder die Arbeit der Gebietsadministration verbreitet wurden. Betroffen waren die Zeitungen »Wersija« und »Nowaja Gaseta Kubani«. So wurde beispielsweise eine Ausgabe der »Nowaja Gaseta Kubani« im Dezember 2004 völlig von der Administration aufgekauft, weil dort ein kritischer Artikel über die Etat Ausgaben unter der Überschrift »Budget mit dreifachem Boden« erschienen war.

Zwei Beispiele illustrieren anschaulich, wie weit die Administration die Medien zur Propagierung ihrer eigenen Interessen nutzt:

Wahlkampf in Sotschi

Besonders stark wird die Einflussnahme zu Zeiten des Wahlkampfs. Die Medien spielen dann eine sehr wichtige Rolle, allerdings nicht als eigenständiger Akteur, sondern als Handlanger der Mächtigen. Zuletzt wurde dies im Frühjahr 2009 in Sotschi deutlich, als der amtierende Bürgermeister Anatoli Pachomow bei den Wahlen gegen den liberalen Politiker Boris Nemzow antreten musste. Auf Anweisung von Tkatschows Stellvertreter Murat Achedschak (bis 2003 noch Mitglied der liberalen Jabloko-Partei) wurde Nemzow der Zugang zu den Medien vollständig versperrt. »Mir wurde nicht einmal die Möglichkeit eingeräumt, bezahlte Werbespots auszustrahlen«, kritisierte Nemzow das Vorgehen. Offiziell begründeten die Sender die Weigerung damit, dass sie am Wahlkampf nicht teilnahmen. Tatsächlich wurden von keinem Kandidaten Wahlwerbespots ausgestrahlt. Über die Tätigkeit des amtierenden Bürgermeisters Anatoli Pachomow berichteten die Sender aber trotzdem. Die Beiträge zeichneten dabei ein durchweg positives Bild des offiziellen Kandidaten.

Gleichzeitig wurde Nemzow in fast allen Medien diffamiert und als Interessenvertreter der USA dargestellt. Alle vier in Sotschi zu empfangenden örtlichen Sender (NTK, FTK, Max-TV, GTRK Sotschi) brachten zudem einen knapp 20 Minuten langen Film über Nemzows politische Vergangenheit. Darin wurde behauptet, dass Nemzow in den 90er Jahren das Gebiet Nischni Nowgorod als Gouverneur zugrunde gerichtet habe, dass er bestechlich und unfähig sei. Nach Angaben Nemzows wurde der Film auf Anweisung von Murat Achedschak produziert. Achedschak allerdings bestritt gegenüber Nemzow diese Vorwürfe und erklärte, das Material sei im Kreml in Auftrag gegeben worden. Es wurde sogar gefälschtes Material in Umlauf gebracht, um Nemzow als Kandidaten zu diskreditieren. So ließ Achedschak nach Angaben von Nemzow ein Video produzieren, das Nemzow scheinbar bei Verhandlungen mit Südkoreanern über den Verkauf der Olympischen Spiele zeigte. Dadurch sollte er als korrupter Politiker bei der Bevölkerung diffamiert werden. Alle örtlichen TV-Sender spielten auf massiven Druck der Gebietsverwaltung auch diesen offensichtlich gefälschten Beitrag in ihren Nachrichtensendungen mehrfach ab. Das von Nemzow geforderte Dementi der Medien-»Ente« zeigten die Medien im Wahlkampf dagegen nicht.

Selbst der private Sender »Max-TV« des Unternehmers Michail Mikschis (zu seiner »Max Media Group« gehören insgesamt zwei Fernseh- und zwei Radiosender) beteiligte sich an dieser Schmutzkampagne. »Ich habe Mikschis mal geholfen, als sein Sender geschlossen werden sollte. Als ich nun in Sotschi war, habe ich ihn getroffen. Er hat mir erzählt: »Wenn ich Dich nicht mit Schmutz überhäufe, wird mir die Lizenz entzogen und ich bin meinen Sender los«, sagt Nemzow. »Zudem haben sie in der Zeit ein Strafverfahren gegen seine Frau eingeleitet und ihm gesagt, wenn er sich loyal verhalte, werde sie wieder entlassen«, berichtet Nemzow weiter über die Art der Staatsgewalt, Medien zu manipulieren.

Am Ende gewann die bisherige Stadtführung. Pachomow siegte mit knapp 77 Prozent der Stimmen deutlich vor Nemzow (14 Prozent) und allen übrigen Kandidaten. Der von Nemzow angestrebte Prozess wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung und eines Verstoßes gegen das Gesetz über Wahlwerbung läuft noch. Im ersten Prozess hat das Gericht die Klage abgewiesen, derzeit läuft das Berufungsverfahren.

Streit über die Olympischen Spiele

Die Olympischen Spiele 2014 in Sotschi wurden zum Anlass einer weiteren massiv gesteuerten Kampagne. Die Durchführung der Spiele »um jeden

Preis« (Zitat Putin) stößt in der Bevölkerung von Sotschi auf einigen Widerstand. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, beispielsweise die geplante Zwangsumsiedlung von etwa 3500 Bewohnern der Imeritinskaja-Bucht im Süden der Stadt Sotschi oder die befürchteten Umweltzerstörungen durch den Bau von Hotels und Sportanlagen.

Die Obrigkeit lässt jedoch keine Diskussion über die Olympia-Vorbereitungen zu. Sogar öffentliche Anhörungen wurden einfach gestrichen. In den örtlichen Medien fehlt die Debatte gänzlich. Die Beiträge der regionalen und lokalen Fernsehkanäle sind einseitig. Sie appellieren entweder an den Patriotismus der Einwohner, verweisen auf das Prestige der Spiele oder berichten vom erfolgreichen Verlauf der Vorbereitungen.

Ein Beispiel: Im Juni 2009 meldeten TV- und Radiosender sowie mehrere Zeitungen Krasnodars, dass der erste Bewohner der Imeritinskaja-Bucht, Iwan Kubanzew, in sein neues Domizil umgezogen sei. Er sei mit den Bedingungen in seinem neuen Heim rundum zufrieden, hieß es. Tatsächlich gab es im neuen Haus zur selben Zeit weder Strom, Wasser noch eine Kanalisation, berichtet Alik Lej, einer der Aktivisten, der sich der Zwangsumsiedlung widersetzt. Im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« bestritt Kubanzew auch, dass er schon umgezogen sei, wie die Berichterstattung behauptet hatte. »Bisher wurde mir offiziell weder ein Preis für mein Haus vorgeschlagen, noch der Preis für das neue Haus geschätzt«, sagte er. Eine Einigung über den Umzug stehe noch aus.

Die stadtnahe Wochenzeitung »Unser Haus Sotschi« ignoriert den Konflikt um die Imeritinskaja-Bucht vollständig. So gab es 2009 nicht einen Bericht über die Proteste der Anwohner, obwohl praktisch in jeder Ausgabe etwas über die Olympischen Spiele steht. Statt die Sorgen der Einwohner zu thematisieren, vermeldet die Zeitung etwa am 21. Mai 2009 »Alles läuft nach Plan.«

Nachrichtenstücke zu Olympia werden von der Regionalverwaltung bestellt und dann an die Sender verschickt – mit einer detaillierten Vorschrift, wie, wann und wie oft die Clips zu zeigen sind. Da sie in der Regel dort nicht einmal geschnitten werden, ist praktisch überall das Gleiche zu sehen. Über die Protestaktionen in der Imeritinskaja-Bucht ist daher in ausländischen Medien häufiger zu lesen als in der russischen Presse. Das bestätigt auch Alik Lej: »Unsere Medien haben strenge Vorschriften: Keinen Kontakt mit der örtlichen Bevölkerung«, sagt er. Nur die relativ unabhängigen Moskauer Sender »Ren-TV« und der »5. Kanal« haben über den Konflikt berichtet. Regionale Medien nehmen sich des Themas nur

an, um die »Olympia-Gegner« zu diffamieren. Sie werden als unpatriotisch und profitgierig dargestellt. Das geschieht auf Anweisung von oben, berichten Journalisten. »Es wird offen und versteckt Druck auf Medien und Journalisten ausgeübt, um keine negative Presse zu haben«, sagt Swetlana Krawtschenko von der regierungskritischen Internetseite »Kawkaski Usel«.

In Sotschi selbst berichteten einzig die Zeitungen »Tschernomorskaja Sdrawniza« (in vorsichtigem Ton) und »Delowoi Sotschi« kritisch über die Olympiavorbereitungen. »Delowoi Sotschi« musste allerdings zum Jahreswechsel 2008/2009 schließen, offiziell aus Geldmangel. Die Ex-Korrespondentin der Zeitung Jekaterina Primakowa vermutet jedoch, dass in Wahrheit administrativer Druck hinter der Schließung steckte.

Verleumdungsklagen als Druckmittel und Selbstzensur als Form der Anpassung

Ein wichtiges Instrument der Administration, um sich die Medien unterzuordnen, ist das bereits beschriebene Medienregister. Wer als Journalist bei diesen abhängigen Medien arbeitet, kann sich keine eigene Meinung leisten. Journalisten werden mit Abmahnungen und Kündigungen auf Linie gebracht. So wurde 2005 der Chefredakteur des Senders GTRK Sotschi Wadim Beljajew entlassen, nachdem er sich geweigert hatte, die Beiträge der Pressestelle auszustrahlen und sie auf Nachrichtenformat zurecht stutzte. Dies sei bei der Pressestelle schlecht angekommen, erzählt Beljajew. Die bei der Gebietsadministration für Pressearbeit zuständige Galina Solina erreichte schließlich, dass die Sendeleitung in Moskau Beljajew zum Rücktritt nötigte. »Ich habe versucht, nach meiner Entlassung, eine neue Arbeit zu finden, aber es gab wohl in ganz Krasnodar ein inoffizielles Verbot, mich einzustellen, so habe ich zwei Jahre die Straße gefegt«, sagt Beljajew, der inzwischen in den erzwungenen Ruhestand gewechselt ist.

Einen Fortschritt gibt es dagegen im Fall der Akkreditierungen. Vor einigen Jahren klagten überregional tätige Journalisten über Probleme, in Krasnodar eine Akkreditierung zu erhalten, um ungehinderten Zutritt zu den Behörden oder ins Parlament zu bekommen. Formal gibt es diese Akkreditierungen inzwischen, auch wenn die Formalitäten dafür langwierig und anstrengend seien, sagt die Regionalkorrespondentin der angesehenen Wirtschaftszeitung »Kommerçant«, Anna Perowa. Trotzdem versuchten die Behörden »nicht genehme« Korrespondenten vom Informationsfluss auszuschließen. »Die Verwaltung informiert uns nicht über bevorstehende Ereignisse oder Pressekonferenzen.« Hofjournalisten dagegen

versorge der Gouverneur regelmäßig mit Informationen. Anfragen an Behörden werden nach Angaben von Perowa gerne abgeblockt: Alle Fragen müssten schriftlich gestellt werden, hört sie dann oft, die Bearbeitungszeit dauere zwischen 15 und 30 Tagen.

Ein beliebtes Mittel zur Einschüchterung von Journalisten sind Verleumdungsklagen. Das Instrument nutzen nach Angaben des »Zentrums für Journalismus in Extremsituationen« inzwischen viele Beamte und Geschäftsleute. Die Journalistin Swetlana Krawtschenko hat ständig mit solchen Klagen zu kämpfen. 2006 veröffentlichte sie einen Artikel, der über die Verlegung von Friedhofsgräbern zugunsten der bequemeren Hauseinfahrt eines Nachbarn berichtete. Die Verlegung der Gräber war von einem Gericht in Sotschi auf Drängen des Nachbarn angeordnet worden. Der Bericht darüber sorgte für soviel Aufsehen, dass das Gericht gezwungen war, seine Entscheidung zurückzunehmen.

Für Krawtschenko bedeutete der Artikel aber auch eine Menge Ärger. Sie wurde in einem Verfahren wegen angeblicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 50.000 Rubel (damals etwa 1.500 Euro) verurteilt. 2007 verurteilte ein Gericht die Journalistin und die Moskauer Zeitung »Argumenti i Fakti« wegen des gleichen Artikels in einem weiteren Verfahren sogar zu einer Geldstrafe von insgesamt 100.000 Rubel. In einem Berufungsverfahren wurde die Klage jedoch zurückgewiesen. Im gleichen Jahr forderten die von Krawtschenko im Artikel »Selbstjustiz« scharf kritisierten Richter Nikolai Waschtschenko und Anna Afonkina, die Journalistin wegen Beleidigung und Verleumdung von Amtspersonen anzuklagen. Nach langwierigen Ermittlungen wies die Staatsanwaltschaft die Forderung jedoch zurück. Krawtschenko hatte in dem Artikel beschrieben, wie den Einwohnern von Sotschi per Gerichtsverfahren ihre Wohnungen weggenommen wurden.

Andere Druckmittel sind glücklicherweise seltener. So ist in Krasnodar noch kein Journalist wegen seiner Berichterstattung getötet worden. 2002 gab es allerdings einen Anschlag auf den Journalisten Sergej Solowkin, der parallel für die Zeitung »Sotschi« und die Moskauer »Nowaja Gaseta« über illegalen Grundstückshandel an der Schwarzmeerküste schrieb. Solowkin wurde bei dem Attentat angeschossen, konnte den Täter aber mit einer Gaspistole in die Flucht schlagen. Dieser gab vor Gericht zu, für die Erschießung Solowkins bezahlt worden zu sein, verschwieg allerdings die Hintermänner der Aktion. Aus Angst um seine Sicherheit reiste Solowkin aus Russland aus und lebt heute in Hamburg.

Wer sich mit den Mächtigen arrangiert, kann dagegen gut leben in Krasnodar. Nach Angaben von Alex-

andra Terebunowa, der Leiterin des Journalistenverbands in Krasnodar und des staatlichen Verlags »Periodika Kubani«, liegen die Durchschnittsgehälter für staatliche Journalisten zwischen 20.000 bis 30.000 Rubel (zwischen 460 und 700 Euro) und damit verhältnismäßig hoch. Zum Vergleich: Nach Angaben der Zeitung »Krasnodarski Kurier« liegt das Durchschnittsgehalt der Bevölkerung in Krasnodar bei 13.800 Rubel (320 Euro). Galina Taschmatowa, Chefredakteurin der »Nowaja Gaseta Kubani«, berichtet sogar, dass Chefredakteure einer kleinen Stadt- oder Kreiszeitung (d.h. eines staatlichen Mediums) bis zu 70.000 Rubel (1600 Euro) im Monat verdienen können. Journalisten von Privatmedien bekommen deutlich weniger – ihr eigenes Gehalt beziffert sie auf 20.000 Rubel (460 Euro).

Schwierigkeiten, eine neue Arbeitsstelle zu finden, haben gute Journalisten im Gebiet nicht, denn es gibt einen Mangel an ausgebildeten Fachkräften. Die Professionalität der Journalisten sei unterdurchschnittlich, kritisiert der Schriftsteller und langjährige Fernsehkorrespondent Arkadi Melkonjan. »Journalisten werden oft ohne Vorausbildung von der Straße genommen«, sagt er. Dadurch sei es leicht, Journalisten zu beeinflussen und zu lenken.

Zwar gibt es in Krasnodar eine Fakultät für Journalistik, allerdings bemängelt Taschmatowa, dass dort vor allem angepasste »Hofjournalisten« ausgebildet würden. Den Journalisten in Krasnodar bescheinigt sie einen »übermäßigen Konformismus«. Die Selbstzensur ihrer Kollegen kritisiert auch die unabhängige Journalistin Swetlana Krawtschenko: »Es gibt wenige Journalisten, die prinzipiell ihren Standpunkt vertreten, viele sind geneigt, sich eher nach oben anzubiedern, als die Interessen ihrer Mitbürger zu artikulieren«, sagt sie.

An der Tendenz des Konformismus ist auch der offizielle Journalistenverband im Gebiet mitschuldig. Melkonjan wirft ihm vor, nicht sehr aktiv zu sein. Andere unabhängige Journalisten klagen, dass der Verband nur mit Journalisten zusammenarbeite, die bei den im Krasnodarer Register erfassten Medien arbeiten. Die Vorsitzende Terebunowa bestreitet diese Vorwürfe zwar und erklärte, der Verband sei für alle Journalisten offen, doch die enge Anlehnung an die Gebietsverwaltung gesteht sie ein. Es gebe eine »Zusammenarbeit in allen Fragen«.

In einem Interview mit einer russischen Zeitschrift verteidigte Terebunowa auch das System der Medienfinanzierung durch die Verwaltung als »erfolgreiches Modell der Zusammenarbeit zwischen Medien und Obrigkeit, das auf Vertrags- und Partnerschaftsbeziehungen beruht.« So etwas gebe es sonst nirgends in Russland. »In einigen

Regionen gibt es ständig Konflikte zwischen Obrigkeit und Medien, werden Rechte von Journalisten eingeschränkt und Druck auf Mitarbeiter von Zeitungen und TV-Kanälen ausgeübt. Im Gebiet Krasnodar gibt es so etwas nicht. Natürlich gibt es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten bei der Lösung aktueller Fragen. Aber es gelingt uns stets, einen Kompromiss zu finden. Das muss man den Leitern der Gebietsverwaltung zugute halten«, sagte sie. Immerhin gibt es seit einiger Zeit die »Stimme Kubans«, eine Vereinigung unabhängiger Journalisten Krasnodars. Hier sind vor allem Journalisten kleiner privater Medien versammelt. Die »Stimme Kubans« bietet ihren Mitgliedern in bescheidenem Rahmen Weiterbildungen und juristische Hilfe an.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Medien

Die Krise ist auch in Krasnodar zu spüren, allerdings deutlich weniger als in der Hauptstadt Moskau. Viele private Medien müssen aber Rückgänge bei den Werbeeinnahmen hinnehmen. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der Krise der Anteil von Schleichwerbung zunehmen wird. Werbekunden dürften ihre zunehmende Marktmacht ausnutzen, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Sergej Below von der »Tschernomorskaja Sdrawniza« berichtet, dass inzwischen viele Zeitungen in der Region Schleichwerbung einsetzen.

Für Journalisten bedeuten die sinkenden Einnahmen der Medien, dass bei den Gehältern zunehmend gekürzt wird. Taschmatowa sagt dazu: »Unsere Lage ist stabil schwer. Wir haben keine Angst vor der Krise, weil es uns finanziell immer schlecht ging, während die gut gefütterten staatlichen Journalisten jetzt Panik haben. Noch bekommen sie zwar ihr Gehalt, aber dort gibt es bereits die ersten Personalkürzungen.« Seit Anfang des Jahres mussten wegen finanzieller Schwierigkeiten zwei Zeitungen eingestellt werden: »Kuban Business« und »Kubanskaja Prawda«. Hinzu kommt die Zeitung »Delowoi Sotschi«, allerdings ist dort ein politisches Motiv für das Ende der Zeitung nicht auszuschließen.

Wettbewerb schaffen

Die großen Medien in Krasnodar und Sotschi unterstehen alle der Kontrolle der Obrigkeit. Opposition oder NGOs kommen in diesen Medien nicht zu Wort. Diese Kontrolle hat sich die Verwaltung durch die Schaffung eines unlauteren Wettbewerbs mittels des Registers gesichert. Die Administration besitzt somit quasi ein Informationsmonopol innerhalb Krasnodars.

In Russland ist es nicht ungewöhnlich, dass die Obrigkeit versucht, Medien zu beeinflussen und Druck auszuüben. Problematisch erscheint, dass viele Journalisten in der Region bequem sind und dem Druck leicht nachzugeben scheinen. Dies hängt sicherlich mit einer gewissen Desillusionierung zusammen. Selbst wenn kritische Materialien erscheinen, hat dies meist für die beschuldigten Beamten keine Konsequenzen. Selbst kritische Berichterstattung findet also keinen Widerhall.

Zudem scheint die Solidarität der Journalisten untereinander unterentwickelt zu sein. Der offizielle Journalistenverband vertritt die Interessen der örtlichen Medienschaffenden nur unzureichend. So fällt es der Verwaltung leicht, die Journalisten gegeneinander auszuspielen und unliebsame Korrespondenten auszuschließen.

Doch es gibt auch positive Anzeichen von Pressefreiheit in der Region Krasnodar und der Stadt Sotschi. Nach wie vor widerstehen einzelne, vor allem kleine Medien, dem Druck und versuchen, ein ausgewogeneres Bild der Lage zu vermitteln. Der Verein »Stimme Kubans« ist ein Anlaufpunkt für unabhängige Journalisten, der ihnen zumindest ansatzweise Hilfe geben kann. Um die Pressefreiheit in Krasnodar zu stärken, wäre es nötig, die finanzielle Unabhängigkeit der Medien zu stärken. Wünschenswert wäre eine Abschaffung des Registers oder dessen Umwandlung in eine politisch ungebundene Subventionierung aller Medien (etwa durch Steuererleichterungen), um einen gerechten Wettbewerb zwischen den Medien zu erzeugen. Da dies angesichts der Ambitionen der Gebietsverwaltung unmöglich erscheint, sollten die unabhängigen Medien mehr Unterstützung erfahren. Möglich wäre auch eine Aufwertung der »Stimme Kubans« als Anlaufpunkt durch geeignete Rechtsberatung und gegebenenfalls eine von allen zu nutzende Druckerei.

Autor: André Ballin

Eine einfache Lösung für das »Budget mit dreifachem Boden«

Der Artikel schlägt ein wie eine Bombe. Im Dezember 2004 veröffentlicht die Zeitung »Nowaja Gaseta Kubani« einen Bericht über Korruption in der Gebietsadministration. Der Artikel beruft sich auf Dokumente aus dem Rechnungshof und sorgt für Furore. Doch den Leser erreicht die Ausgabe der Zeitung nicht.

Ausverkauft! Schon am Morgen rufen verstörte Leser in der Redaktion an. Ob es noch eine Zeitung gebe, wollen sie wissen. An den Kiosken zucken die Zeitungsfrauen nur hilflos mit den Schultern: Ein geheimnisvoller Käufer hat schon alle Exemplare aufgekauft, bevor sie überhaupt im Handel landen. Auch die Chefredakteurin Galina Taschmatowa ist ratlos: »Wir wissen von nichts. Der staatliche Zeitungsverteilerdienst »Rospetschat« hat uns lediglich mitgeteilt, dass die Nummer 39 der Redaktion vollständig bezahlt wird«, erklärt sie den aufgebracht Anrufern.

Woher plötzlich das große Interesse? In der Zeitung ist der Artikel »Budget mit dreifachem Boden« erschienen. Darin geht es um den übersteuerten Kauf veralteter Röntgenapparate aus Haushaltsgeldern, seltsame Aufträge für »Marketinguntersuchungen« für mehr als 100.000 Euro, teure Empfänge, den Kauf von Wohnungen und Luxusautos durch Beamte und sogar eine auf Staatskosten gemietete Yacht. Mit anderen Worten: um Korruption in der Gebietsverwaltung.

Die Anschuldigungen werden durch Ermittlungen des Rechnungshofs gestützt, deshalb ist der Artikel vermutlich doppelt unangenehm. Doch die Gebietsverwaltung findet eine einfache Lösung: Die ganze Auflage wird beschlagnahmt, noch ehe sie in den Handel kommt. Bezahlt wird die Aktion übrigens aus dem Haushalt der Region.

Autor: André Ballin



Die Region Perm (Permski Krai), liegt westlich des Uralgebirges an der Grenze zum asiatischen Kontinent. Sie entstand als Föderationssubjekt in ihrer jetzigen Form im Dezember 2005 nach einem Referendum über die Zusammenlegung des Gebiets Perm mit dem autonomen Bezirk Komi-Perm. Auf einer Fläche, die etwa halb so groß ist wie Deutschland, leben 2,8 Millionen Menschen – eine Million davon in der Hauptstadt Perm, die rund 1385 Kilometer von Moskau entfernt liegt. Weitere größere Städte in der Region sind Beresniki, Solikamsk und Tschajkowski.

Perm ist eine der besser entwickelten Regionen Russlands: Zu den wichtigsten Industriezweigen zählen die chemische Industrie und die Ölraffinerie. »Lukoil«, der größte private Ölförderer des Landes, hat wegen der großen Ölvorkommen in der Region eine Filiale. Der Chef von Lukoil Perm sitzt im regionalen Parlament.

Für die Entwicklung der Region Perm war das Lager »Perm 36«, ein unter Stalin errichtetes Arbeitslager für politische Häftlinge, das erst 1988 geschlossen wurde, lange Zeit prägend. Die Tatsache, dass viele der Regimekritiker nach ihrer Haftentlassung in Perm geblieben sind, könnte ein Grund dafür sein, dass diese Region liberaler und demokratischer ist als die meisten anderen Regionen. So sind in Perm außergewöhnlich viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aktiv. Mehr als tausend sind derzeit registriert, und sie verfügen über eine einflussreichere Position als anderswo.

Seit dem 1. Dezember 2005 ist Oleg Tschirkunow Gouverneur von Perm. Er ist Absolvent der KGB-Akademie und war in den Neunziger Jahren in der Wirtschaft tätig. Er ist zwar nicht Mitglied der Kreml-Partei »Einiges Russland«, wurde aber den Regionalparlamenten von Perm und Komi-Perm von Putin selbst vorgeschlagen und trat zuletzt bei Wahlen auf der Parteiliste von »Einiges Russland« an. Er kann also nicht als oppositioneller oder von der

Kreml-Macht unabhängiger Gouverneur bezeichnet werden. Tschirkunow sieht sein Amt als Projekt, sich selbst als Manager, wie er in Interviews und Reden immer wieder deutlich macht. Die wirtschaftlichen und administrativen Strukturen der Region will er wie in einem Unternehmen effizienter machen. Bürgermeister der Stadt Perm ist Igor Schubin, Mitglied der Kreml-Partei »Einiges Russland«. Er wurde im April 2006 für fünf Jahre gewählt. Gouverneur und Bürgermeister verstehen sich zwar als Konkurrenten, ihr Verhältnis ist jedoch keinesfalls feindselig, wie Permer Journalisten und Politikexperten der Region gegenüber »Reporter ohne Grenzen« betonten.

Bemerkenswert ist die relativ niedrige Unterstützung für die Putin-Partei »Einiges Russland« in der Bevölkerung. Bei den Wahlen zum Regionalparlament 2006 kam die Partei auf nur knapp 36 Prozent und das bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung von ebenfalls nur 36 Prozent. Die Oppositions-Partei »Union der Rechten Kräfte« (SPS), die in nur wenigen Regionen Russlands überhaupt im Parlament vertreten ist, kam in Perm immerhin auf 16 Prozent. Ihr Erfolg ist vor allem auf die Beliebtheit des einstigen Parteivorsitzenden Nikita Belych zurückzuführen, der ursprünglich aus Perm kommt und einige Jahre stellvertretender Gouverneur des Gebiets war. Nach den Permer Regionalwahlen 2006 sprachen Beobachter, darunter Journalisten von »Kommerçant« und »Nowaja Gaseta« sowie unabhängige Politologen und Bürgerrechtler, von der ehrlichsten Wahl in Russland seit Jahren.

Pressefreiheit in Perm: Im russischen Vergleich vorne dabei

Eine Studie des Moskauer »Zentrums für Journalismus in Extremsituationen« aus dem Jahr 2000 bescheinigte den Medien in Perm einen hohen Grad von Unabhängigkeit, weil sie sich weitgehend aus Werbeeinnahmen finanzierten und kaum auf staatliche Zuschüsse angewiesen waren. Die meisten Journalisten und Medienexperten in Perm vertreten auch heute noch die Ansicht, dass die Lage der Pressefreiheit in Perm vergleichsweise gut sei. Drohungen oder juristische Auseinandersetzungen gegen Journalisten kommen sehr selten vor. Gezielte Überfälle wurden in den vergangenen Jahren nicht bekannt. Dennoch weisen fast alle Journalisten darauf hin, dass sie die Lage beispielsweise in Jekaterinburg für besser halten.

»Wenn man sich einen Namen gemacht hat, dann kann man sich ziemlich viel leisten – sogar im Fernsehen«, sagt Igor Kolpakow, Chefredakteur des

Journals »Kompanjon Magazin« und ehemaliger Moderator einer politisch-gesellschaftlichen Talkshow beim privaten Fernsehkanal »Wetta«. Zumindest in der Stadt Perm gibt es bei den Printmedien eine große Vielfalt von Zeitungen, die ein Spektrum von liberal-konservativen bis zu sozialistisch-kommunistischen Positionen abdecken. »Für jede Meinung gibt es ein Medium – wenn sich ein Leser zu orientieren weiß, bekommt er ein vielfältiges Bild der Geschehnisse«, sagt der über die Region hinaus sehr bekannte Menschenrechtsaktivist Igor Awerkijew. Doch es gibt deutliche Unterschiede zwischen der Situation in der Stadt Perm und den kleineren Städten in der Region. Dort besitzen meist entweder die lokale Verwaltung oder Großkonzerne die örtlichen Medien.

Selbstzensur statt Solidarität

Nach Angaben des Permer Journalistenverbands arbeiten derzeit in der Region rund 3000 Journalisten, davon 1700 in der Stadt Perm. Aber nur 8,5 Prozent von ihnen haben eine journalistische Ausbildung. Der Vorsitzende des Permer Journalistenverbands, Wasili Mosejew, beklagt daher die mangelnde Professionalität vieler Kollegen. Es gibt an der Universität keine eigene Journalistik-Fakultät, sondern nur einen Lehrstuhl, an dem die ohnehin wenigen Dozenten selbst kaum über Erfahrungen in dem Beruf verfügen. Der Journalistenverband versucht deshalb mit der Organisation von Kursen und Seminaren in Zusammenarbeit mit der Fakultät für Journalistik der Ural-Universität Jekaterinburg gegenzusteuern. Mosejew bemängelt, dass die mangelnde Professionalität auch dazu führt, dass Journalisten ihr berufliches Selbstverständnis kaum reflektieren und untereinander wenig solidarisch sind. Auch der Bürgerrechtler Awerkijew sagt, dass es an einem Berufsethos mangle. Deshalb neigten viele Journalisten zur Selbstzensur. »Man könnte die Grenzen weiter austesten, ohne große Probleme zu bekommen«, sagt er.

Im Gebiet Perm sind rund 1000 Massenmedien registriert, aber nur knapp 300 von ihnen erscheinen regelmäßig. Viele kommen nur ein- oder zweimal im Jahr heraus, meist wegen ihrer unzureichenden Finanzierung. Laut einer im Mai 2009 veröffentlichten Studie des Journalistenverbands in Perm erscheinen in der Region Perm regelmäßig 25 überregionale Zeitungen und 60 Zeitungen, die nur in einer der kleineren Städte der Region erscheinen. Außerdem führt die Statistik sechs TV-Anstalten und zwölf Rundfunkstationen allein in der Stadt Perm auf. Probleme bei der Registrierung und Lizenzierung haben Medien in der Region laut Mosejew so gut wie nie. Das Problem sei vielmehr, das Medium so stabil zu finanzieren, dass die vereinbarte Sende-

zeit bzw. der mit der Lizenzbehörde vereinbarte Erscheinungsrhythmus auch gewährleistet werden können.

Im März 2009 wurde nach Angaben der Moskauer »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« 14 Zeitungen in der Region Perm die Lizenz entzogen, weil sie den Erscheinungsrhythmus, für den sie ihre Lizenz bekommen hatten, nicht einhalten konnten. Darunter waren auch die Zeitungen »Nowaja Wetschernaja Perm« und »Wetschernaja Perm«, die sich im Besitz oppositioneller Geschäftsleute befanden. So galt »Wetschernaja Perm« von 2005 bis 2007 als Sprachorgan des Ex-Deputierten Wladimir Plotnow, der damals eine starke Opposition zum Gouverneur bildete, sich aber inzwischen aus der Politik in Perm zurückgezogen hat. Im Jahr 2006 war die Auslieferung einer Ausgabe der Zeitung unmittelbar vor den Bürgermeisterwahlen von der städtischen Administration gestoppt worden. Als Gründe für den Lizenzentzug gab die zuständige Behörde nun an, das Erscheinen habe in vergangener Zeit nicht länger der vereinbarten Lizenz entsprochen. Bei Überprüfungen durch die für die Lizenzvergabe zuständige Behörde war unter der Adresse der Zeitung keine Redaktion zu finden; schon 2008 war das Blatt tatsächlich kaum noch erschienen.

»Es ist im Vergleich zu anderen Regionen Russlands ungewöhnlich, dass in der Stadt Perm die Verwaltung nicht direkter Besitzer von Medien ist«, sagt Mosejew. Die Behörden hätten das auch gar nicht nötig, da sie über die finanziellen Subventionen, die sie den meisten Medien gewährten, indirekt Einfluss nehmen könnten. Nach Einschätzung einiger Medienexperten und Journalisten verfügt der Gouverneur allerdings über Anteile an zwei Mediengruppen, die kostenlose Wochenzeitung »Mestnoje Wremja« und das Verlagshaus »Kompanjon«.

Auf das Verlagshaus »Kompanjon« kann das Öllunternehmen »Lukoil« bei Bedarf Einfluss nehmen, wie die Besitzverhältnisse zeigen. Es kontrolliert die Finanzgruppe »PFG«, die nach unterschiedlichen Informationen zwischen 50 und 51 Prozent der Anteile am Verlagshaus »Kompanjon« hält. Bei der Lektüre von Artikeln, die sich mit »Lukoil« befassen, ist jedoch keine eindeutige Parteinahme erkennbar. In den weiteren Städten der Region zeichnet sich ein anderes, wenn auch nicht einheitliches Bild der Medienlandschaft ab: Dort gibt es meist eine Zeitung, die sich im Besitz der jeweiligen Stadt- oder Kreisverwaltung befindet und meist auch einen TV-Kanal, der unter deren Einfluss steht.

Regional- und Stadtadministration üben ihren Einfluss in Perm im Wesentlichen über das Instrument von Subventionen aus. Alle befragten Journalisten wiesen darauf hin, wie groß die Bedeutung dieser Zahlungen sei, erst Recht seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008. Seither sind die Einnahmen aus der Werbung stark gesunken. Die übliche Praxis der Subventionsvergabe wird so beschrieben: Am Anfang jedes Jahres werden so genannte staatliche Aufträge ausgeschrieben, das heißt Verträge über die Bestellung von journalistischen Beiträgen. Die Auftraggeber, mit denen die Verträge geschlossen werden, können Abgeordnete des Stadtparlaments, des Regionalparlaments oder die verschiedenen Ressorts der Administrationen der Städte und der Gebietsadministration sein. So wird aus Sicht der Regierenden in den Städten oder der Regionaladministration garantiert, dass die Medien über offizielle Reisen von Abgeordneten, Eröffnungen von Krankenhäusern oder die Wohltätigkeitsveranstaltungen des Bürgermeisters berichten. »Bei den Ausschreibungen für die Wettbewerbe steht vorher fest, wer gewinnt – die Bedingungen werden auf ein Medium zugeschnitten, so dass von den Auftraggebern gesteuert wird, wer Subventionen bekommt und wer nicht«, sagt Iwan Kolpakow, Chefredakteur von »Kompanjon Magazin«. Nach Angaben des Journalistenverbands in Perm stehen im jährlichen Budget von Region und Stadt rund zwei Millionen Euro für solche Mediensubventionen zur Verfügung.

Viele Zeitungen, einheitliches Fernsehprogramm

Der Markt für Printmedien ist in Perm weitaus vielfältiger als die Fernsehlandschaft. »Wenn ich Kritik an den Mächtigen in Moskau üben möchte, gehe ich nicht zum Fernsehen, aber es findet sich immer eine Zeitung dafür«, sagt Bürgerrechtler Awerkijew. Notfalls veröffentlicht er in der der NGO eigenen Zeitung »Sa Tscheloweka« – die hat jedoch im Vergleich zu anderen eine geringe Leserschaft.

Die Zeitungen, die die Massen lesen, stehen da schon eher unter Einfluss von oben: Die 1992 gegründete Wochenzeitung »Mestnoje Wremja« erscheint seit 1997 und ist mit 80.000 bis 250.000 Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung der Region. Da sie vielen Bewohnern der Region kostenlos per Post zugestellt wird und in den Geschäften ausliegt, ist ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung groß. Sie schloss im Jahr 2009 nach im Kommersant veröffentlichten offiziellen Zahlen der Administration Informationsverträge mit staatlichen Institutionen in Höhe von 106.000 Euro ab. Damit erhielt im Printsegment nur die Permer Regionalredaktion der landesweiten Boulevardzeitung

»Komsomolskaja Prawda« noch mehr. In Permer Journalistenkreisen hat »Mestnoje Wremja« deshalb den Ruf, das wichtigste Verlautbarungsorgan der Mächtigen zu sein. Der Generaldirektor der Zeitung, Wladimir Prochorow, vertritt dagegen die Ansicht, dass seine Redaktion trotz der hohen Subventionen unabhängig arbeiten könne und sich Kritik erlaube. Wer das Blatt liest, findet jedoch viele Artikel, die die Administration loben. So wird in der Ausgabe vom 27. Mai 2009 beispielsweise darüber berichtet, dass die Abgeordneten des Regionalparlaments trotz der Wirtschaftskrise viele soziale Programme verabschiedet haben. Die »bezahlten« Artikel werden wie bei den meisten anderen Medien nicht als solche gekennzeichnet.

Auch die überregionalen Boulevardzeitungen »Komsomolskaja Prawda« und »Argumenti i Fakti, die beide in Perm Regionalredaktionen haben, verfügen über einigen Einfluss. Sie erhalten mit 173.000 Euro und 70.000 Euro auch gut dotierte Zuwendungen, wie die von der Administration veröffentlichten Zahlen offenbaren und agieren damit nicht unabhängig.

Die große Moskauer Tageszeitung »Kommersant« hat in Perm seit 2002 eine Lokalredaktion, die eine Tochter des Moskauer Verlages ist. Sie wird also nicht wie bei vielen regionalen Ausgaben von überregionalen Medien sonst üblich im Franchise-Prinzip betrieben, bei dem das Nutzungsrecht an der Marke zu bestimmten Bedingungen verkauft wird. Der Permer »Kommersant« zählt trotz seiner geringen Auflage von 2000 Exemplaren zu den renommiertesten Medien der Stadt. Die Krise hat die Wirtschaftszeitung laut Kommersant-Redaktion jedoch hart getroffen: »Wir hatten im Frühjahr 2009 nur halb so viele Werbeeinnahmen wie im Frühjahr 2008«, sagt Chefredakteur Wjatscheslaw Suchanow. Derzeit erstellt die Permer Redaktion, die mittlerweile nur noch vier statt sechs Redakteure beschäftigt, nur noch eine Regionalseite – anstatt zwei Seiten wie vor der Krise. Aufgrund der finanziellen Lage musste der »Kommersant« sich 2009 zum ersten Mal um finanzielle Subventionen der Administration bewerben und ist dadurch nun auch dazu verpflichtet, Stellungnahmen des Gouverneurs oder von Abgeordneten zu veröffentlichen, wie auch Suchanow eingesteht. Diese werden allerdings – und das ist eine Ausnahme im Vergleich zu anderen Medien – mit dem Hinweis »Das Wort der Macht« versehen. Ob diese Kennzeichnung für den Leser verständlich ist, bleibt allerdings unklar. Vor allem dient es vermutlich dazu, das Gewissen der Redakteure zu entlasten. »Mich bedrückt die Tatsache, dass wir nun finanzielle Subventionen annehmen müssen – aber wir haben alle Familien, die wir ernähren müssen«, bekennt Suchanow.

Die Wochenzeitung »Permskije Nowosti« erscheint seit 1991 und hat derzeit eine Auflage von 20.000 Stück. Obwohl der Chefredakteur Oleg Russkich dies offiziell nicht bestätigen will, ist in Permer Medienkreisen allgemein bekannt, dass die Zeitung dem ehemaligen SPS-Vizegouverneur Nikita Belych gehört. Die Zeitung gilt in der Medienszene der Region als liberal und relativ unabhängig. Sie ist bekannt dafür, dass sie viele soziale Themen aufgreift. Derzeit sind bei der Zeitung zehn fest angestellte und zehn freie Journalisten tätig. Die Zeitung hat in der Krise den Erscheinungsumfang von 48 auf 36 Seiten eingeschränkt, da die Werbeeinnahmen stark gesunken sind. Die »Permskije Nowosti« erhält finanzielle Unterstützung über die staatlichen Aufträge, aber dieser Anteil ist laut Russkich gering und macht nur knapp fünf Prozent des Gesamtbudgets aus. »Das sind vor allem neue Gesetze, Grußworte oder andere staatliche Dokumente, die wir veröffentlichen. Bestellte Artikel, die wie Redaktionsbeiträge erscheinen und in denen wir die Mächtigen loben müssen, gibt es kaum.«

Die Tageszeitung »Swesda« ging aus dem 1917 gegründeten kommunistischen Parteiblatt für die Region Perm hervor. Seit 1993 ist sie in Besitz des Redaktionskollektivs: Die rund 30 Mitarbeiter der Zeitung sind Hauptaktionäre der Zeitung. Je nach Wochentag hat sie eine Auflage von 9000 bis 50.000 Exemplaren, die Seitenzahl liegt bei sechs bis zehn Seiten. Die Journalisten der Zeitungen sehen sich zumeist in der Opposition und sind stolz darauf. Sie scheuen den Konflikt mit der Macht nicht und kritisieren beispielsweise immer wieder heftig die neue Kulturpolitik der Gebietsadministration, moderne Kunst aus Moskau nach Perm zu holen. »Es ist eine exzentrische Zeitung – vor allem wegen des selbstherrlichen Chefredakteurs, der Themen nach Belieben ins Blatt hievt«, sagt ein Journalist aus Perm, der nicht genannt werden möchte, »aber sie bringt frischen Wind in die Permer Medienlandschaft.« Trotz der zur Schau getragenen Unabhängigkeit hat »Swesda« laut Angaben der Administration für das Jahr 2009 rund 21.000 Euro aus staatlichen Subventionen erhalten, was allerdings im Vergleich zu anderen Medien noch ein relativ geringer Betrag ist.

Oppositionszeitung: Früher bekämpft, heute geduldet

Die große Zeit der Konflikte in der Permer Medienlandschaft war das Wahljahr 2006. Dabei spielte die Wochenzeitung »Permski Obosrewatel« eine wichtige Rolle, die seit 2002 im Besitz des Unternehmers Igor Grinberg ist und in einer Auflage von 5000 Exemplaren erscheint. Grinberg besitzt in Perm ein Taxiunternehmen und mit dem Unterneh-

men »Alfa« die wohl größte Sicherheitsfirma der Region, die vor allem Objektschutz betreibt. Er kaufte die Zeitung nach eigenen Angaben, um eine Plattform für Kritik an der Administration zu haben – er war mit ihr wegen seiner Sicherheitsfirma in einen Konflikt geraten. Für einige Aufmerksamkeit in Moskau und im westlichen Ausland sorgte im September 2006 die Festnahme und Inhaftierung von Wladimir Koroljow, eines Fotografen der Zeitung. Der ehemalige Polizeioffizier wurde beschuldigt, Staatsgeheimnisse, die er aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit kannte, an Grinberg verraten zu haben. In diesem Zusammenhang durchsuchte der Geheimdienst FSB wiederholt die Redaktion. Grinberg ist auch heute noch sicher, dass die Festnahme dazu diente Vorwände zu suchen, um die Zeitung schließen zu können, wie er gegenüber »Reporter ohne Grenzen« betonte. Koroljow wurde nach zehn Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen, ohne dass es zu einem Gerichtsverfahren kam. Die Klage wurde von der Staatsanwaltschaft schließlich fallen gelassen. Koroljow war nicht dazu bereit, sich gegenüber »Reporter ohne Grenzen« über die genauen Umstände und Hintergründe zu äußern, die bis heute unklar bleiben. Viele Kollegen anderer Zeitungen zeigten sich angesichts des Vorfalles und der Rolle der Zeitung jedoch eher skeptisch. Mosejew vom Journalistenverband glaubt, dass Koroljow erst zum Fotografen der Zeitung erklärt wurde, als er wegen des angeblichen Geheimnisverrats bereits in Schwierigkeiten geraten war. »Vorher hat er wohl in anderen Zweigen des Grinberg-Unternehmens gearbeitet – ich habe jedenfalls nie Fotos von ihm gesehen.« Die meisten Permer Journalisten beklagen vor allem die Unprofessionalität der Zeitung. Tatsächlich arbeiten in der Redaktion derzeit zehn Leute, vor allem Bürgeraktivisten und Schriftstellern, die in ihren Artikeln Fakten und Kommentar stark miteinander verweben. Obwohl die Zeitung den Gouverneur weiterhin scharf angreift, darf sie mittlerweile wieder in Perm gedruckt werden. 2006 hatte sie noch auf Druckereien in Kirow und Jekaterinburg ausweichen müssen. Das Blatt ist für Grinberg nach eigenen Angaben ein Verlustgeschäft von bis zu 5000 Euro jährlich. Die Zeitung finanziert sich zu fünf Prozent aus Werbeeinnahmen, dazu zählen aber auch bezahlte Artikel, die laut Grinberg von Privatpersonen, Firmen oder allen anderen Gruppierungen, die Artikel veröffentlichen wollen, in Auftrag gegeben werden können. Auch wenn manche Geschehnisse um den »Permski Obosrewatel« undurchsichtig sind und die Machtorgane vor allem während der Wahlkampagne 2006 überreagiert haben, kann die Zeitung nicht als unabhängiges, journalistisch professionelles Medium gelten. Sie ist vielmehr Sprachrohr ihres Besitzers, was jedoch mittlerweile von der örtlichen Administration und insbesondere dem Gouverneur geduldet wird.

Weitere bedeutende Printmedien Perms sind die bereits erwähnten Erzeugnisse des Verlagshauses »Kompanjon«. Seit 2005 erscheint monatlich das »Kompanjon Magazin« mit Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Lifestyle. Das Layout ist auffallend professionell, gedruckt wird auf Hochglanzpapier. Die Auflage liegt bei 7000 Exemplaren und die durchschnittliche Seitenzahl bei 130. Die seit 1997 erscheinende Wochenzeitung »Nowi Kompanjon« hat sich auf Wirtschaft spezialisiert. Zu den Vorwürfen, dass der Gouverneur den Verlag kontrolliert, sagt der Chefredakteur: »Er ist dem Verlagshaus nicht so nah wie viele denken.« Es ist auffällig, dass es in Perm viele Wirtschaftswochenzeitungen gibt, unter anderem »Delowoi Express«, »Business Class« oder »Djelo & Ko«. Diese zählen eher zu den relativ unabhängigen Medien, haben jedoch eine kleine Zielgruppe und damit nur wenig Einfluss auf die allgemeine öffentliche Meinung.

Radio: Viel Musik und eine unabhängige Stimme

Die meisten Radiosender in Perm sind ausschließlich Musiksender, so dass sie wenig informationspolitischen oder meinungsbildenden Einfluss haben. Einige von ihnen übernehmen die Nachrichten vom staatlichen Radio »GTRK«.

Der private Radiosender »Echo Perm«, den es seit 1999 gibt, hat eine Ausnahmestellung. Ein Geschäftsmann hat die Marke »Echo« des in Moskau für qualitative und objektive Informationsprogramme bekannten Senders »Echo Moskwy« als Franchise erworben, das heißt, er kann die Marke »Echo« gegen eine Gebühr nutzen. Die Zusammenarbeit mit dem renommierten Muttersender aus Moskau ist gering: »Sie stören nicht und helfen nicht«, sagt die Chefredakteurin in Perm, Nina Solowei. Die derzeit sieben festen und sieben freien Mitarbeiter in Perm erstellen täglich sechs Stunden eigenes Programm, in der restlichen Zeit ist auf der Frequenz das Programm von »Echo Moskwy« zu hören. »Echo Perm« sendet nur in der Stadt selbst, nicht in der Region. Die Chefredakteurin schätzt die tägliche Hörerzahl auf 20.000 – eine im Vergleich zur Reichweite der staatlichen Programme niedrige Hörerzahl. Der Radiosender versteht sich selbst als unabhängig und will seinen Hörern ein kritisches Programm anbieten: »Wenn wir unsere Beiträge bei Journalisten-Wettbewerben einreichen, wundert man sich dort: Wieso habt ihr noch keine Probleme bekommen mit solch kritischen Beiträgen?«, sagt die Mitarbeiterin Anastasja Setschina, die früher als Chefredakteurin von »Echo Perm« arbeitete. Doch auch dieser Sender ist darauf angewiesen, Sendezeit an Unternehmen, Verbände oder Politiker zu verkaufen – ohne dass dies für die Hörer kenntlich

gemacht wird. Anders als bei anderen Radiosendern würden jedoch auch bei gekauften Interviews vorher keine Fragen abgesprochen oder Hörerfragen gefiltert, versichert Solowei.

Im Herbst 2008 sah es kurzfristig so aus, als ob »Echo Perm« schließen müsste, mittlerweile hat der Sender sich finanziell wieder stabilisiert. »Aber wer bei uns arbeitet, ist Altruist, denn verdienen kann man hier wenig«, sagt Solowei. Nach ihren Angaben nimmt der Sender an den jährlichen Wettbewerben um finanzielle Subventionen der Administration nicht teil.

In Perm gibt es eine regionale Vertretung der staatlichen Rundfunkgesellschaft »GTRK«, die sowohl Radio als auch TV erstellt. Die Programme der »GTRK« sind für fast alle drei Millionen Einwohner des Gebietes Perm zu empfangen – kein anderer Rundfunksender in der Region kann so viele Zuhörer und Zuschauer erreichen. Auf dem staatlichen TV-Kanal »Rossija« laufen in Perm dreimal täglich Regionalfenster mit Nachrichten aus dem Gebiet Perm. Die Nachrichtenauswahl richtet sich streng nach den staatlichen Aufträgen, sagt eine Mitarbeiterin des Senders, die nicht genannt werden möchte. »GTRK« bekam für das Jahr 2009 staatliche Aufträge im Wert von 700.000 Euro.

Die aus elf Redakteuren bestehende Radioredaktion erstellt neben dem Programm für das staatliche Radio »Rossija« auch Nachrichten für einige Musiksender. Täglich werden zwei bis drei Stunden Programm produziert. »Wenn es heikle Themen gibt, entscheidet unser Direktor, ob und wie wir berichten«, erläutert der ehemalige Chefredakteur Oleg Lewin. »In die Opposition zu gehen ist nicht unsere Aufgabe«, sagt er. Ein Großteil der Beiträge und Sendungen sind bestellte Beiträge – entweder über Einnahmen aus dem oben erläuterten staatlichen Wettbewerbsprogramm oder über andere Kunden aus der geschäftlichen oder sozialen Sphäre, zum Beispiel von Betrieben, Verbänden oder Gewerkschaften. »Interviewfragen und Inhalt werden vorher mit den Bestellern abgestimmt«, sagt eine Radio-Redakteurin.

Fernsehen: Von den Menschen geliebt, von der Administration kontrolliert

Der 1991 gegründete Fernsehsender »RIFEI Perm« hat in Perm die höchsten Einschaltquoten unter den privaten TV-Kanälen Perms. Mehr Zuschauer haben nur der staatliche Erste Kanal, »Rossija« und der überregionale Privatsender »NTW«. »RIFEI« sendet seit 2002 Regionalfenster über die Frequenz des überregionalen Senders »REN TV« – das eigene Programm hat einen Umfang von vier Stun-

den. Unter NGO-Vertretern und vielen Journalisten hat der Sender den Ruf, der Administration sehr loyal gegenüber zu stehen – zumal er im Vergleich mit den anderen privaten Rundfunkanstalten die meisten Subventionen von Stadt- und Regionaladministration bekommt. Bei der Hauptausschüttung Anfang 2009 waren es allein 280.000 Euro. Das macht nach Angaben des Generaldirektors 15 Prozent des Gesamtbudgets aus. »Ob ich es will oder nicht, die regionalen Machtstrukturen sind unser Hauptkunde«, sagt Wladimir Prochorow, der gleichzeitig Generaldirektor der Zeitung »Mestnoje Wremja« und von »RIFEI« ist, zu »Reporter ohne Grenzen«. Dennoch versuche seine Redaktion, in den »nicht bestellten« Beiträgen eine eigene Informationspolitik zu fahren. In der Permer Medienszene gilt es aber als offenes Geheimnis, dass kritische Berichte sich in der Regel auf die künftige Vergabe von Subventionen auswirkten, was Prochorow aber bestreitet.

Außer »RIFEI TV« und dem Permer Zweig des staatlichen Rundfunks gibt es in der Stadt Perm vier weitere Fernsehkanäle (»Wetta«, »Awto-TV«, »TV-Maxima«, »Ural-Info TV«), die alle regionale Fenster produzieren. Auch sie erhielten Subventionen der Administration – zwischen 10.000 und 133.000 Euro – wie die Statistiken der Administration belegen. Außerdem betreibt der Unterhaltungskanal des überregionalen privaten Unterhaltungssenders »TNT« ein Permer Regionalstudio, das ebenfalls geringfügige Subventionen erhält.

Insgesamt gesehen ist festzustellen, dass die regionalen Programmfenster bei der Permer Bevölkerung laut Zuschauerhebungen beliebt sind – jedoch vor allem dann, wenn sie auf den Moskauer Vollprogrammen wie im Fall von »RIFEI« auf der Frequenz von NTW gesendet werden. Wie in ganz Russland hat das Fernsehen einen größeren Einfluss auf die öffentliche Meinung als Radio oder Print. Nach Meinung des RIFEI TV-Generaldirektors Wladimir Prochorow gibt es zu viele regionale Fernsehsender in Perm. »Würde es weniger Sender geben, dann könnten sie unabhängiger und besser arbeiten, weil sie mehr Werbeeinnahmen hätten.«

Regionale Onlinemedien: Bisher wenig Professionalität und Exklusivität

Abgesehen von den Online-Ablegern der Printmedien existieren in Perm folgende Internetmedien: »www.on-line.perm.ru«, »www.properm.ru«, »www.59.ru« und »www.prm.ru«. Der Markt für die regionalen Internetmedien befindet sich aber noch in der Entwicklungsphase. Als Quelle für exklusive und qualitative Informationen aus der Region spielt keines der genannten Portale bisher eine wichtige

Rolle. Meist sammeln sie nur allgemein zugängliche Informationen und bereiten diese im Nachrichtenformat neu auf »Wir möchten langfristig mehr Kommentare und Analysen auf unseren Seiten haben, im Moment nutzen wir vor allem Pressemitteilungen und andere Informationen und stellen sie als Nachrichten auf unsere Seite«, sagt die Chefredakteurin von »prm.ru«, Marina Rudakowa. Von den staatlichen Subventionen sind die regionalen Internetmedien bisher ausgeschlossen geblieben. Als Leitmedien haben sie sich eben auch noch nicht durchsetzen können. Auch unter Journalisten sind die Internetauftritte von »Kommersant«, »Komsomolakaja Prawda« oder den verschiedenen Wirtschaftszeitungen beliebter und anerkannter, da diese noch als professioneller gelten, wie Journalisten von verschiedenen Permer Medien »Reporter ohne Grenzen« sagten. »Wir sehen die regionalen Portale bisher nicht als verlässliche Recherchequelle – und sie sind auf keinen Fall schneller als wir«, sagt »Echo Perm«-Chefredakteurin Solowei. Zwar steigt laut Marktforschungserhebungen in ganz Russland die Zahl der privaten Internetnutzer, so auch in Perm, aber bisher nutzen Privatpersonen auf der Suche nach Informationen, ebenso wie die genannten Journalisten, eher Seiten des »Kommersant« oder anderer sowohl regional als überregional aktiver Medien, wo Informationen aus beiden Bereichen gleichzeitig zugänglich sind. Neben der Beliebtheit von Kontaktnetzwerken steigt in ganz Russland auch die von Blogs – es gibt jedoch in Perm bisher keine politisch aktive, unabhängige Bloggerszene. Auf die steigende Beliebtheit des Internets hat jedoch der Gouverneur reagiert und schreibt in einem eigenen Blog fast täglich über seine zurückliegenden und bevorstehenden Termine.

»Oligarchische Diktatur« – die Presse in der Provinzstadt Beresniki

Als Beispiel für die erschwerte Situation für Journalisten in der Permer Region außerhalb der Hauptstadt bietet sich die Stadt Beresniki an. Sie liegt rund 200 Kilometer von Perm entfernt und ist eine Industriestadt mit knapp 170.000 Einwohnern, die vor allem von den Metall- und Chemieunternehmen »Uralkali« und »Uralchim« geprägt wird. Die Mehrheit der Mitglieder des Stadtparlaments sind bei Uralkali beschäftigt bzw. gelten als Befürworter des Konzerns und wurden extra als solche im Stadtparlament platziert, sagten verschiedene Journalisten aus der Stadt gegenüber »Reporter ohne Grenzen«. »Wir haben eine oligarchische Diktatur in Beresniki«, sagt der unter Kollegen als ungepasst und kritisch geltende Journalist Waleri Kowasjuk.

Der Konzern »Uralkali« besitzt seit einigen Jahren vier der sechs Zeitungen der Stadt, darunter die viel gelesenen Tageszeitungen »Gorodskaja Gaseta« und »Beresnikowski Rabotschi«. Auch der örtliche Fernsehkanal »Ber-TV« ist unter Kontrolle von »Uralkali«. Ebenfalls im Medienmarkt aktiv ist der Chemie-Konzern »Uralchim«. Er ist an dem zweiten Fernsehkanal der Stadt, dem privaten Kanal »Aster«, beteiligt und hat mit »Nedelja.ru« eine Zeitung mit einer Auflage von knapp 5000 Exemplaren gekauft. Nach übereinstimmenden Angaben von örtlichen Journalisten lässt »Uralchim« den Mitarbeitern seiner Medien mehr Freiheiten als dies bei den »Uralkali«-Medien der Fall ist. Doch auch dort gibt es Einschränkungen, und zwar ausgerechnet dann, wenn es um die Konkurrenz geht. »Es herrscht derzeit Waffenstillstand zwischen den Konzernen und so auch in ihren Medien, so dass wir auch bei »Nedelju.ru« das Unternehmen »Uralkali« nur mäßig kritisieren sollen«, sagt der Journalist Pawel Atiskow von »Nedelja.ru«. »Ende des Jahres, wenn der Wahlkampf um die Sitze im Stadtparlament anfängt, dürfen wir wieder kritischer über sie schreiben.«

Es gibt in der Stadt nur eine andere Zeitung, die »Beresnikowski Wetschernije«, die unmittelbar keinem anderen Konzern gehört. Diese ist in Besitz eines Geschäftsmannes, der jedoch ebenfalls »Uralchim« nahesteht, wie es in Journalistenkreisen allgemein bekannt ist. »Bei den Medien von »Uralkali« würde ich wohl keinen Job bekommen«, sagt deshalb Michail Jewra, Redakteur bei »Beresnikowski Wetschernije«.

Wie es denen geht, die zwischen die Fronten geraten, zeigt das Beispiel von Waleri Kowasjuk. Er ist Gründer der »Gorodskaja Gaseta« und ein renommierter Journalist in der Stadt. Nach dem Verkauf seiner Zeitung an »Uralkali« fiel er bei den neuen Besitzern wegen kritischer Berichterstattung in Ungnade. Auch bei »Nedelja.ru« von »Uralchim« gab man ihm zu verstehen, dass man ihn nicht einstellen könne, da dann der »Waffenstillstand« mit den »Uralkali«-Medien – und damit indirekt mit der Stadtregierung – gebrochen werde. So hat Kowasjuk Anfang 2009 mit »www.beriki.ru« sein eigenes Internetportal gegründet. Dort schreibt er Artikel, verlinkt Texte, bloggt über aktuelle Geschehnisse und gibt Menschen aus Beresniki selbst die Möglichkeit auf seinem Portal einen Blog einzurichten. Seine Seite findet in der Bevölkerung immer mehr Zuspruch, was Kowasjuk wie folgt erklärt: »Ich liefere den Menschen unabhängige und gut recherchierte Informationen aus ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und über nationale und internationale Ereignisse.« Im Mai 2009 zählte er 30.000 verschiedene Besucher auf seiner Seite, die das Portal meist täglich besuchten. Kowasjuk finanziert das Projekt über

Werbung, was ihm nach eigenen Angaben bisher wegen seiner Bekanntheit in der Stadt gelingt. Von den anderen Journalisten wird er um seine Unabhängigkeit beneidet, aber er selbst möchte nicht als »Held der Pressefreiheit« gesehen werden. Sein Beispiel macht jedoch deutlich, wie viel Kraft und geschäftliches Geschick es kostet, sich in der Provinz Perms, in der von Kleinstadt zu Kleinstadt unterschiedliche Faktoren die Medienlandschaft prägen, durchzusetzen. Bisher scheint es möglich, doch ob Kowasjuk die aufwändige Finanzierung auch in Krisenzeiten aufrecht erhalten kann, bleibt abzuwarten.

Die Wirtschaftssituation und Auswirkungen der Finanzkrise auf Perm

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt sich bereits negativ auf die Unabhängigkeit der Medien in der Region Perm aus. Sie sind durch den Rückgang der Werbeeinnahmen umso stärker auf staatliche Subventionen angewiesen, um überleben zu können. Dies birgt die Gefahr, dass die unter russischen Journalisten ohnehin weit verbreitete Selbstzensur weiter zunimmt. Außerdem verstärkt die finanzielle Notlage von Redaktionen die Bereitschaft, bezahlte redaktionelle Beiträge zu übernehmen. Schon im Juli 2008 hatte die NGO von Awerkijew wegen »bestellter Artikel« die föderale Antimonopolbehörde angerufen, die daraufhin eine Untersuchung von Permer Publikationen begann – jedoch scheinbar ohne Folgen. »Wir können oft keine Artikel über unsere Arbeit in den Medien unterbringen, weil wir dafür nicht zahlen können und es auch nicht wollen«, beklagt Robert Latypow von der NGO »Memorial Perm«.

Sogar die Permer Regionalredaktion der renommierten Moskauer Wirtschaftszeitung »Kommersant« ist wie beschrieben nun auf Subventionen der Administration angewiesen. Nach Angaben von Chefredakteur Sacharow seien für seine Redaktion Werbeeinnahmen von umgerechnet knapp 47.000 Euro jährlich nötig, um die Regionalbeilage aus Perm im bisherigen Umfang von zwei Seiten erscheinen zu lassen. »Die erreichen wir im Moment nicht und es ist fraglich, ob sich der Werbemarkt erholt«, schildert Sacharow die Lage. Deshalb hat der »Kommersant« in Perm die Seitenzahl bereits reduziert und zwei Journalisten von sechs entlassen – seine Existenz scheint gefährdet. »Der Werbemarkt von Perm ist zu klein, es gibt vor allem zu viele Fernsehkanäle«, sagt Wladimir Prochorow, Generaldirektor der Zeitung »Mestnoje Wremja« und des TV-Kanals »RIFEI Perm«. Er verzeichnet für seine beiden Medien einen Rückgang der Werbeeinnahmen von 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Selbst große Werbekunden wie das Ölunternehmen

»Lukoil« hätten sich aus dem Geschäft zurückgezogen. Um Entlassungen vermeiden zu können, habe man in der Redaktion deshalb beschlossen, die Gehälter zu kürzen.

Die Gehälter von Permer Zeitungsredakteuren und Radiojournalisten liegen zwischen 350 und 700 Euro im Monat, beim Fernsehen etwas höher, was dem Durchschnittsverdienst in der Region entspricht. »Fast alle Journalisten haben noch mindestens ein anderes Standbein, meist in der PR«, sagt Oleg Russkich, Chefredakteur von der Zeitung »Permskije Nowosti«, der vorher beim Fernsehen tätig war.

Überblick über die Einschränkungen der Pressefreiheit

In Perm werden Journalisten nur selten aktiv daran gehindert, ihren Beruf auszuüben. Die meisten Einschränkungen bringt das System der Finanzierung durch administrative Subventionen mit sich. Als Folge dieser Abhängigkeit muss jede Redaktion und jeder Journalist sich immer wieder fragen, wie weit Selbstzensur notwendig ist, um diese Subventionen nicht durch eine zu kritische Informationspolitik zu gefährden. Im Folgenden sollen einige der Beispiele aufgeführt werden, die das »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« und die »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« für die Region Perm in ihren regelmäßigen Berichten zu Verstößen gegen die Pressefreiheit in den Jahren 2007 bis 2009 registriert haben.

Journalisten sind in Perm nur in seltenen Einzelfällen physischer Gewalt oder Drohungen ausgesetzt gewesen. Die »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« verzeichnete zwar im Januar 2008 einen Überfall auf den Journalisten Arkadi Bykow vom »Permski Obosrewatel«, der dabei eine Gehirnerschütterung erlitt. Doch es galt damals nach Einschätzung der Stiftung nicht als erwiesen, dass die Tat im Zusammenhang mit Recherchen des Journalisten über das Gesundheitswesen in der Region stand. Auch in der Redaktion wird im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« in der Gegenwart keine direkte Verbindung zwischen dem Überfall und seiner Berichterstattung mehr hergestellt, da sich trotz weiterer kritischer Berichte keine weiteren Vorfälle ereignet haben.

Auch die oben erwähnte zehnmonatige Untersuchungshaft des Fotografen des »Permski Obosrewatel« gehört zu den Ausnahmen in der Medienlandschaft von Perm. Des Weiteren sind es lediglich Veröffentlichungen des Bürgerrechtlers Awerkijew, bei denen sich die Staatsanwaltschaft einmischte. In einem Fall geschah das in Folge eines

Artikels mit der Überschrift »Putin ist unser guter Hitler«, aber die Ermittlungen wurden nach einer Anhörung schnell eingestellt. Ende Mai muss Awerkijew sich nun wegen eines weiteren Textes vor Gericht verantworten (siehe Feature).

Fälle von Entlassungen, weil ein Journalist nach Meinung seiner Vorgesetzten zu kritische Materialien schreibt, geraten nur selten an die Öffentlichkeit. Deshalb gibt es nicht einmal Schätzungen über die Zahl derartiger Vorfälle in Perm. Dass es diese Fälle gibt, wurde jedoch von mehreren Journalisten im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« bestätigt. Manche Journalisten verlassen auch freiwillig ein Medium und suchen sich einen neuen Arbeitgeber. »Du setzt dir einen Rahmen und in diesem Rahmen bist du frei. Manchmal kommt es vor, dass der Arbeitgeber jedoch einen engeren Rahmen anstrebt als du, dann muss man mit den Konsequenzen leben«, sagt Oleg Russkich, der bereits mehrfach innerhalb der Region Perm den Arbeitsplatz gewechselt hat, aber gegenüber »Reporter ohne Grenzen« keine konkreten Umstände nennen mochte.

Der Journalist Sergej Tolstikow, der bei der Zeitung »Otscherski Krai« in der Stadt Otschere als Chefredakteur tätig war und nach Angaben des Permer Journalistenverbandes wegen der Veröffentlichung kritischer Texte entlassen wurde, klagte gegen seinen Arbeitgeber und wurde im August 2008 per Gerichtsbeschluss wieder angestellt. Zudem wurde ihm der Verdienstausschluss erstattet – der Einsatz des Journalistenverbandes habe ihm geholfen, so dessen Vorsitzender Mosejew.

Dass es einer Redaktion in Einzelfällen zumindest vorübergehend möglich ist, sich staatlichem Druck zu widersetzen, zeigt das Beispiel der von der örtlichen Administration finanzierten Zeitung »Bojewoi Put« aus der Region Perm. Nachdem der Herausgeber mitten im örtlichen Wahlkampf im September 2008 mehrfach eine Reihe von Artikeln mit eindeutig parteipolitischer Richtung durchsetzen wollte, gelang es der Redaktion, zusätzlich zu der offiziellen, eine unzensurierte Ausgabe zu drucken und an die Stadtbevölkerung zu verteilen. Allerdings war der verantwortliche Chefredakteur und Initiator des Redaktionsprotestes kurz zuvor Vorsitzender der Liberalen Partei geworden. So erscheint seine Widerstandsaktion mitten im Wahlkampf ebenfalls in einem anderen Licht und nach Einschätzungen von »Reporter ohne Grenzen« sind unter diesen Umständen eigene politische Motive des Chefredakteurs nicht auszuschließen.

Einer Belagerung durch Demonstranten und Drohungen waren die Journalisten in der Permer Filiale des

staatlichen Rundfunks »GTRK« im Juli 2008 ausgesetzt. Die Aktion war von der »Kommunistischen Partei« Perms mit dem Ziel organisiert worden, auf »Lügen im staatlichen Fernsehen und die Informationsblockade gegen die Opposition« hinzuweisen. Im Januar 2009 wurde ein Redakteur eines örtlichen TV-Senders in der Stadt Osa kurz vor den Wahlen zum Ortsvorsitzenden von einem der Kandidaten bedroht: Gemeinsam mit einem Freund beschmierte der Kandidat die Hausfassade des Journalisten mit Schimpfwörtern und Drohungen, und drohte, es anzuzünden. Die Wahlen nahmen dennoch ihren Lauf und der Kandidat siegte trotz eines solchen Vorfalls, schreibt dazu das »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« in Moskau.

Außer den erwähnten Vorfällen aus dem Jahr 2006 um das zeitweilige Druckereiverbot für den »Permski Obosrewatel« sind in der Region Perm keine weiteren Probleme mit Druckereien bekannt geworden. Dass Printerzeugnisse beschlagnahmt oder langwierig überprüft wurden, geschah in Perm vermehrt im Herbst und Winter 2007, kurz vor den russlandweiten Dumawahlen. Es handelte sich dabei aber vor allem um Wahlkampfbroschüren und Parteizeitungen der Kommunisten und der liberalen SPS, nicht um herkömmliche Medien.

Der Journalistin Galina Gusejewa von der oben beschriebenen Tageszeitung »Nedelja.ru« in Beresniki wurde im August 2008 von der Stadtverwaltung Beresniki eine angeforderte Information zum Verdienst der Staatsbeamten verweigert. Sie beschwerte sich bei der Staatsanwaltschaft und organisierte gemeinsam mit dem Journalisten Wladimir Kowasjuk eine Solidaritätsaktion: Regionale Medien aus ganz Russland schickten darauf die gleiche Anfrage an die Pressestelle der Stadtadministration, die die Information schließlich herausgab. »Seitdem antworten sie immer auf unsere Anfragen – mal interessanter und mal uninteressanter, aber es kommen Antworten«, sagt sie. Es ist davon auszugehen, dass es in den vergangenen Jahren weitere Fälle von Informationsverweigerungen bzw. -blockaden gegeben hat – sie wurden von den Moskauer Organisationen jedoch nicht registriert. Im März 2009 wurde zudem bekannt, dass ein Kamerateam von »RIFEI« daran gehindert wurde, vor einem der Gefängnisse der Stadt zu drehen. Die für Gefängnisse zuständige staatliche Behörde wies darauf hin, dass auch für Dreharbeiten vor dem Gelände eine Erlaubnis der Betreiber nötig sei.

Nischen besser nutzen lernen

Nicht jedes Medium in der Permer Region steht unter direkter Kontrolle der Administration, aber die Medien mit dem größten Einfluss auf die öffentliche

Meinung werden direkt oder indirekt über Beteiligungen oder über weitläufige staatliche Subventionen kontrolliert. Dabei spielt die Sorge bei der nächsten »Verteilung« der Subventionen nicht berücksichtigt zu werden, bei den Redaktionen und vor allem den für die Finanzierungssicherung zuständigen Generaldirektoren eine große Rolle.

Es gibt vor allem in der Stadt Perm eine recht vielfältige, wenn auch nicht immer professionelle Medienlandschaft. Die künftige Entwicklung der Medien in der Region hängt wesentlich davon ab, wie sich der Werbemarkt in der Region Perm weiter entwickelt. Je schlechter die finanzielle Lage der Medien ist, desto mehr werden die »bestellten« Artikel und die Selbstzensur in den Redaktionen zunehmen. Sowohl in der Stadt als auch in der Region dürften dann immer weniger Journalisten die zweifellos vorhandenen Nischen für Kritik zu nutzen wissen. Wichtig für die Entwicklung der Medienlandschaft in Perm ist auch eine zunehmende Professionalisierung der Journalisten – denn je mehr sich ein Medium bei der Äußerung von Kritik an geltende Gesetze und journalistische Standards hält, desto weniger angreifbar wird es. Vor allem in der Stadt Perm, wo die Administration noch Freiräume lässt, sollten noch mehr Journalisten in der Lage sein, diese zu nutzen.

Autorin: Mareike Aden

Der Extremismus-Paragraf – juristischer Gummiknüppel gegen unliebsame Stimmen

Igor Awerkijew spricht ruhig und langsam, aber seine Argumentation ist messerscharf. Wer den in ganz Russland bekannten Menschenrechtsaktivisten mit den breiten Schultern, den kantigen Gesichtszügen und dem kurz rasierten Haar kennt, der weiß, dass er nicht unüberlegt provoziert. Vor allem dann nicht, wenn er – wie Ende 2007 – den bei der überwältigenden Mehrheit der Russen so beliebten Wladimir Putin in einem Zeitungsartikel ausgerechnet mit Adolf Hitler vergleicht.

Awerkijew ist Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation »Permskaja Graschdanskaja Palata«, die Bürgern dabei hilft, sich gegen Behördenwillkür zur Wehr zu setzen. Der 49-Jährige provoziert gerne, um eine Diskussion in Gang zu bringen – und ohne Rücksicht darauf, was die Machtorgane davon halten. Seinen »Putin-Hitler«-Vergleich stützte er auf die These, dass es zwischen der Weimarer Republik und dem heutigen Russland einige Parallelen gebe. Daher bestehe Gefahr, dass die Freiheit der russischen Bürger immer weiter eingeschränkt werde.

Zunächst kam Awerkijew ungeschoren davon: Zwar begann der russische Inlandsgeheimdienst FSB ein paar Monate nach der Veröffentlichung des Artikels in der NGO-eigenen Zeitung »Sa Tscheloweka« eine Untersuchung und bestellte Awerkijew zu einer Anhörung ein. Aber zunächst geschah danach nichts weiter. »Das zeigt doch, wie viel man sich in Perm leisten kann«, sagte Awerkijew noch Anfang Mai 2009 sehr gelassen.

Doch schon wenige Wochen später gerät eine weitere Veröffentlichung von ihm ins Visier der Behörden. »Verlassen wir den Kaukasus – dann sind wir freier und stärker«, lautet der Titel des Artikels, in dem Awerkijew die russische Tschetschenien-Politik scharf kritisiert. Er schreibt, dass der Kreml die Regierung unter dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow nicht länger kontrollieren könne. Die islamisch geprägte Teilrepublik solle lieber in die Unabhängigkeit entlassen werden, ebenso wie die Nachbarrepubliken Dagestan und Inguschetien.

Wieder schalten sich Staatsanwaltschaft und FSB ein und legen nach eigenen Angaben Sprachforschern den Text zur Analyse vor. Der Vorwurf des FBS nach der Untersuchung: Awerkijew habe öffentlich zu extremistischen Taten aufgerufen. Bei dem angeführten Artikel 280 des russischen Strafrechts handelt es sich um einen Gummi-Paragrafen, der in Russland auch immer wieder gegen unliebsame Medien wie die angesehene regierungskritische Zeitung »Nowaja Gasetä« in Moskau eingesetzt wurde.

Dieses Mal muss sich Awerkijew also tatsächlich vor Gericht verantworten. »Absurde Zeitverschwendung«, kommentiert der Permer Aktivist die Vorwürfe und legt Kritik nach: »In Wirklichkeit wollen die Machtorgane eine ehrliche Diskussion über die russische Kaukasus-Politik verhindern.« Das als liberal geltende Online-Nachrichtenportal »Gazeta.ru« berichtet, dass der erste Gerichtstermin für Herbst 2009 geplant sei. Wer Awerkijew gut kennt, kann sich vorstellen, dass er sich darauf fast freut, dort seine Meinung noch einmal deutlich kund zu tun.

Autorin: Mareike Aden



Im Herzen des Urals, an der Grenze zwischen Asien und Europa, liegt das Gebiet Swerdlowsk. Die Region mit der Hauptstadt Jekaterinburg ist mit 4,4 Millionen Einwohnern der Bevölkerung nach das fünfgrößte Subjekt der Russischen Föderation. Das Gebiet liegt an den Hauptverkehrsachsen zwischen dem europäischen Teil Russlands und Sibirien.

Die Region Swerdlowsk ist stark industrialisiert. In Statistiken der Industrieproduktion landet sie auf dem zweiten Platz unter allen russischen Regionen. Traditionell ist hier die Schwer- und Rüstungsindustrie stark vertreten. Zu Sowjetzeiten waren die Hauptstadt Jekaterinburg, damals noch Swerdlowsk, und viele andere Städte des Gebiets geschlossene Zonen, die für Ausländer nicht zugänglich und vielfach noch nicht einmal auf Landkarten verzeichnet waren.

Neben Jekaterinburg mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern gibt es wichtige Industriezentren wie die Stadt Nischni Tagil (380.000 Einwohner) und eine ganze Reihe so genannter Monostädte, die mehr oder weniger stark von einem einzelnen Großunternehmen abhängen. Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise ist hier die ökonomische Situation besonders angespannt. So stand im Juni 2009 die Rüstungs- und Waggonbaufabrik "Uralwagonsawod" in Nischni Tagil wegen der Rezession vor der Zahlungsunfähigkeit. Knapp 30.000 Arbeitsplätze waren direkt in Gefahr geraten. Jeder zehnte Einwohner von Nischni Tagil bangte um seinen Job. Inzwischen haben die Behörden mit der Unternehmensführung allerdings ein Konzept zur Rettung des Betriebs ausgehandelt.

Die politische Landschaft des Gebiets Swerdlowsk war lange Zeit durch die Konkurrenz zwischen dem Gouverneur Eduard Rossel und dem Bürgermeister Jekaterinburgs, Arkadi Tschernezki, gekennzeichnet. Rossel machte zu Sowjet-Zeiten Karriere in der regionalen Industrie und wurde 1995 zum Gouverneur des Gebiets Swerdlowsk gewählt. Der gelernte

Ingenieur Tschernezki arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben der Region. Zuletzt war er Generaldirektor des Unternehmens »Chimmasch«, bevor er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion am 30. Januar 1992 zum Bürgermeister von Jekaterinburgs gewählt wurde.

Zu Beginn der ersten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin entstand zudem ein drittes Machtzentrum im Swerdlowsker Gebiet. Jekaterinburg wurde im Mai 2000 Hauptstadt des Föderalbezirks Ural, in dem heute Nikolai Winnitschenko Stellvertreter des Präsidenten ist.

Bei den Gouverneurswahlen 1999 forderte Tschernezki Rossel heraus, unterlag aber deutlich. Die Konfrontation zwischen Rossel und Tschernezki hat über Jahre hinweg auch das Mediensystem des Swerdlowsker Gebiets geprägt. Presse und Rundfunk spalteten sich – neben ein paar unabhängigen Medien – in zwei Lager, die jeweils auf Seiten von Gouverneur oder Bürgermeister, um die Meinungshoheit kämpften. Auch wenn nur wenige Medien mehr oder weniger frei berichteten, entstand doch durch die Opposition zwischen den beiden Lagern ein gewisses Maß an Meinungspluralismus. Informationen, die die Stadtmedien nicht verbreiten wollten, fanden Platz in den Gebietsmedien und umgekehrt.

Doch mit dem Ausbau der sogenannten »Vertikale der Macht« durch den damaligen Präsidenten Wladimir Putin verlor die Auseinandersetzung zwischen beiden Lagern politisch zunehmend an Bedeutung. Sowohl Rossel als auch Tschernezki sind beide mittlerweile Mitglieder im regionalen Parteirat der Kremlpartei »Einiges Russland«.

Die Abschaffung der Gouverneurswahlen im September 2004 brachte das Ende des politischen Machtkampfs. Rossel und Tschernezki beendeten ihre Feindschaft. Ihr »Waffenstillstand«, wie lokale Journalisten das Arrangement der beiden bezeichnen, wirkte sich auf die Meinungsvielfalt negativ aus. Der Spielraum für Journalisten ist kleiner geworden. »Früher hatte man wenigstens die Wahl, auf welcher Seite man stehen wollte«, beschreibt ein Journalist die heutige Situation.

Medienlandschaft Swerdlowsk – »Die Staatsbediensteten fühlen wieder ihre Macht«

Das Swerdlowsker Gebiet hat eine sehr reiche Medienlandschaft. Mehr als tausend Medien sind nach Angaben des regionalen Journalistenverbands allein in der Gebietshauptstadt Jekaterinburg registriert. In der gesamten Region sind es etwa 1700.

»Zu viele«, sagt der Vorsitzende des Journalistenverbandes Dmitri Poljanin. Die Medienvielfalt ist seiner Ansicht nach viel zu groß für den Werbemarkt der Region. Deshalb hätten Presse, Radio, TV und Internet kaum eine Chance, wirtschaftlich zu arbeiten. »Es gibt praktisch keine einflussreichen freien Medien«, sagt Poljanin. Viele Medien ließen sich zudem Auftragsartikel bezahlen.

Auch wenn tatsächlich die meisten Medien wirtschaftlich und/oder politisch abhängig sind, hat die Region mit dem Radiosender »Echo Moskwj Jekaterinburg« und dem »4. Kanal« im Fernsehen einige wenige unabhängige Vorzeigemedien.

Viele Journalisten berichten von Versuchen der Einflussnahme durch die Gebiets-, die Stadtverwaltung oder andere Behörden. Sie klagen darüber, dass es nach der Veröffentlichung von kritischen Beiträgen auch zu Anrufen von offizieller Seite und Drohungen kommt, die Zusammenarbeit aufzukündigen. »Die Staatsbediensteten fühlen wieder ihre Macht«, sagt eine Journalistin vom »4. Kanal«. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Kollegen den Anordnungen der Behörden in jedem Fall beugen. Oft werden Kompromisse gefunden, oder die Journalisten unabhängiger Medien bleiben sogar bei ihrer Sicht der Dinge. Zwar hat es in den vergangenen Jahren einige Prozesse gegen Medienvertreter gegeben, insgesamt scheint die Position der Journalisten aber im Vergleich zu anderen Regionen relativ stark. Das Moskauer »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« führt das auch auf den starken Journalistenverband zurück, dessen Vorsitzender Poljanin sich beherzt für die Rechte seiner Mitglieder einsetzt.

Vor allem in der Presselandschaft ist die Trennung in gouverneurs- und bürgermeistertreue Medien deutlich erkennbar geblieben. Die »Oblastnaja Gaseta« mit einer offiziellen Auflage von 132.000 Exemplaren gilt als Zeitung auf Seiten von Gouverneur Rossel. Sie ist das einzige Blatt, das im gesamten Gebiet erscheint. Bürgermeister Tschernezki hingegen weiß »Wetscherni Jekaterinburg« und »Uralski Rabotschi« mit jeweils etwa 35.000 Exemplaren auf seiner Seite. Beide erscheinen nur in der Gebietshauptstadt. Mit am unabhängigsten können Journalisten auf den Regionalseiten der föderalen Tageszeitungen wie »Rossijskaja Gaseta« oder »Kommersant« berichten.

In den meisten kleineren Städten der Region gibt es Zeitungen, die von der lokalen Verwaltung herausgegeben werden. Nur ein paar Städte verfügen zusätzlich über mehr oder weniger unabhängige Zeitungen. Nach den vergangenen Regionalwahlen am 1. März 2009 wies Poljanin vom regionalen Journali-

stenverband darauf hin, dass in mehreren Städten amtierende Bürgermeister nach Konflikten mit der örtlichen Presse ihr Amt verloren. Damit scheint zumindest in den Provinzstädten die Presse ihre Kontrollfunktion zu einem gewissen Teil wahrzunehmen. In Jekaterinburg selbst ist das kaum der Fall. Positive Beispiele von wirtschaftlich und politisch unabhängigen und dennoch kritischen Zeitungen in kleineren Städten sind »Wetscherni Krasnoturinsk« in der Stadt Krasnoturinsk und »Katschkanarski Tschetweg« in Katschkanar.

Ein großes Problem sind die direkten oder indirekten Zuschüsse von Gebiets- und Stadtverwaltungen an ihre jeweiligen Medien, da diese den ökonomischen Wettbewerb mit anderen Medien verzerren. Der Journalist Sergej Panassenko, der Ende der 1990er Jahre mit »Podrobnosti« eine eigene unabhängige Zeitung herausgegeben hat, führt das wirtschaftliche Scheitern seines Projekts darauf zurück. »Die Freiheit kommt erst, wenn die Nachrichtenpresse wirklich zum Geschäft wird«, sagt Panassenko. Doch von einem funktionierenden Geschäftsmodell ist sie in Jekaterinburg noch weit entfernt.

Herausgeber der »Oblastnaja Gaseta« sind Gouverneur und Parlament des Swerdlowsker Gebiets. Die Zeitung erhält nach Angaben des Abgeordneten der Gebietsduma, Jewgeni Artjuch, 60 Millionen Rubel (1,4 Millionen Euro) im Jahr aus dem regionalen Haushalt.

Der Oppositionspolitiker Artjuch beklagt jedoch, dass die Zeitung beispielsweise kaum über seine »Partei der Pensionäre« berichte. Seinen Angaben zufolge hat er als Abgeordneter zwar offiziell die Möglichkeit, Artikel in der Zeitung zu veröffentlichen. Dies lehne die Redaktion aber in der Regel mit dem Hinweis ab, der eingesandte Bericht entspreche nicht der »Informationspolitik der Zeitung«. Hier liegt eindeutig eine Parteilichkeit zugunsten der Kremlpartei »Einiges Russland« vor.

Im Bürgermeisterlager erscheinen »Wetscherni Jekaterinburg« und »Uralski Rabotschi« in der Mediaholding »Uralski Rabotschi«. Chefredakteur beider Publikationen mit jeweils etwa 20 Journalisten ist Lew Kaschtschejew, der die Namen der Teilnehmer der Holding nicht nennen möchte. Die Stadtverwaltung halte keine Anteile, sagt er. Trotzdem gelten beide Zeitungen in Kollegenkreisen als sehr bürgermeistertreu. »So wie die Redaktionen dieser beiden Zeitungen und der »Oblastnaja Gaseta« geführt werden, verwandeln sich Journalisten dort faktisch zu Beamten«, sagt Poljanin vom Journalistenverband. Den Vorwurf, direkte Zuschüsse aus der Stadtkasse zu bekommen, weist Kaschtschejew zurück. Beim Durchblättern beider Zeitungen

fällt jedoch auf, dass es in beiden so gut wie keine Werbung gibt. Im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« erläutert der Chefredakteur dagegen, seine Zeitungen finanzierten sich neben dem Verkauf durch kommerzielle Werbung und »vertragliche Werbung«. Unter letzterem versteht er ein Abkommen mit der Stadtverwaltung darüber, dass »Wetscherni Jekaterinburg« offizielle Bekanntmachungen der Stadt abdruckt. Das mache die Behörden zum wichtigsten Kunden der Medienholding.

Wie fair die städtische Ausschreibung für den Abdruck offizieller Bekanntmachungen verläuft, ist schwer zu beurteilen. Örtliche Journalisten sprechen von wettbewerbsverzerrenden Zuschüssen für die beiden Zeitungen. Sie monieren auch, dass lokale Geschäftsleute Veteranen oder Rentnern Zeitungsabonnements spendeten. Aus Sicht der Zeitung gilt dies als Wohltätigkeitsaktion. Andere Stimmen sagen, dass sich Geschäftsleute damit eher das Wohlwollen des Bürgermeisters erkaufen. »Wetscherni Jekaterinburg« und »Uralski Rabotschi« erhöhen ihre Auflage auf diese Weise nach eigenen Angaben um »einige Tausend Exemplare«. Beide Zeitungen gelten als Sprachrohr des Rathauses. Auch Kaschtschejew räumt eine gewisse Abhängigkeit gegenüber der Stadtverwaltung ein. Man müsse bei Kritik am Bürgermeisteramt meist etwas lavieren, sagt er. »In Jekaterinburg gibt es viele Medien. Alle Journalisten, die das Rathaus nicht lieben, gehen woanders hin«, so der Chefredakteur.

Viele Sender – wenig Inhalt

Allein in Jekaterinburg gibt es über 20 Radiosender, doch nur wenige sind journalistisch bedeutsam. Die meisten Sender gehören zu zwei großen Radioholdings, »MediaOne« und der Holding von Nikolai Grachow. Während »MediaOne« hauptsächlich gesamt-russische Privatsender wie »Ewropa Plus«, »Retro FM« oder »Radio Datscha« ausstrahlt und mit regionalen Nachrichten versorgt, zählt Grachow neben einem eigenen regionalen Musikradio den Wortsender »Echo Moskwy Jekaterinburg« zu seiner Holding. Der Moskauer Muttersender »Echo Moskwy« gilt als liberal, obwohl er dem russischen Gaskonzern Gasprom gehört. Der Sender in Jekaterinburg übernimmt 70 Prozent des Moskauer Programms. 30 Prozent werden in Jekaterinburg produziert. Die Redaktion von »Echo Moskwy Jekaterinburg« produziert zudem die Nachrichten für die übrigen Sender der Holding.

Daneben sendet der Staatsrundfunk »GTRK« mit »Radio Ural« ein regionales Fenster innerhalb von »Radio Rossii«. Allerdings sendet »Radio Ural« nicht im herkömmlichen UKW-Bereich, so dass »Echo Moskwy Jekaterinburg« »Radio Ural« nicht als

direkte Konkurrenz wahrnimmt. Journalisten von »Radio Ural« berichten zudem, dass die Redaktionsleitung kontroverse politische Themen häufig nicht auf den Sender nehme.

Eine Sonderstellung nimmt »Gorod FM« ein. Der Stadtsender mit Sitz im Rathaus wird fast vollständig von der Stadtverwaltung finanziert und versteht sich in einem gewissen Rahmen als Sprachrohr des Rathauses. Die Einschaltquote ist niedriger als bei allen übrigen Radiostationen der Stadt.

Publizistisch relevant scheinen nur »Echo Moskwy« und »Radio Ural« zu sein. »Gorod FM« hat im Zuge der Finanzkrise seinen Musikanteil stark erhöht, so dass die Station ähnlich wie die privaten Musiksender neben Popmusik nur noch Nachrichten bringt. Letztere werden in Sitzungen mit der Stadtverwaltung mehr oder weniger abgestimmt. »Man beißt nicht die Hand, die einen ernährt«, heißt es dazu aus der Redaktion. Eine Aussage, die man häufig bei staatsnahen Medien in Jekaterinburg hört.

Das Regionalfernsehen des Swerdlowsker Gebiets ist über die Grenzen des Gebiets hinaus bekannt. Der unabhängige Fernsehsender »4. Kanal« hat bereits zum 13. Mal den begehrten russischen Fernsehpreis »TEFI-Region« gewonnen. »Studio 41«, das der Stadtverwaltung nahe steht, viermal.

Dank der Geografie des mittleren Urals lassen sich dort mit einfachen technischen Möglichkeiten große Gebiete erreichen. Daher ist die Fernsehlandschaft äußerst gut entwickelt. Vor wenigen Jahren noch konnten die Bürger Jekaterinburgs auf neun Kanälen 28 Nachrichtensendungen pro Abend schauen. Auch wenn zwei Sender in den vergangenen Jahren geschlossen haben: Im TV-Bereich ist die Medienlandschaft des Swerdlowsker Gebiets immer noch am vielfältigsten.

Ähnlich wie im Printbereich reihen sich manche Kanäle entlang der politischen Gräben der Region auf. Gegenstück zu »Studio 41« auf Seiten von Gouverneur Rossel ist »OTW« (Oblastnoje telewidenije). Hinzu kommt der föderale Kanal Rossija mit einem eigenen regionalen Nachrichtenfenster. Außerdem verbreitet »ATN« (finanziert von »UGMK« einem lokalen Industriegiganten) den staatlichen Nachrichtensender »Westi 24« im Swerdlowsker Gebiet, produziert also kein eigenes Programm. Traditionell haben die föderalen Sender deutlich höhere Einschaltquoten. Auf regionaler Ebene gelten »Studio 41« und der »4. Kanal« als die wichtigsten Konkurrenten.

Der »4. Kanal« gehört zur Holding »MediaOne«, die auch zahlreiche Radiosender in Jekaterinburg besitzt. Der seit 18 Jahren existierende Sender gilt

allgemein als unabhängig. 30 Mitarbeiter produzieren täglich vier Nachrichtensendungen, die sehr professionell gemacht sind und auch kritisch berichten. In der Talkshow »Stend« mit Jewgeni Jenin werden sogar die regionalen Parteiführer von »Einiges Russland« hart befragt. »MediaOne« besitzt insgesamt 48 Fernsehsender in ganz Russland. Unter den Sendern besteht ein unregelmäßiger Programmaustausch. Wegen des hohen professionellen Niveaus des »4. Kanals« gestaltet sich der Austausch allerdings in der Praxis einseitig: Der Jekaterinburger Kanal stellt sein Programm anderen Sendern zur Verfügung.

Die Direktorin der Informationsabteilung des Senders, Aljona Wugelman, berichtet aber von zunehmenden Versuchen der staatlichen Einflussnahme. Beinahe täglich riefen in der Redaktion Mitarbeiter von Behörden an und kritisierten die Berichterstattung des Senders. »Da wird gefragt, wer uns das Recht gegeben habe, den Gouverneur nur 10 Sekunden und den Stellvertreter des Präsidenten im Ural nur 15 Sekunden zu zeigen«, sagt Wugelman. Oft werde gedroht, die Zusammenarbeit aufzukündigen. In solchen Fällen versucht Wugelman zu beschwichtigen, ohne ihren Standpunkt aufzugeben.

»Studio 41« teilt sich seine Frequenz mit dem föderalen Sender »Domaschni«. Aus Jekaterinburg kommen täglich 2,5 bis drei Stunden Programm. Eigentümer des Senders sind mehrere Anteilseigner, zu denen neben örtlichen Geschäftsmännern auch städtische Betriebe wie ein Straßenbahndepot gehören. Genauere Angaben zur Eigentümerstruktur waren nicht zu erhalten. Es ist aber offensichtlich, dass der Kanal den Bürgermeister unterstützt. Nachrichtenchef Alexej Fajustow räumt im Gespräch offen ein: »Menschlich unterstütze ich die Politik des Bürgermeisters. Was dieser Mensch für die Stadt getan hat, ist unermesslich.« Auch Fajustow erzählt von Versuchen der Stadtverwaltung, Einfluss zu nehmen. Die Redaktionspolitik seines Kanals gegenüber dem Rathaus beschreibt er als »kritisch mit einem wohlwollenden Blick«. Manchmal werde die Berichterstattung zugunsten des Rathauses »korrigiert«, räumt Fajustow ein. Deutliche Kritik wird bei »Studio 41« nicht geäußert. Wie dieser wohlwollende Blick in der Realität aussieht, zeigt die wöchentliche, völlig unkritische Fragerunde mit Bürgermeister Arkadi Tschernezki. Das Stadtoberhaupt begrüßt die Zuschauer und Zuhörer und unterbricht ständig die offensichtlich vorher abgesprochenen Fragen der Journalistin mit seinen Antworten.

Internet – viele Medien sind käuflich

Das Internet ist auch in der Region Swerdlowsk längst zu einem vollwertigen Medium geworden.

Allerdings haben Medien im Internet noch größere Probleme, Werbung gewinnbringend zu verkaufen, so dass sie verstärkt zum Spielball politischer Interessen werden. Dennoch können viele Internet-Medien über Themen berichten, die anderswo nicht vorkommen – doch darunter sind auch viele »lanzierte« Geschichten.

Wegen seiner Schnelligkeit ist das Netz stärker Informationsquelle für andere Journalisten als die übrigen Medien. Allerdings ist die journalistische Qualität in vielen Internetmagazinen deutlich niedriger als in den traditionellen Medien. Manche Beobachter gehen davon aus, dass bis zu 80 Prozent des Materials von Politik oder Wirtschaft bestellt und bezahlt werden. Viele Journalisten beklagen, dass Onlineportale unseriös arbeiten. »Denen darf man nichts glauben. Die denken sich Nachrichten sogar aus«, sagt der Journalist Denis Kamenschtschikow beispielsweise über die Netzzeitung »Nowi Region«, die auch lokal aus Jekaterinburg berichtet. Mangelnde Recherche scheint ein grundsätzliches Problem zu sein.

Hier sollen zwei Onlinemedien vorgestellt werden: »E1.ru«, mit 180.000 »Unique User« pro Monat das nach eigenen Angaben größte städtische Onlineportal Russlands, und »URA.ru«, ein Internetmagazin, das für den Einsatz von »Kompromat«, wie in Russland kompromittierende Beiträge genannt werden, bekannt ist.

»E1.ru« wird von dem russischen Mobilfunkkonzern WimpelKom betrieben, der das Portal gemeinsam mit einem regionalen Netzbetreiber übernommen hat. Das Portal mit 20 Mitarbeitern hat 180.000 Klicks am Tag und lebt neben Nachrichten vor allem von seinen 110 Foren zu aktuellen Themen und allen möglichen Lebensbereichen. »E1.ru« versteht sich als unabhängig. Man wolle nicht Sprachrohr von Bürgermeister oder Gouverneur sein, sondern beide Seiten darstellen, sagt »E1.ru«-Leiter Alexander Kirejew. »Man ruft uns auch aus der Administration an. Wir versuchen dann meist, im konstruktiven Dialog eine Lösung zu finden.« Auf Basis der wirtschaftlich relativ starken Stellung gelinge das meist. Trotzdem räumt Kirejew wie andere Journalisten ein, dass Selbstzensur ein verbreitetes Problem sei. Das betreffe vor allem Themen wie den Zustand der Straßen oder den Dreck in der Stadt – Tabuthemen, weil sie als Kritik am Bürgermeister gesehen werden.

Das Portal »URA.ru« berichtet seit 2006 über den Föderalbezirk Ural. Derzeit arbeiten 20 Journalisten in einem modernen Büro in der Jekaterinburger Innenstadt unter Leitung von Axana Panowa für die Nachrichtenseite, die nach eigenen Angaben

30.000 Klicks pro Tag hat. »URA.ru« wird nach eigenen Angaben vor allem von Journalisten, Politikern, Beamten und Geschäftsleuten gelesen. Das Internetmagazin ist besonders für seine Skandalberichterstattung bekannt. »URA.ru verarbeitet Gerüchte«, beschreibt der Journalist Denis Kamenschtschikow die Redaktionspolitik der Internetseite. Inwiefern die Berichterstattung von politischen Kräften gelenkt wird, ist schwer zu sagen. Ihr Ziel sei es, so erklärt Chefredakteurin Panowa, Missstände und Korruption aufzudecken. »Wenn es Berichte über Vetternwirtschaft gibt, macht »URA.ru« sie öffentlich – unabhängig von der politischen Stellung des Angegriffenen.«

Viele Jekaterinburger Journalisten sprechen jedoch von engen Kontakten zum Leiter der Gebietsadministration. In jedem Fall macht das Portal Themen öffentlich, die sonst kaum ein Medium anfasst. »Das Wichtige ist, dass sie über Korruption schreiben, nicht, wer sie dafür bezahlt«, bewertet eine Journalistin die Funktion von »URA.ru« im Machtgefüge von Politik und Medien der Region.

Nach Panowas Angaben finanziert sich das Portal ausschließlich durch Werbung. Dazu zählen auch Werbeartikel, die nur unzureichend als solche gekennzeichnet sind. Sie erscheinen im gleichen Layout wie die übrigen Beiträge auf der Seite. Erst am Ende des Artikels steht in sehr kleinen Buchstaben die Anmerkung »Als Reklame veröffentlicht«. Echte Werbung findet sich beim Blick auf die Seite kaum. In Gesprächen mit anderen Medienschaffenden wurde aber immer wieder berichtet, dass »URA.ru« von lokalen Oligarchen unterstützt wird und dass das Onlinemagazin sich Auftragsartikel mit 60.000 Rubel (1.400 Euro) bezahlen lässt – auch sonst eine weit verbreitete Praxis in der Jekaterinburger Medienlandschaft. Auch das schicke Büro lässt noch auf weitere Finanzierungsquellen schließen. Panowa weist dies jedoch scharf zurück.

Nicht nur aufgrund seiner skandalorientierten Berichterstattung ist »URA.ru« in den vergangenen Jahren mehrfach gerichtlich belangt worden. Im April 2009 bestätigte das Moskauer Schiedsgericht in letzter Instanz eine Verwarnung gegen »URA.ru« wegen extremistischer Äußerungen. Ein Jahr zuvor war in den Foren hundertfach der Eintrag »Wir töten Putin, wir töten Medwedew, Tod Russland und Tod den Juden« aufgetaucht. Die Redaktion löschte die Einträge umgehend nach ihrem Erscheinen und informierte den Inlandsgeheimdienst FSB. »Wir haben angeboten, die IP-Adresse des betreffenden Users zu Ermittlungszwecken weiterzugeben, doch der FSB hat kein Interesse daran gehabt«, so Panowa. Die meisten Einträge standen nach ihren Angaben nur zehn Minuten in den Foren und waren

auf der Seite nur schwer zu finden. Die Miliz leitete jedoch ein Verfahren gegen »URA.ru« wegen des Verdachts der Verbreitung extremistischer Äußerungen ein. »Man musste genau wissen, wo die stehen«, sagt Panowa. Sie vermutet einen politischen Rachefeldzug gegen ihr Medium: Die Einträge seien gezielt in die Foren gesetzt worden, so dass die Miliz wusste, wann und wo sie suchen musste, sagt sie. In der Folge bekam ihre Internet-Agentur von der Medienaufsicht »Rosswjas« zwei Verwarnungen. Bei zwei Verwarnungen kann laut russischem Mediengesetz ein Medium nach Ermessen von »Rosswjas« jeden Moment geschlossen werden. »Wir müssen jetzt lernen, mit dieser Schlinge um den Hals zu leben«, sagt die Chefredakteurin von »URA.ru«, Panowa. Als Konsequenz aus den Vorgängen hat »URA.ru« 2008 sein Forum geschlossen.

Medienmarkt – Subventionen verhindern fairen Wettbewerb

Zu einem echten »Bisnes«, also zum Geschäft, dessen Ziel es ist, mit Journalismus durch Werbung und Abonnements Geld zu verdienen, ist bislang kaum ein Medium im Gebiet Swerdlowsk geworden. Zeitungen, Internet und Fernsehsender sind meist von Zuwendungen staatlicher Strukturen oder von privaten Geldgebern abhängig. Wer keinen dauerhaften Sponsor hat, lässt sich häufig abgedrucktes Pressematerial bezahlen. »Geld ist die größte Unfreiheit«, sagt der Journalist Sergej Panassenko, der in den 1990er Jahren eine Zeit lang eine eigene Zeitung herausgegeben hat. Dabei ist die wirtschaftliche Lage der Region im russischen Vergleich überdurchschnittlich gut.

Der Medienmarkt des Swerdlowsker Gebiets leidet allerdings an zwei Problemen: Zum einen sind 1700 Medien eindeutig zu viele, als dass alle mit Werbung gewinnbringend arbeiten könnten. Zum anderen unterstützen Stadt und Gebiet ihre Hausmedien so massiv mit Hilfe von Subventionen und anderen finanziellen Zuwendungen, dass der Wettbewerb völlig verzerrt ist. »Es gab noch nie eine reale Konkurrenz im Zeitungsmarkt«, sagt Panassenko. Er schätzt für die Stadt Jekaterinburg, dass eine unabhängige Zeitung etwa 50.000 Exemplare drucken müsste, um langfristig wirtschaftlich arbeiten zu können. Hinzu kommt, dass in der »gelenkten Demokratie«, die auch auf städtischer und Gebietsebene funktioniert, Werbekunden ihre Reklame nicht nur mit Blick auf die größtmögliche Reichweite und Effizienz platzieren, sondern auch politischer Druck und Einflussnahme eine wichtige Rolle spielen.

Doch solange die etablierten staatsnahen Zeitungen mit niedrigen Abo-Preisen und kostenlosen Abonnements für Veteranen ihre Auflage künstlich aufblä-

hen, haben unabhängige Zeitungen es umso schwerer. Alle alternativen Tageszeitungsprojekte der vergangenen Jahre in Jekaterinburg sind über kurz oder lang pleite gegangen. Mit dazu beigetragen hat, dass die Behörden den Verkauf dieser Zeitungen über die im Besitz der Stadt befindlichen Kioske eingeschränkt haben. Als beispielsweise Dmitri Poljanin plötzlich nur noch je zwei Exemplare seiner Zeitung »Wetschernije Wedomosti Jekaterinburga« an die etwa 480 Kioske der Stadt liefern durfte, fiel seine Auflage sofort von 27.000 auf 2000. Der Chefredakteur geht davon aus, dass die Anordnung politisch motiviert war, denn die Kioske befinden sich in städtischem Besitz. Er musste daraufhin die Zeitung 2002 einstellen.

Eine weitere Hürde für unabhängige Zeitungen ist das Abonnementsystem der Post. Selbst Lew Kaschtschew, Chefredakteur der bürgermeisternahen Zeitungen »Wetscherni Jekaterinburg« und »Uralski Rabotschi«, bezeichnet im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« die Dienstleistungen der staatlichen Post als »unerträglich« und »stark überteuert«. Seine Holding hat deshalb ein eigenes Zustellsystem in Jekaterinburg aufgebaut, das nach eigenen Angaben etwa 30 Prozent billiger als die Post ist. Mögliche neu gegründete Blätter müssen hier mit einem weiteren Wettbewerbsnachteil kämpfen.

Bis zu 50 Prozent Werbeeinbrüche durch Finanzkrise

Die weltweite Finanzkrise hat auch die Medien des Swerdlowsker Gebiets schwer getroffen. Seit Mitte 2008 sind ihre Werbeeinnahmen nach eigenen Angaben um 30 bis 50 Prozent eingebrochen. Viele Medien haben Journalisten entlassen oder Gehälter gekürzt. Die meisten Chefredakteure erklärten jedoch im Gespräch, dass sie auch in der Krise Gewinne verzeichnen beziehungsweise mit einer »schwarzen Null« abschließen. Allerdings gehören Angaben über wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg auch in Russland zum Geschäftsgeheimnis, so dass Aussagen dazu mit Vorsicht zu genießen sind. Da viele Medien schon vor der Krise nicht wirtschaftlich gearbeitet haben, dürfte die entscheidende Frage sein, inwieweit die Krise die finanzielle Spendierfreudigkeit der staatlichen und privaten Sponsoren der Medien einschränkt. Gleichzeitig bietet dies aber auch neue Chancen für unabhängigeren Journalismus: Wenn sich Geldgeber zurückziehen, könnten vor allem diejenigen Medien überleben, die mehr oder weniger wirtschaftlich arbeiten.

Bislang haben vor allem einige regionale Hochglanzjournale als Folge der Krise geschlossen. Zeitun-

gen, Zeitschriften, Radio und TV haben ihren Umfang reduziert. Der »4. Kanal« hat beispielsweise einige Sendungen eingestellt, bei den Nachrichten, dem journalistischen Aushängeschild des Senders, dagegen nicht gekürzt. »Studio 41« musste zehn Prozent seiner Mitarbeiter kündigen, als im Winter 2008/2009 der Werbemarkt einbrach.

Vor allem kritische Journalisten sind unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen

Nach dem Boom der vergangenen Jahre hat sich die Situation für die Journalisten mit der Wirtschaftskrise deutlich geändert. Statt der hohen beruflichen Mobilität der Boomzeiten müssen viele nun froh sein, überhaupt noch einen Job zu haben. Vor allem kleinere TV-Produktionsstudios und Hochglanzmagazine sind pleite gegangen. Wer seinen Job verliert, findet nur schwer einen neuen. Gleichzeitig hat die Krise aber auch ein wenig Ruhe in den hektischen Arbeitsmarkt gebracht. Journalisten wechseln nicht mehr so oft den Arbeitgeber wie früher. Das nimmt wirtschaftlichen Druck von den Medien, die in Boomzeiten gute Mitarbeiter zum Teil mit Gehaltserhöhungen zum Bleiben bewegen mussten.

Im Durchschnitt verdienen Journalisten im Swerdlowsker Gebiet 12.000 Rubel netto pro Monat (280 Euro), in der Hauptstadt Jekaterinburg etwa doppelt so viel. Die Ausbildungssituation ist gut. Die Gebietshauptstadt verfügt gleich über zwei Journalismusfakultäten: an der »Uraler Staatlichen Universität« und an der privaten »Humanitären Universität«. Zusätzlich hat die britische BBC 1996 eine Journalistenschule am Uraler Bergbau-Technischen Institut in Jekaterinburg gegründet, die heute »Ewraz-Media-Zentr« heißt. Das »Institut Raswitija Pressy« (Institut zur Entwicklung der Presse) bildet außerdem Pressesprecher aus. Etwa 55 Prozent der in den Medien angestellten Journalisten haben nach Angaben des örtlichen Journalistenverbands auch einen journalistischen Universitätsabschluss hinter sich.

Gerade kritische Journalisten wechseln im Swerdlowsker Gebiet sehr häufig den Arbeitgeber. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass sie oft mit ihrer Arbeitssituation unzufrieden sind. Hinzu kommt, dass unabhängigeren Medien häufiger plötzlich vom Markt verschwinden oder sich eines Tages dem Einfluss bestimmter Interessengruppen beugen müssen.

Viele Journalisten arbeiten auch im PR-Bereich oder in der Werbung, zumal die Gehälter dort deutlich höher liegen. Viele Chefredakteure in Jekaterinburg sind Anfang bis Mitte 30 und haben bei ihren Medien

das Ende der Karriereleiter schnell erreicht. Beruflicher Aufstieg ist für sie dann nur noch bei föderalen Medien in der Hauptstadt Moskau möglich – ein Schritt, den viele aber wegen der in ihren Augen geringeren Lebensqualität scheuen. Insofern besteht die Gefahr, dass Fortbildungsseminare westlicher Organisationen für sie manchmal nur den Frust erhöhen, weil sie für die begrenzten Möglichkeiten des Swerdlowsker Medienmarkts ohnehin häufig schon völlig überqualifiziert sind.

Kritische Journalisten kämpfen um ihre Unabhängigkeit

Im Gebiet Swerdlowsk kämpfen die Journalisten mit vielen für Russland typischen Problemen. Politiker, Behörden und Wirtschaftsvertreter versuchen Medien zu beeinflussen. Anrufe bei kritischer Berichterstattung sind die Regel und häufen sich nach Aussage von Journalisten in letzter Zeit. Beliebtes Druckmittel ist dabei vor allem die Drohung, in Zukunft nicht mehr mit dem jeweiligen Medium zusammenzuarbeiten. Die bereits oben zitierte Aussage »Die Staatsbediensteten fühlen wieder ihre Macht«, fasst diese Entwicklung, die mit dem Aufbau der Putinschen Vertikalen der Macht begonnen hat, wohl am treffendsten zusammen.

Inwieweit die Journalisten diesen Versuchen der Einflussnahme nachgeben, hängt sehr vom jeweiligen Medium ab. Journalisten, die bei bürgermeister- oder gouverneurstreuen Medien arbeiten, sagen offen, dass Kritik an der Politik nur sehr wohlwollend formuliert werden kann oder völlig tabu ist. Unabhängigere Medien diskutieren dagegen mit den Behörden. Man sucht einen Kompromiss, erläutert seine Position oder berichtet später bei einem anderen positiveren Thema etwas ausführlicher. Um dem alleinigen Druck der Behörden zu entgehen, geben Journalisten exklusive Informationen sogar an andere Medien weiter. So wird die Information allgemein bekannt und es steht nicht allein ein Journalist oder Medium in der Verantwortung. Michail Melnikow vom Moskauer »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« sieht eben darin einen gangbaren Weg, um mit staatlichem Druck umzugehen. Wenn Vertreter staatlicher Stellen bestimmte Medien vom Informationsfluss abschneiden, bedeutet das häufig, dass größere Rechercheanstrengungen für eine angemessene Berichterstattung nötig werden. So hob beispielsweise die Armee eine Informationssperre gegen den »4. Kanal« nach einiger Zeit mit der Begründung wieder auf, dass die Fernsehjournalisten auch so an alle Informationen kämen.

»Die Schere im Kopf«

Manche Journalisten geben zu, Selbstzensur zu üben, um Konflikten aus dem Weg zu gehen. Zu den besonders empfindlichen Themen gehört neben der Kremlpartei »Einiges Russland« der Regierungschef Wladimir Putin. »Über ihn darf man nur reden wie über einen Toten«, sagt Dmitri Poljanin vom Journalistenverband. »Entweder gut oder gar nicht«. Aber auch kommunale Themen, wie der Zustand der Straßen in der Stadt, können ein solches Tabuthema sein. Besonders zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008 versuchten die Machthaber, noch stärker Einfluss auf die Medienberichterstattung zu nehmen. Gouverneur Rossel rief die Journalisten dazu auf, das Wort »Krise« nicht zu benutzen. »Es gibt überhaupt keine Krise. Es gibt nur Schwierigkeiten«, zitierte ihn die Moskauer Onlinezeitung »Gazeta.ru«. Derartige Aufrufe gab es zu Beginn der Krise allerdings in ganz Russland. Auch Regierungschef Wladimir Putin hatte lange Zeit erklärt, es gebe keine Krise.

Nach einem Bericht des Onlineportals »Nowi Region« sollen die Behörden im Swerdlowsker Gebiet auch versucht haben, die Arbeitslosenzahlen als geheim einzustufen. Die Daten dürften nur dem Arbeitsministerium und dem Bürgermeister zugänglich gemacht werden, hieß es in dem Bericht. Das Arbeitsministerium wies den Report als unwahr zurück. Das Portal »URA.ru« geriet im Herbst 2008 ins Visier der Staatsanwaltschaft, weil ihm vorgeworfen wurde, es habe die Finanzkrise mit geschürt, indem es über die Krise berichtet habe.

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation sind viele Medien korrupt. Der heutige Chef des Journalistenverbands, Poljanin, schätzt, dass vor allem im Internet bis zu 80 Prozent des Inhalts gegen Bezahlung verfasste Artikel sind. Es gibt aber auch Fälle, in denen Medien an Geschäftsleute oder Politiker herantreten und Geld dafür verlangen, das ein kompromittierender Beitrag nicht erscheint. So wurde der Generaldirektor der kleinen Jekaterinburger Zeitung »Kapital«, Rustam Gubin, im Februar 2008 festgenommen, weil er angeblich im Wahlkampf von einem Gebietsabgeordneten 200.000 Rubel (4600 Euro) erpressen wollte. Gubin soll dem Abgeordneten Jewgeni Sjablizew angeboten haben, für die Summe alle 7000 Exemplare einer Ausgabe der Zeitung aufzukaufen, in der ein kompromittierender Bericht über Sjablizew erscheinen sollte. Eine Mitarbeiterin Gubins wurde kurz nach der Geldübergabe festgenommen, Gubin wenig später. Dieser behauptete, mit dem Geld hätte Sjablizew ihn für einen positiven Artikel über den Abgeordneten bezahlen wollen. Die Staatsanwaltschaft brachte den Fall Gubin im Sommer 2009

vor Gericht. Ein Urteil war bei Redaktionsschluss noch nicht gefällt.

Viele – vor allem kritische – Journalisten berichten von zahlreichen Klagen wegen übler Nachrede durch Behördenvertreter oder Bürgermeister Tschernezki selbst. Die überwiegende Anzahl der Klagen wurde von örtlichen Gerichten jedoch zugunsten der Journalisten entschieden. Medienvertreter können also offensichtlich mit einem fairen Prozess rechnen. Das bestätigt auch die Tätigkeit des Journalistenverbands des Swerdlowsker Gebiets. Im Jahr 2008 gelang es ihm, dass Richter in einem Verfahren die Kündigung von zwei Journalisten der Lokalzeitung »Tagilski Rabotschi« für rechtswidrig erklärten.

Physische Gewalt gegen Journalisten kommt im Gebiet Swerdlowsk nur in Einzelfällen vor. Das Moskauer »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« führt dies vor allem auf den starken lokalen Journalistenverband zurück, der Journalisten vor allem vor Gericht gegen ihre Medien oder gegen Klagen von Politikern oder Wirtschaftsvertretern juristisch unterstützt. Das Engagement des Verbandes hat die Stellung der Journalisten gegenüber Staatsmacht und Wirtschaft gestärkt. In der Folge versuchten diese seltener, unliebsame Journalisten mit physischer Gewalt einzuschüchtern, heißt es beim »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen«.

Am 8. Januar 2009 wurde der Fotojournalist Juri Bassok bei einem Autofahrer-Protest vom Leiter der Straßenpolizei des Swerdlowsker Gebiets, Juri Demin, angegriffen. Bassok hatte Demins Wagen fotografiert, der auf einem Fußgängerüberweg parkte. Als er versuchte, den Polizeichef persönlich zu fotografieren, schlug Demin ihm mit der Hand ins Gesicht. Dabei ging auch der Fotoapparat zu Bruch. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen »Amtsmissbrauchs unter Einsatz von Gewalt« gegen Demin.

In der Stadt Serow kündigten die lokalen Behörden der unabhängigen Wochenzeitung »Globus« den Mietvertrag. Nach Angaben des Eigentümers Alexander Arsibaschew begannen die Probleme, nachdem die Zeitung im September 2008 den Chefredakteur ausgewechselt und ihre Redaktionspolitik geändert hatte, berichtet das Moskauer »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen«. Seitdem waren in der Zeitung eine ganze Reihe kritischer Materialien über die Probleme der Stadt erschienen, so Arsibaschew. Dmitri Poljanin vom Journalistenverband sagt: »Die Kündigung eines städtischen Mietvertrags ist die in Russland am weitesten verbreitete Form des Drucks auf Medien«. Kommunale Mieten seien grundsätzlich billiger als kommerzielle. »Globus« hatte zuvor acht Jahre in den städtischen

Räumlichkeiten gearbeitet. Doch insgesamt stellen die wirtschaftlichen Abhängigkeiten eine größere Bedrohung für die Pressefreiheit im Swerdlowsker Gebiet dar als Versuche der Einschüchterung.

Aussichten für die Mediensituation

Die Medienlandschaft im Swerdlowsker Gebiet ist vielfältiger als in vielen anderen Regionen Russlands, was wohl auch auf die gute wirtschaftliche Entwicklung der Region zurückzuführen ist. Allerdings gibt es nur wenige Medien, die wirklich frei und unabhängig berichten können. Insgesamt nimmt die Pressefreiheit eher ab.

Vor allem auf dem Zeitungsmarkt der Hauptstadt Jekaterinburg mussten alle unabhängigen Zeitungen schon vor langem aufgeben. Übrig geblieben sind Zeitungen, die entweder gegenüber dem Gouverneur oder dem Bürgermeister loyal berichten, sowie eine Gratiszeitung (»Nascha Gaseta«) mit nur einem kleinen redaktionellen Anteil. Solange die Behörden nicht ihre Subventionen für die ihnen nahe stehenden Zeitungen einstellen, dürfte sich hier wenig bis gar nichts ändern. Gerade in der Wirtschaftskrise ist der Werbemarkt so schwach, dass er mehr Zeitungen nicht finanzieren kann. Es überleben damit am leichtesten die etablierten und diejenigen, die in Zuschüssen weitere Finanzquellen haben.

Ein großes Problem des Medienmarkts ist, dass es keinen echten Wettbewerb gibt. Viele Medien konkurrieren nicht um Werbekunden, sondern leben von staatlicher Finanzierung, was den Markt stark verzerrt. Deshalb könnte ein Verbot von staatlichen Subventionen für die Presse auf lange Sicht zu mehr redaktioneller Unabhängigkeit führen. Eine andere Möglichkeit wäre, Zeitungen unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung zu unterstützen, zum Beispiel durch starke Steuererleichterungen, um so der Presse das wirtschaftliche Überleben zu erleichtern.

Besser sieht die Situation in Radio und Fernsehen aus. »Echo Moskwy Jekaterinburg« und der »4. Kanal« sind seit langem fest am Markt etabliert. Auch sie leiden unter der Finanzkrise. Ihre Marktposition scheint jedoch soweit gefestigt zu sein, dass sie die Krise nach eigener Einschätzung überleben werden. Überhaupt zementiert die tiefe Wirtschaftskrise im Swerdlowsker Gebiet den Status quo. Zwar mussten bereits einige wenige Hochglanzzeitschriften ihr Erscheinen einstellen, die etablierten Medien konnten ihre Position aber eher festigen.

Ein großes Problem der Medien des Swerdlowsker Gebiets liegt in ihrer journalistischen Qualität. Außer dem »4. Kanal« und »Echo Moskwy Jekaterinburg« befolgt kaum ein Medium professionelle Standards

oder die Praxis, beide Seiten zu Wort kommen zu lassen. Viele Medien lassen sich journalistische Materialien von denen, über die sie berichten, bezahlen. »Das wichtigste Problem ist nicht der Mangel an Pressefreiheit, sondern die Korruption der Presse«, bekennt sogar Poljanin vom Journalistenverband.

Die Ausbildungssituation der Journalisten im Swerdlowsker Gebiet ist insgesamt gut. Die mangelnde journalistische Qualität lässt sich eher auf interne Zwänge des Mediensystems zurückführen, also die Einmischung von Verlegern und Politik oder finanzielle Probleme. Inwieweit journalistische Fortbildungen russischer oder westlicher Organisationen in dieser Situation helfen können, die Lage zu verbessern, ist mehr als fraglich. Poljanin sagt dazu ein wenig resigniert, dass viele Journalisten, die zu Praktika in den Westen geschickt wurden, begeistert von den dortigen Arbeitsbedingungen berichteten. »Wieder zu Hause arbeiteten sie dagegen genauso weiter wie vorher.«

Eine sinnvolle Einrichtung scheint dagegen der »Klub liberaler Journalisten« gewesen zu sein, den die Friedrich-Naumann-Stiftung bis 2008 in Jekaterinburg organisiert hat. Dabei trafen sich regelmäßig Journalisten mit wichtigen Politikern oder Wirtschaftsvertretern der Stadt zu Hintergrundgesprächen. Dies half besonders denjenigen, die gut recherchierten Journalismus betreiben wollten. Zudem schuf der Klub ein Forum zum Austausch zwischen beiden Seiten.

Poljanin hat die Idee, neben dem Journalistenverband noch eine Journalistengewerkschaft zu gründen. Gewerkschaften haben nach dem russischen Gesetz eine sehr starke Stellung, vor allem in arbeitsrechtlichen Konflikten. Eine Journalistengewerkschaft könnte damit die Rechte ihrer Mitglieder deutlich effektiver verteidigen, als es heute der Journalistenverband kann, sagt Poljanin. Wichtigste Hürde für die Gründung ist aber bislang die Gefahr, dass die Verbandsmitglieder, wenn sie neu in die Gewerkschaft eintreten müssen, davon Abstand nehmen könnten. Selbst ein geringer Mitgliedsbeitrag könnte da abschreckend wirken, fürchtet Poljanin. »Kaum jemand ist bereit, für seine Rechte zu kämpfen.«

Autor: Erik Albrecht

»Aus erster Hand« – die One-Man-Show des Bürgermeisters

Montagabend zur besten Sendezeit. Der Stadtsender »Studio 41« hat Bürgermeister Arkadi Tschernezki zu Gast. Im engen Studio sitzen sich eine junge, schüchterne Moderatorin und der Stadtvater gegenüber. Selbst bei der Begrüßung hat die Journalistin keine Chance gegen den Politiker. Der Sender ist Tschernezki treu ergeben. Da übernimmt es der Bürgermeister lieber persönlich, seine Wähler willkommen zu heißen – immerhin heißt die Sendung »Aus erster Hand«.

Dann kann das halbstündige Schauspiel beginnen. Während der gesamten Zeit wird Tschernezki weiter direkt in die Kamera blicken – seine Gesprächspartnerin würdigt er mit keinem Blick. Er spricht langsam. Journalisten berichten, er hätte in jüngster Zeit kränzlich gewirkt. Im »Studio 41« wirkt er vital – wohl auch dank ausreichend Make-Up. Der Politiker hält eine Ansprache an sein Volk. Die Journalistin wird dabei zur Stichwortgeberin degradiert.

Die Themen sind abgesprochen. Tschernezki wartet nicht einmal ab, dass die Moderatorin ihre Frage zu Ende formuliert hat, bevor er antwortet. Er kennt den Ablauf sowieso schon. Die Jekaterinburger ärgern sich vor allem über ihre dreckigen Straßen, also erzählt Tschernezki von den neuesten Baumaßnahmen. Zwischendurch werden Bilder und Grafiken der Baustelle eingespielt.

Dann kommt das Anfang Juni wichtigste Thema für Jekaterinburg: In einer Woche soll der Gipfel der »Schanghaier Gruppe für Zusammenarbeit« in der Stadt im Ural ausgerichtet werden. Auf der Straße redet kaum jemand noch von etwas anderem.

Es gibt Gerüchte, dass die gesamte Innenstadt für die Staatschefs gesperrt werde. Tschernezki spricht dagegen nur von den wirtschaftlichen Chancen, die der Gipfel seiner Stadt bringt. Die Moderatorin – eigentlich im Studio, um den Bürgermeister zu interviewen – traut sich nicht, die offensichtliche und nicht notwendigerweise kritische Frage zu stellen: »Ist an den Gerüchten etwas dran?«

Dann kommt die Abmoderation. Auch sie übernimmt Tschernezki selbst: »Vielen Dank, liebe Zuschauer, dass sie eingeschaltet haben«. Bis in einer Woche. Beim nächsten Bürgermeister-TV.

Autor: Erik Albrecht



Das Gebiet Archangelsk (Archangelskaja Oblast) befindet sich im hohen Norden Russlands am weißen Meer. Zwischen Moskau und der Gebietshauptstadt Archangelsk liegen etwa 800 Kilometer. Prägend für das Gebiet ist die sehr dünne Besiedelung: Seine Fläche ist fast doppelt so groß wie die Deutschlands, dabei wohnen dort nur 1,2 Millionen Menschen.

Und es werden immer weniger. Aus wirtschaftlichen Gründen haben seit 1990 etwa 300.000 Menschen das Gebiet verlassen. Etwa die Hälfte der heutigen Bevölkerung verteilt sich auf die eng beieinander liegenden Städte Archangelsk mit 350.000 Einwohnern und Sewerodwinsk mit 200.000 Einwohnern. Die übrigen Bewohner leben in kleineren Städten und Siedlungen, die über das ganze Gebiet verstreut sind.

Wirtschaftlich gehört Archangelsk zu den schwächsten Regionen Russlands, etwa ein Drittel des Haushalts der Gebietsregierung wird von Moskau bezahlt. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung liegt jedoch mit 15.000 Rubel (350 Euro) nur ein Sechstel unter dem russischen Schnitt, denn Bewohner des Hohen Nordens haben nach dem russischen Gesetz Anspruch auf staatliche Lohn-Zuschläge.

Die wichtigsten Industriezweige sind neben der Fischerei der Schiffbau (besonders in der riesigen Werft für Atom-U-Boote in Sewerodwinsk) und die Holzverarbeitung. Im Großraum Archangelsk existieren mehrere Zellulosewerke, in denen die Baumstämme verarbeitet werden, die über den Fluss Dwina aus den ausgedehnten Wäldern des Gebietes angeliefert werden. Archangelsk ist wirtschaftlich, politisch und kulturell vor allem mit den nordrussischen Städten St. Petersburg und Murmansk verbunden, pflegt aber auch Beziehungen nach Skandinavien. Allerdings tut die politische Elite bislang zu wenig dafür, so dass die meisten ausländischen Investoren bisher das nähere Murmansk bevorzu-

gen, erzählt Tatjana Burijewa, Projektmanagerin vom »Archangelsker Zentrum sozialer Technologien Garant«. Äußerlich hat sich das Gebiet und insbesondere die gleichnamige Hauptstadt seit dem Ende der Sowjetunion nur wenig gewandelt.

Viele Gesprächspartner behaupteten, die russischen »Nordmenschen« erhielten sich traditionell gegenüber dem fernen Moskau eine gewisse Eigenständigkeit und Freiheit. Tatsächlich bekam die Präsidentenpartei »Einiges Russland« bei den Duma-Wahlen 2007 hier mit 54 Prozent der Stimmen etwa 10 Prozent weniger Zustimmung als im russischen Durchschnitt. Dennoch hat sich auch hier die Kreml-Partei »Einiges Russland« in den meisten regionalen Parlamenten und Versammlungen als stärkste Kraft etabliert.

Die Bevölkerung scheint jedoch überhaupt politikverdrossen zu sein. An den letzten Wahlen zum regionalen Parlament im März 2009 nahmen nur 38 Prozent der Bevölkerung teil, was selbst für russische Verhältnisse eine sehr niedrige Beteiligung ist. 2008 waren es bei der Bürgermeisterwahl in der Stadt Archangelsk sogar nur 18 Prozent, die zur Urne gingen.

Einen »langjährigen« Gouverneur wie in vielen anderen Regionen gibt es in Archangelsk nicht, die früheren Gouverneure wurden regelmäßig wieder abgewählt. Inzwischen sind russlandweit die Gouverneurswahlen abgeschafft. Seit 2008 regiert deshalb der vom Präsidenten eingesetzte und aus dem fernen Jakutien »importierte« Ilja Michaltschuk.

Die schlechte Infrastruktur bremst die Entwicklung der unabhängigen Medien

Wirtschaftlich ist das Gebiet bis auf den Rohstoff Holz wenig interessant, deshalb findet der Kampf um wirtschaftliche und politische Macht in weitaus zivilisierten Formen statt als etwa im Moskauer Gebiet. Auch für die Medien, die in solchen Kämpfen oft zu Instrumenten der politischen Gruppierungen werden, ist die Situation deshalb weniger angespannt. Es sind vor allem drei Faktoren, die die Pressefreiheit im hohen Norden einschränken.

Der erste Faktor spielt in vielen russischen Regionen eine Rolle: Auch die Machtorgane in Archangelsk verstehen die Medien vor allem als »Element im System der gesellschaftlichen Steuerung«, wie es Olga Tretjakowa, Leiterin der Journalistik-Fakultät von Archangelsk formuliert. Dies ist einerseits in der sowjetischen Tradition begründet, in der Medien vor allem als Propagandainstrumente dienten und

damit zentrale Instrumente der Machtausübung waren. Aber auch der restriktive Umgang des Kremls mit den überregionalen Medien während der Ära von Präsident Putin diene den regionalen Machthabern als Beispiel.

Der Vorsitzende des regionalen Journalistenverbandes, Wjatscheslaw Bjelousow, meint zwar, dass die Situation in Archangelsk besser als in anderen Regionen sei: »Hier gibt es einen Dialog zwischen Machtorganen und Journalisten«, sagt er. Doch Kollegen wie die Journalistik-Dozentin Tretjakowa bezweifeln, dass dieser Dialog ernsthaft ist. Sie ist der Ansicht, dass Politiker und Beamte vielmehr mit Hilfe der Medien eine »scheinbare Transparenz« herstellen.

Die beiden anderen Faktoren, die die Pressefreiheit beschränken, sind eher regionalspezifisch. Da sind einmal die geringen Einkommen der Bevölkerung zu nennen, zum anderen die schlechte Infrastruktur. Zwar sind die beiden Großstädte Archangelsk und Sewerodwinsk mit einer Schnellstraße verbunden, aber viele andere Orte des Gebiets sind sehr abgelegen und mit Auto, Bus oder Zug nur schlecht erreichbar.

Diese Faktoren tragen dazu bei, dass sich in den zwei Jahrzehnten seit dem Ende der Sowjetunion nur wenig Vielfalt entwickelt hat. Nach Angaben des örtlichen Journalistenverbandes erscheinen im Gebiet regelmäßig etwa 40 Zeitungen, die meisten davon einmal wöchentlich. 25 dieser Zeitungen werden zudem teilweise von staatlichen Stellen finanziert. In den Kiosken von Archangelsk und Sewerodwinsk findet sich zwar neben der regionalen Presse auch eine Vielzahl Moskauer Printmedien, das restliche Gebiet wird dagegen aufgrund der schlechten Verkehrsverbindungen kaum versorgt. Selbst überregionale Zeitungen des Gebiets Archangelsk beschränken sich vor allem auf die beiden Großstädte.

Stark vertreten sind mehr als 40 kostenlose Anzeigenblätter wie der »Sewerni Merkuri«, die in Auflagen von bis zu 75.000 Stück an die Haushalte verteilt werden und damit den Werbemarkt empfindlich schwächen.

Auf dem regionalen Fernsehmarkt dominiert der örtliche Ableger des staatlichen Fernsehkanals »Ros-sija«, der täglich Fensterprogramme mit regionalen Nachrichten füllt. Die wenigen unabhängigen Fernsehkanäle sind in den vergangenen Jahren verschwunden. Sie wurden jedoch von der Gebietsverwaltung auf Linie gebracht oder dienten sich selbst den Machtorganen an, so etwa der Archangelsker Privatsender ATK, hinter dem laut Tretjakowa ein »grauer Kardinal« stehe, der wiederum den Machtorganen nahe steht. »Ich kann mich nicht erinnern,

auch nur einmal irgendwelche Kritik oder Analytik gesehen zu haben«, sagt Tretjakowa. Der unabhängige St. Petersburger »5. Kanal« hat im Zuge der Wirtschaftskrise sein Regionalbüro vor Ort geschlossen und berichtet inzwischen nur noch sporadisch aus Archangelsk.

Ähnlich wie im Fernsehen dominieren auch unter den örtlichen Radiosendern die regionalen Ableger des staatlichen Senders »WGTRK« sowie der privaten, russlandweiten Sender »Ruskoje Radio« und »Awtoradio«. Zwar existieren eine Reihe von privaten regionalen Radiosendern. Bei ihnen spielt Politik jedoch kaum eine Rolle, das Programm wird von Musik und Unterhaltung geprägt.

Die Wirtschaftskrise verändert die Medienlandschaft

Der Einfluss der von Stadt- und Gebietsadministration finanzierten Zeitungen »Archangelsk«, »U bjelowo morja« und »Wolna« ist in Archangelsk geringer als in anderen russischen Regionen, die Auflagen bewegen sich zwischen 3000 und 10.000 Exemplaren. Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft seit Ende letzten Jahres nun auch diese Zeitungen: Ende 2008 wurden sie in der Mediaholding »Dwina« vereint.

Auch unter den bisher wirtschaftlich und politisch eher unabhängigen Zeitungen führt die Wirtschaftskrise zu starken Verschiebungen in der Eigentümerstruktur: Die »Prawda Sewera« (Auflage: 7000 bis 16.000) und der »Sewerni Komsomoljez« (8000), die sich zuvor im Eigentum der jeweiligen Redaktionskollektive befanden, wurden im Frühjahr 2009 an die Moskauer Mediengruppe »MediaOne« verkauft. Nach Aussage des ehemaligen Chefredakteurs Alexander Sacharow erwirtschaftete die »Prawda Sewera« bis zum Beginn der Wirtschaftskrise im Herbst 2008 70 Prozent ihres Einkommens aus Reklame und Image-Reklame, 15 Prozent aus dem Verkauf und 15 Prozent aus Informationsverträgen mit den Machtorganen. Seit Herbst 2008 waren die Anzeigenerlöse jedoch um die Hälfte gesunken, so dass der Schuldenberg bis zum Verkauf auf acht Millionen Rubel (186.000 Euro) anstieg.

Die beiden Zeitungen galten in der Region bisher als relativ unabhängig, mussten sich jedoch aufgrund der vorhandenen Informationsverträge mit der Gebietsverwaltung mit Kritik an der Politik zurückhalten. »Die Arbeit des Regionalparlaments durfte man kritisieren«, sagt Sacharow. Aber über den amtierenden Gouverneur habe es nur bezahlte PR-Materialien zu lesen gegeben.

Glaubt man den Worten seiner Nachfolgerin Swetlana Lojtschenko, so sind mit dem Verkauf der Zei-

tungen die Zeiten des kritischen Journalismus keineswegs vorbei. Die neu berufene Chefredakteurin beschrieb in ihrer Kolumne vom 11. Juni 2009 ihre Vision: Die »Seiten der Zeitung werden mit den schärfsten Diskussionen gefüllt sein, die bisher nur auf der Straße stattfinden, und die langsam aber sicher in die Küchen und die Internet-Foren weiterwandern.« Zudem zeigt sie sich gegenüber ihren Lesern überzeugt, dass die Zeitung nicht Instrument der Mächtigen sei, sondern von der Gesellschaft geschaffen worden sei, um die Machtorgane zu beeinflussen. Deshalb sollten »die Medien und die Machtorgane auf unterschiedlichen Seiten einer Teilungslinie stehen.«

Ob der neue Eigentümer, über den wenig bekannt ist, tatsächlich einen kritischeren Kurs zulässt, muss sich noch erweisen. »Der Verkauf ist jedoch grundsätzlich als positiv zu bewerten, weil es damit keine direkte Abhängigkeit von den örtlichen Machtzirkeln gibt«, kommentiert Olga Tretjakowa von der Archangelsker Universität den Verkauf der beiden Blätter.

Ein positives Beispiel für ein von staatlichen Informationsverträgen unabhängiges Medium in Archangelsk ist die Wochenzeitung »Business-Class«. Der Herausgeber Alexej Lipnizki, in Sowjetzeiten Journalist bei der staatlichen Zeitung »Sewerni Komsomolez«, sammelte Mitte der 90er Jahre erste Erfahrungen mit einem Anzeigenblatt. Dann folgte die Autofahrer-Zeitung »Awtogaseta«, die Lipnizki kostenlos an Orten wie Tankstellen und Autohäusern verteilen lässt – und die bis heute das finanziell erfolgreiche Zugpferd seines Verlages ist.

»Business-Class« erscheint seit 1998 mit einer Auflage von 10.000 Stück und richtet sich vor allem an Leser der wirtschaftlichen und politischen Elite des Gebietes. Lipnizki verteilt die Zeitung kostenlos an vielbesuchten Orten der Stadt. Manager, Direktoren und Politiker bekommen sie »auf den Schreibtisch«, wie er sagt. Der Herausgeber hält dies für das bessere Vertriebskonzept und ist ein Kritiker des Abonentensystems vieler anderer regionaler russischer Zeitungsmacher. Er habe die Erfahrung gemacht, dass die Vertriebskosten fast die gesamten Einnahmen aus den Abonnements verschlingen würden.

Zwar verdient auch Lipnizki neben klassischen Werbe- und Kleinanzeigen sein Geld mit Image-Reklame: Das sind bezahlte redaktionelle Beiträge über Firmen und Geschäftsleute, die jedoch im Unterschied zur gängigen Praxis bei vielen Medien bei ihm immerhin mit dem Hinweis »Werbung« markiert sind. Das journalistische Niveau der redaktionellen Beiträge ist jedoch so hoch wie in keinem anderen Archangelsker Medium. Das bestätigt die

Journalistikdozentin Tretjakowa. Die Zeitung berichtet vor allem über politische Ereignisse in der Region und über Themen, die für die regionale Wirtschaft von Bedeutung sind, beispielsweise über Fälle von Korruption bei der Ausschreibung staatlicher Aufträge oder – seit Beginn der Wirtschaftskrise – über staatliche Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft. Lipnizki orientiert sich nach eigenen Worten mit seiner Zeitung an dem renommierten Moskauer Wirtschaftsblatt »Wedomosti«, das in Zusammenarbeit mit der Financial Times und dem Wall Street Journal überregional erscheint.

Von besonderer Bedeutung ist in der Medienwelt von Archangelsk die Zeitung »Prawda Sewero-Sapada«. Ihr Chefredakteur Ilja Asowski, der gleichzeitig in der vorigen Wahlperiode für die Schirinowski-Partei LDPR als Abgeordneter im Gebietsparlament saß, gelangte vor den Präsidentschaftswahlen 2008 zu russlandweiter Berühmtheit, weil er in seiner Zeitung dazu aufrief, lieber »den ganzen Tag Liebe zu machen« statt zur Wahl zu gehen.

Das professionelle Niveau der Zeitung ist niedrig. Die Autoren der Artikel, die zudem oft unter Pseudonym veröffentlichen, beachten journalistische Grundsätze wenig: Satirische Elemente, Meinung und Fakten werden vermengt. »Beschuldigte« kommen selten selbst zu Wort. Das Boulevardblatt, das einmal pro Woche erscheint, ist regelmäßig voll mit Anschuldigungen und Vorwürfen gegen Wirtschaftsleute und Politiker der Stadt. Den scharfen Ton gibt Asowski selbst vor, der die erste Seite jeder Ausgabe mit einer Art Kolumne füllt. Trotz des niedrigen Niveaus wird die Zeitung in der Stadt von vielen Leuten regelmäßig gelesen. Für ihre Stammleser hebt sie sich in ihrer Unkonventionalität und Respektlosigkeit deutlich vom sowjetisch-konservativen Stil der übrigen Zeitungen ab. Beispielsweise finden sich hier Karikaturen der lokalen politischen und wirtschaftlichen Größen, ein Genre, das in den anderen Blättern völlig fehlt.

Gegründet wurde die Zeitung von Personen aus dem Umfeld des russischen Oligarchen Oleg Deripaska. Sein Konzern »Basic Element« versuchte seit 2002, die Kontrolle über ein großes Zellulosewerk in Archangelsk zu gewinnen. Die »Prawda Sewero-Sapada« beschäftigte sich in der Folge vor allem damit, gegen den Teilhaber des Werkes und regionalen Oligarchen Wladimir Kruptschak anzuschreiben. Dieser gründete daraufhin die Zeitung »Nesawisimy Wsgljad«, um sich in der Auseinandersetzung besser behaupten zu können, wie eine ehemalige Mitarbeiterin der Zeitung erklärt. Der Konflikt endete damit, dass Kruptschak in die Ukraine floh und Deripaska sich in das Zellulosewerk einkaufte.

Seit September 2008 hat die Zeitung keine Moskauer Geldgeber mehr, sagt Asowski. Das Blatt finanziert sich nur noch über Werbung, was der Chefredakteur aber problematisch findet. Denn seit Beendigung des in der Zeitung ausgetragenen Konflikts mit Kruptschak sei auch die Auflage stetig gefallen. Hatte »Prawda Sewero-Sapada« 2007 noch eine Auflage von 18.000 Exemplaren, beträgt sie im Sommer 2009 nur noch ein Drittel davon. Inzwischen muss sich das Blatt auch an den Kiosken verkaufen und wird nicht mehr umsonst verteilt. Ein anderer Herausgeber der Stadt, Alexej Lipnizki, macht sich derweil Sorgen um die Zukunft Asowskis. »Über ihm ziehen sich die Wolken zusammen«, sagt Lipnizki. Das habe unter anderem damit zu tun, dass Asowski in letzter Zeit versucht habe, von Menschen, über die er kompromittierendes Material gesammelt habe, Geld zu erpressen, um eine Veröffentlichung des Materials zu verhindern. Gegen die »Prawda Sewero-Sapada« wurden unzählige Gerichtsverfahren angestrengt. Mehr dazu im Absatz »Journalisten vor Gericht«.

Meinungsfreiheit in der U-Boot-Stadt Sewerodwinsk

In der etwa 30 Kilometer von Archangelsk entfernten U-Boot-Stadt Sewerodwinsk (ca. 200.000 Einwohner) ist die Lage der Medien weit weniger angespannt als in der Hauptstadt Archangelsk. Die örtlichen Zeitungen befinden sich alle in privater Hand: Der »Sewerni Rabotschi« ist bis auf zehn Prozent Eigentum des Redaktionskollektivs. Eben diese zehn Prozent gehören dem Bürgermeisteramt, das jedoch nach Aussage des Chefredakteurs keinen Einfluss auf die Zeitung nimmt.

Völlig frei von staatlicher Beteiligung ist die Zeitung »Wetscherni Sewerodwinsk«, die von der Media-Holding »Sewernaja Nedelja« herausgegeben wird. Gründer dieses ungewöhnlichen Konstrukts ist Wjatscheslaw Bjelousow, der auch gleichzeitig als Leiter des regionalen Journalistenverbands tätig ist. In den Jahren der Perestroika Ende der 80er Jahre gründete der gelernte Journalist seine erste Zeitung. Heute erscheinen in seinem Verlagshaus 18 Print-Produkte. Den größten Teil machen völlig politikfreie zielgruppenspezifische Zeitschriften aus, die Bjelousow per Abonnement in ganz Russland vertreibt, beispielsweise eine Pensionärszeitschrift mit einer Auflage von 22.000 oder eine Frauenzeitschrift mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren. Mit seinem russlandweiten Engagement verschafft sich Bjelousow wirtschaftlichen Freiraum für seine Aktivitäten auf dem finanziell engen regionalen Markt. »Man muss eine politische Tageszeitung mit »Satelliten« umgeben, dann ist das Modell rentabel«, sagt Bjelousow. Mit den »Satelliten« meint er die vielen poli-

tikfreien aber dafür sehr einträglichen Magazine. Für andere Herausgeber in Archangelsk hat das Geschäftsmodell Bjelousows längst eine Vorbildfunktion, sagt etwa Andrej Lipnizki. Auch außerhalb von Archangelsk ist Bjelousow bekannt: So tritt er regelmäßig bei Konferenzen der »Allianz unabhängiger russischer Herausgeber« (ANRI) in Moskau auf.

Beweis für die relative Unabhängigkeit seiner Zeitung ist beispielsweise die Berichterstattung über Verletzungen der Pressefreiheit in Archangelsk. So berichtete die Zeitung unter der Überschrift »Versucht man uns für dumm zu verkaufen?« Anfang Mai ausführlich darüber, dass einem Reporter des unabhängigen »5. Kanals« von einer Vertreterin der Gebietsverwaltung der Zugang zu einer Pressekonferenz verwehrt wurde.

In Sewerodwinsk gab es bis Anfang 2009 einen unabhängigen Fernsehkanal. Sergej Nepogodjew, Direktor des Kanals »TV Sewerodwinsk«, hatte in den vergangenen Jahren immer wieder eine kritische Position gegenüber den städtischen Autoritäten vertreten. Die Stadtregierung ließ ihn aber gewähren, obwohl ihr 25 Prozent der Anteile an dem Sender gehörten. Aber wenige Monate vor den Bürgermeisterwahlen im Januar 2009 wurde der Kanal plötzlich für drei Tage geschlossen. Eine Moskauer Firma, die 2008 von Nepogodjew ein Kontrollpaket des Kanals gekauft hatte, veranlasste dies unter Angabe von finanziellen Problemen. Drei Tage später ging »TVS« wieder auf Sendung, aber mit einem neuen, für die Machtorgane »gemütlicheren« Chefredakteur. Die Redaktion beschuldigte den Gouverneur, die Schließung veranlasst zu haben, was dessen Pressesprecherin jedoch zurückwies. Der Direktor Nepogodjew hatte selbst ebenfalls für das Bürgermeisteramt kandidiert, wurde jedoch kurz zuvor wegen Verstößen gegen die Registrierungsvorschriften aus dem Wahlkampf ausgeschlossen. Die unabhängige Sewerodwinsker Journalistin Olga Golubzowa gibt ihm eine Mitschuld daran, dass der Sender in dieser Weise auf Linie gebracht wurde. Sie fragt sich, warum er zuvor seinen Aktienanteil an eben jene Moskauer Investoren verkauft, die ihn dann entließen.

Die Kreiszeitungen »Rajoniki«

Außerhalb der großen Städte Archangelsk und Sewerodwinsk wird die Medienlandschaft der Region von den meist einmal wöchentlich erscheinenden Kreiszeitungen, den so genannten »Rajonki«, geprägt. Nur wenige wirtschaftlich stärkere Kleinstädte wie Welsk und Kotlas verfügen über unabhängige Zeitungen.

Die »Rajonki« sind ein sowjetisches Erbe. Sie waren Organe der Partei- und Kreisverwaltung, praktisch jeder Haushalt war zum Abonnement »freiwillig verpflichtet«, wie das in Russland scherzhaft genannt wird. Nach dem Ende der Sowjetunion fielen die Auflagen dieser Blätter zunächst ins Bodenlose. Heute erscheinen sie einmal wöchentlich in einer Auflage zwischen 2000 und 8000 Exemplaren, in den meisten Kreisen eher in kleineren Auflagen. Finanziert werden die Zeitungen zu zwei Dritteln von staatlichen Institutionen: Den größten Teil bezahlt das Gebiet, einen kleineren Teil erhalten die Zeitungen über »Informationsverträge« mit den lokalen Verwaltungen.

Ljudmila Sneschko, die bis 2008 in der Gebietsverwaltung für die »Rajonki« zuständig war, bestätigt zwar, dass die finanzielle Abhängigkeit auch zu einer inhaltlichen Abhängigkeit von der lokalen Administration führe. Allerdings gebe es in vielen »Rajonki« auch Chefredakteure, die wegen ihrer Berichterstattung in Konflikte mit dem lokalen Bürgermeisteramt geraten seien. »Die Bürgermeister rufen in solchen Fällen den Gouverneur an und fordern, den Chefredakteur abzusetzen«, erzählt Sneschko. In den meisten Fällen sei es ihr aber gelungen, die Chefredakteure zu verteidigen. Mit der Einsetzung des neuen Gouverneurs 2008 musste sie ihren Posten verlassen. Seither seien schon mehrere Chefredakteure der Kreiszeitungen entlassen worden, sagt Sneschko.

Kaum physische Gewalt gegen Journalisten

Fälle von physischer Gewalt gegen Journalisten gab es im Gebiet Archangelsk nur selten. Die Ermittlungen blieben in den meisten Fällen wie überall in Russland ergebnislos.

So wurde im Jahr 2005 Nikolai Kotschurow, Chefredakteur der Sewerodwinsker Zeitung »Sewerni Rabotschi«, in seinem Hauseingang niedergeschlagen. Kotschurows Kollegen vermuteten sofort einen Zusammenhang mit dessen journalistischer Tätigkeit, da die Angreifer Tasche und Geld des Opfers nicht entwendet hatten. Allerdings hatte der Journalist in der Zeit vor der Attacke kaum kritische Artikel geschrieben. Nikolaj Kiseljow, damaliger Gouverneur des Gebiets Archangelsk, besuchte Kotschurow damals sogar im Krankenhaus und versprach ihm, alles zu unternehmen, um die Schuldigen aufzuspüren. Die Ermittlungen erbrachten jedoch kein Ergebnis. Kotschurow, so bestätigten enge Freunde gegenüber »Reporter ohne Grenzen«, habe selbst nie über die Hintergründe dieses Angriffs gesprochen.

Im Oktober 2007 wurde Larisa Rudakowa, Mitarbeiterin des russlandweiten Nachrichten-Portals

»www.pravda.ru«, in Sewerodwinsk auf offener Straße von einer Frau angegriffen und verletzt. Kurz zuvor hatte sie über den illegalen Verkauf von Alkohol in einem Stadtteil von Sewerodwinsk berichtet. Der Chefredakteur der Zeitung, Andrej Michailow, äußerte seine Überzeugung, dass der Angriff als Rache für den Artikel gedacht sei. Die Angreiferin wurde festgenommen und in einem Gerichtsverfahren zu einer geringen Geldstrafe verurteilt.

Auch Ilja Asowski, Chefredakteur der »Prawda Sewero-Sapada«, wurde im Jahr 2006 in seinem Hauseingang niedergeschlagen und verlor kurzzeitig das Bewusstsein. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft blieben damals ebenfalls ergebnislos.

Journalisten vor Gericht

Nach Einschätzung vieler Journalisten machen ihnen vor allem die Konflikte mit Geschäftsleuten zu schaffen. Zwar seien die Gouverneure seit Anfang der 90er Jahre mit jedem Amtsantritt gegenüber der Presse immer »härter« geworden, sagt der langjährige Chefredakteur der »Prawda Sewera«, Alexander Sacharow: »Allerdings drohen die nur am Telefon.« Mit Geschäftsleuten dagegen habe seine Zeitung in den vergangenen 18 Jahren journalistischer Tätigkeit 200 Gerichtsverfahren ausgefochten und zwei Drittel davon verloren.

Der Chefredakteur der »Prawda Sewero-Sapada«, Ilja Asowski, wurde mehrfach wegen des Vorwurfs der Verleumdung verklagt. Insbesondere der regionale Oligarch und Duma-Abgeordnete der Putin-Partei »Einiges Russland«, Wladimir Kruptschak, versuchte bis zu seiner Flucht in die Ukraine mehrfach, gerichtlich gegen die Zeitung vorzugehen. Anfang 2006 wurde Asowski wegen Rufmords sogar zu einem Jahr Haft verurteilt. Dabei ging es um einen unter Pseudonym veröffentlichten Artikel in der »Prawda Sewero-Sapada«. Darin hatte der ungenannte Autor behauptet, Kruptschak habe dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko im Wahlkampf versprochen, für fünf Millionen Dollar ein Treffen mit Wladimir Putin zu organisieren, dann aber stattdessen das Geld unterschlagen. Auf einer Pressekonferenz erklärte Asowski, der Artikel stamme nicht von ihm, sondern sei von Deripaskas Firma »Basic Element« »bestellt« worden. Die Haftstrafe gegen ihn wurde nach mehreren Berufungsverfahren umgewandelt und Asowski schließlich schon nach vier Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen.

Im Juni 2008 forderte der Schriftsteller Alexander Tutow nach der Veröffentlichung eines aus seiner Sicht beleidigenden Artikels den Chefredakteur der »Prawda Sewero-Sapada« öffentlich zu einem Box-

duell heraus, das allerdings nicht zustande kam, weil Asowski zum verabredeten Zeitpunkt nicht erschien.

Seit Februar 2007 hat Asowskis Zeitung nach eigenen Angaben kein einziges Verfahren mehr verloren. Dies mag auch damit zu tun haben, dass der Konflikt mit dem Oligarchen Kruptschak seit dessen Flucht in die Ukraine beendet ist. Die Konflikte der Zeitung mit anderen Politikern und Beamten gehen weiter.

»Weiche« Instrumente der Staatsgewalt

Häufig wird die Medienfreiheit von den staatlichen Organen durch »weiche« Instrumente eingeschränkt. So wird es auch im Gebiet Archangelsk für unabhängige Medien zunehmend schwieriger, auf offiziellem Wege an Informationen zu gelangen. Der Leiter der Presseabteilung des Gouverneurs, Wiktor Raschew, machte daraus im Januar 2008 in einem Interview mit der staatlichen Zeitung »Archangelsk« keinen Hehl: »Staatliche Medien haben mehr Möglichkeiten, direkt an Informationen zu gelangen«, sagte er. Die Journalistik-Dozentin Tretjakowa kritisiert dabei vor allem die staatlichen Pressestellen: »Das hat nichts mit Informationspolitik zu tun, es handelt sich vielmehr um Imagepolitik«, sagt sie. Als Beispiel führt die Dozentin eine vom amtierenden Gouverneur organisierte Journalistenreise in dessen Heimat Jakutsk an, wo er mehrere Jahre als Bürgermeister tätig war. Nach der Reise erschienen in den meisten Medien mehrseitige Lobhudeleien. »Man muss wohl nicht extra erklären, dass keiner seiner früheren Mitarbeiter auch nur ein schlechtes Wort über ihn gesagt hat«, beklagt Tretjakowa die unkritische Berichterstattung.

Wie unterschiedlich der Staat loyale und illoyale Journalisten behandelt, bewies die Pressesprecherin des Gouverneurs, Ljubow Podoksenowa, im Mai 2009: Nach einem Ärztestreik in Archangelsk, der russlandweit Aufmerksamkeit fand, rief der Gouverneur Ärztevertreter und Politiker zu einem runden Tisch zusammen. Podoksenowa, bis vor kurzem noch selbst Journalistin in der Zeitung »Prawda Sewera«, verwehrte dazu einem Kamerateam des Petersburger »5. Kanals« den Zutritt. Als Begründung gab sie an, dass dort keine Fernsehteams filmen dürften. Dabei befand sich zur gleichen Zeit ein Kamerateam des staatlichen Fernsehsender »TV Pomorje« im Saal, dem der Zugang gestattet worden war.

In der Provinzstadt Welsk befindet sich Konstantin Mamedow, Chefredakteur der von staatlicher Finanzierung unabhängigen Zeitung »Welsk-Info«, seit Jahren im Konflikt mit dem Bürgermeister. Im Septem-

ber 2008 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Mamedow wegen angeblichen Rufmords. Die Anklage folgte auf die Veröffentlichung eines Artikels, in dem der Journalist Fälle von Korruption in der Welsker Stadtverwaltung angeprangert hatte. Zuletzt klagte die Zeitung gegen Alexej Smelow, Kreisleiter des Kreises Welsk, weil dieser insgesamt 17 schriftliche Anfragen der Zeitung unbeantwortet gelassen hatte. Chefredakteur Mamedow ist gleichzeitig führendes Mitglied der Bürgerbewegung »Waschski Krai«, die als politische Opposition einen Großteil der Abgeordneten im Stadtrat stellt. Damit ist die Zeitung natürlich alles andere als unabhängig.

Die in Russland anderswo verbreitete Praxis, über die Druckereien auf die Redaktionen Druck auszuüben, wurde in Archangelsk in den letzten Jahren nicht angewendet. Das Organ der russischen Pensionärspartei, die Zeitung »Staraja Gwardija«, ist eher eine Ausnahme. Im Juli 2007 und im Mai 2009 weigerte sich die zur Zeitung »Prawda Sewera« gehörende Druckerei, das Blatt zu drucken. Die Drucker nahmen im Sommer 2007 Anstoß an einem Artikel, der die Überschrift »Werwölfe an der Macht« trug und weigerten sich, das Blatt zu drucken. Die Zeitung erschien nach einem Streit mit dem Chefredakteur ohne den Artikel, aber mit dem deutlichen Hinweis »Zensur«. Im jüngsten Fall weigerten sich die Drucker erneut, das Blatt zu drucken. Stattdessen zeigten sie auf Nachfrage des Chefredakteurs nur mit dem Finger nach oben und sagten: »Heute drucken wir das, und schon morgen gibt es bei uns eine Kontrolle der Brandschutzbedingungen.« In der gleichen Druckerei wird übrigens die Skandalzeitung »Prawda Sewero-Sapada« gedruckt – bisher ohne jegliche Probleme.

Kleine Erfolge vor Gericht

In der Auseinandersetzung mit Medien gehen Staatsbeamte und Geschäftsmänner schnell vor Gericht. In Deutschland verbreitete Rechtsmittel wie Gegendarstellung oder einstweilige Verfügung sind in Russland unbekannt und ungebräuchlich, stattdessen wird in einem Konfliktfall oft Klage wegen Verleumdung erhoben. Oft haben Medien hier einen schweren Stand, weil Geschäftsmänner sich bessere Anwälte leisten können und Beamte über Kanäle verfügen, Einfluss auf den Ausgang des Gerichtsprozesses zu nehmen.

Dass Medien vor Gericht nicht immer den Kürzeren ziehen, zeigt jedoch das Beispiel des »Westnik Kosmodroma« in der Stadt »Mirni«. Im Jahr 2007 klagte Alexander Baschlakow, der frühere Chef des Kosmodroms (Raketenstartplatz) »Plessez« aufgrund eines kritischen Artikels wegen angeblicher Rufschädigung und forderte ein Schmerzensgeld in

Höhe von 100.000 Rubel (2300 Euro). Das Gericht wies die Klage jedoch zurück – und das, obwohl das Kosmodrom zu den Besitzern der Zeitung gehört.

Auch die Zeitung »Prawda Sewera« wehrte sich im November 2006 erfolgreich gegen die Klage eines früheren hohen Beamten, der seine Würde durch den Inhalt eines Artikels verletzt sah und von der Zeitung 500.000 Rubel (11.000 Euro) Schmerzensgeld forderte. »Ein ehemaliger Beamter hat schon weitaus größere Probleme, vor Gericht zu gewinnen, als ein Beamter im Dienst«, kommentiert Tamara Owtschinnikowa, die regionale Korrespondentin der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« diesen Fall.

»Image-Werbung« und die Folgen

Ein in staatlichen und privaten Medien weit verbreitetes Problem sind verschiedene Arten der »Image-Werbung« von Politikern, Firmen und Geschäftsleuten. Nach dem russischen Mediengesetz müssen bezahlte Artikel in den Medien als Werbung kenntlich gemacht werden. Dies geschieht jedoch nur selten. Die Journalistikdozentin Tretjakowa sieht darin gar den »Sündenfall« der Journalisten. »Das zerstört den Journalismus, denn die Unterscheidung zwischen Journalismus und PR wird verwischt«, sagt sie. Einerseits leide die Glaubwürdigkeit der Journalisten und der Medien. Andererseits hat das Phänomen der Image-Werbung nach Einschätzung des Herausgebers Lipnizki dazu geführt, dass Unternehmer eine Berichterstattung nur noch dann wünschen, wenn sie vorher dafür bezahlt haben. So erinnert sich Lipnizki an den wütenden Anruf der Pressesprecherin des lokalen Zellulosewerks, nachdem er deren frei zugängliche Geschäftszahlen veröffentlicht hatte. »Sie wollte mir erklären, dass ich dazu kein Recht habe«, erzählt Lipnizki. Da Lipnizki die Daten aus einem russlandweit veröffentlichten Agenturbericht genommen hatte, hatte das Werk jedoch keine Handhabe gegen ihn.

Netzwerke als Ausweg

Die zukünftige Entwicklung der regionalen Medien in Archangelsk hängt vor allem von drei Faktoren ab: Von der politischen Einflussnahme, der professionellen Qualität der journalistischen Arbeit und von der wirtschaftlichen Situation.

Keiner der befragten Journalisten erwartet, dass die Politik in den nächsten Jahren die Zügel gegenüber den Medien lockern wird. Gerade die Praxis der Informationsblockade gegenüber unabhängigen Medien durch die Pressesprecher hat sich in den vergangenen Jahren verschlimmert. Auch wird der Staat sich als aktiver »Medien-Unternehmer« in

Zukunft kaum zurückziehen, sagen die örtlichen Kollegen. »Einerseits fordern wir auf gemeinsamen Treffen immer, dass der Staat die Subventionierung der eigenen Medien einstellt. Andererseits würde das aber für viele regionale Zeitungen das sichere Ende bedeuten«, bringt Wjatscheslaw Bjelousow vom Journalistenverband das Dilemma auf den Punkt. Vor allem die Existenz der Kreiszeitungen (»Rajonki«) sei ohne staatliche Unterstützung undenkbar. Journalistik-Dozentin Tretjakowa vermutet sogar, dass – soweit es die finanzielle Situation erlaubt – die Bürgermeister und Gouverneure zukünftig eigene Fernsehkanäle eröffnen werden: »Es reicht ihnen nicht, über den staatlichen Fernsehsender Propaganda zu betreiben und in den Privatkanälen für Imagereklame zu bezahlen. Die regionale Macht will jetzt auch noch ihr eigenes Fernsehen haben«, ist ihre Prognose.

Ein grundsätzliches Problem ist die Vertrauenskrise zwischen Bevölkerung und Medien in Archangelsk. Die Medien werden allgemein als wenig glaubwürdig bezeichnet und Journalisten als »käuflich« angesehen. Die Medienberaterin Olga Golubzowa beklagt das »niedrige moralische Niveau« der regionalen Journalisten. »Die Zeitungen veröffentlichen Material, das bezahlt wird. Und das verbirgt auch niemand«, sagt sie. An der Journalistik-Fakultät von Archangelsk würden den Studenten zwar ethische journalistische Grundsätze beigebracht, aber angesichts der Realität auch wieder schnell vergessen. So berichtet Journalistik-Dozentin Tretjakowa von einer Diskussion mit einem Absolventen der Journalistik-Fakultät während der mündlichen Prüfung: »Er wollte mir weismachen, dass man einen Artikel, den man nach einem Interview mit einem Beamten geführt hat, diesem zeigen muss, auch wenn man nur seine Informationen verwendet hat.« Der Student hatte gerade ein Praktikum im staatlichen Fernsehkanal »Primorje TV« durchlaufen. »Dort ist ihm das wohl so beigebracht worden«, schlussfolgert Tretjakowa. Dabei ist die Einkommenslage der Journalisten im Vergleich zu den Gehältern anderer Berufsgruppen nicht so dramatisch, dass sie gezwungen wären, ständig Kompromisse zu schließen. Anfänger verdienen 10.000 bis 15.000 Rubel (230 bis 350 Euro) und liegen damit im regionalen Lohn-Durchschnitt. Zum Vergleich: Ein Lehrer verdient in der Region nur 8000 Rubel (190 Euro).

Die Krise auf dem Werbemarkt hat dagegen seit Ende 2008 schon mehrere Zeitungen dazu gezwungen, in größeren Holdings aufzugehen oder verkauft zu werden. Besonders im Fall der »Prawda Sewera« hat sich gezeigt, dass das bisherige – nach der Perestroika entstandene – Modell, in dem die Zeitung den einzelnen Redakteuren anteilig gehörte, sich in Krisenzeiten als untauglich erwies.

Wjatscheslaw Bjelousow vom Journalistenverband sieht das Grundproblem dieser aus der Sowjetunion hervorgegangenen Zeitungen darin, dass es sich bei den Chefredakteuren noch um »Sowjetmenschen« handele. »Sie müssen gleichzeitig die Funktionen eines Direktors erfüllen – obwohl sie von Finanzen keine Ahnung haben«, sagt Bjelousow. An den Besitzstrukturen der unabhängigen Zeitungen »Wetscherni Sewerodwinsk« und »Business-Class« hat sich bisher nichts geändert: Sie gehören jeweils zu größeren Verlagen, die es den Redaktionen für eine gewisse Zeit erlauben, Verluste einzufahren. Besonders unter den schwierigen Bedingungen eines dünn besiedelten Gebietes wie Archangelsk sind Geschäftsmodelle wie das von Wjatscheslaw Bjelousow und Alexej Lipnizki wohl erfolgversprechender.

Wie schon erwähnt, ist das Gebiet Archangelsk eng mit Murmansk, St. Petersburg und Skandinavien vernetzt. Das gilt auch für die Journalisten-Organisationen. Eine wichtige Rolle spielt hier die Organisation »Barents Press International« (www.barentspress.org). Sie vereint seit 1995 Journalisten aus Russland, Finnland, Schweden und Norwegen und verfügt über ein Büro in Murmansk. Viele der befragten Journalisten haben an deren Medien-

Seminaren teilgenommen und äußern sich sehr positiv über die Organisation. Allerdings ist vieles von dem, was die russischen Journalisten in anderen Ländern lernen, für sie unter den örtlichen Bedingungen häufig nicht umsetzbar, wie auch Tamara Owtschinnikowa von der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« bestätigt.

Dennoch lobt der Chefredakteur von »Business-Class« Lipnizki insbesondere die Paul-Klebnikov-Stiftung als »Inspirationsquelle«. Sie war nach der Ermordung des russischen Forbes-Chefredakteurs Paul Klebnikov im Sommer 2004 gegründet worden. Lipnizki und viele andere Journalisten aus Archangelsk haben auf Einladung der Stiftung an Journalistik-Seminaren in Moskau teilgenommen. Mehrere Journalisten waren auch Teilnehmer der Programme des »Clubs der regionalen Journalistik«, einem von Michail Chodorkowski finanzierten Netzwerk.

Derartige Initiativen für ausgewählte Journalisten, Chefredakteure und Herausgeber erweitern häufig den Blick für neue Möglichkeiten, unter den Bedingungen der gelenkten Demokratie in der russischen Provinz einen besseren Journalismus zu betreiben.

Autor: Moritz Gathmann

Die »Wahrheit des Nordwestens« in den Händen des Oligarchen Deripaska

»Sie erkennen mich an den Marihuana-Hosen«, sagt Ilja Asowski am Telefon. Und tatsächlich, zum Interview-Termin erscheint er in bunten Hosen mit Cannabis-Muster und Sandalen. Ein ungewöhnlicher Anblick in Archangelsk, dieser immer noch sehr sowjetischen Stadt im russischen Norden, in der selbst im kurzen Sommer das Thermometer kaum einmal über 20 Grad klettert. Man glaubt es kaum, dass dieser braungebrannte 40-jährige Mann zehn Jahre lang Nachrichtensprecher beim staatlichen Regionalfernsehen »Pomorje« gewesen ist.

Ebenso ungewöhnlich wie Asowskis Erscheinung ist die Zeitung »Prawda Sewero-Sapada« (»Wahrheit des Nordwestens«), deren Chefredakteur er seit 2004 ist. Regelmäßig legt er sich mit lokalen Politikern, der Verkehrspolizei, der Kirche an und wird dafür verklagt und verteufelt. Die Zeitung erinnert mit ihren Karikaturen und Comics und ihrem ironischen Ton eher an das deutsche Satiremagazin »Titanic« als an eine ernsthafte Tages- oder Wochenzeitung. Sie steht deshalb auch im starken Kontrast zu dem sonstigen seriös-konservativen Blätterwald von Archangelsk. Das Blatt ist jedoch seit seiner Entstehung gefürchtet.

Lange Jahre wurde es von »Basic Element« finanziert, der im Rohstoff-Geschäft engagierten Holding des weltweit bekannten Oligarchen Oleg Deripaska. Die Zeitung bemühte sich

mit allen Kräften, den lokalen Oligarchen und Duma-Abgeordneten Wladimir Kruptschak zu diskreditieren, der regionale Gegenspieler Deripaskas. Kruptschak war Teilhaber eines Zellulosewerks, das »Basic Element« nach Angaben lokaler Journalisten übernehmen wollte. Der Konflikt endete damit, dass Kruptschak in die Ukraine floh und Deripaska sich in das Zellulosewerk einkaufte.

Auf dem Höhepunkt dieses Konfliktes erschien Ende 2006 in der »Prawda Sewero-Sapada« unter Pseudonym ein Artikel, in dem behauptet wurde, Kruptschak habe dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko im Wahlkampf versprochen, für fünf Millionen Dollar ein Treffen mit dem damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin zu organisieren, dann aber stattdessen das Geld unterschlagen. Asowski erklärte später öffentlich, der Artikel habe nicht von ihm gestammt, sondern sei von »Basic Element« »bestellt« worden. Dennoch verklagte Kruptschak den Journalisten wegen Verleumdung und Asowski landete für vier Monate in Untersuchungshaft.

Viele regionale Journalistenkollegen verachten Asowski aufgrund seines journalistischen Selbstverständnisses und werfen ihm vor, er verlange von Politikern und Geschäftsleuten Geld dafür, damit bestimmte diskreditierende Artikel nicht erscheinen. 2008 forderte ein in einem Artikel von Asowski beleidigter Schriftsteller den Journalisten zu einem Boxduell heraus. Zwei Jahre zuvor wurde der Journalist in seinem Hauseingang von Unbekannten überfallen.

Heute erscheint sein Blatt nur noch mit einer Auflage von 6000 Exemplaren und wird verkauft. Zu Zeiten des Konflikts mit Kruptschak wurde es in einer dreimal so hohen Auflage kostenlos verteilt. Seit Deripaska im Zuge der Wirtschaftskrise vor dem Ruin steht, fließt auch für die Zeitung das Geld aus Moskau nicht mehr.

Die lokalen Politiker fürchten die »Prawda Sewero-Sapada« trotzdem. Asowski erzählt, dass die lokalen Machtorgane immer wieder versucht hätten, ihn »anzufüttern«: Das heißt, er sollte beispielsweise Direktor der zentralen Pressestelle des Gebiets werden. Sogar der Posten eines Vizegouverneurs sei ihm angeboten worden. Er habe aber dankend abgelehnt.

Autor: Moritz Gathmann



Weit weg von Moskau

Der Ferne Osten trägt seinen Namen völlig zu Recht – zumindest aus Moskauer Sicht. Exakt 9288 Eisenbahnkilometer entfernt vom Zentrum der russischen Macht liegt Wladiwostok, die Gebietshauptstadt des »Primorski Kraj«. Neuneinhalb Stunden dauert der Langstreckenflug in die Stadt am Ufer des Pazifiks, sieben Zeitzonen lässt der Besucher dabei hinter sich. Wenn die Wladiwostoker zu Mittag essen, gehen die Moskauer schon langsam zu Bett. Vermutlich ist die gewaltige Entfernung der wichtigste Grund dafür, dass die Moskauer Zentralregierung kalt erwischt wurde, als es am 14. Dezember 2008 in Wladiwostok überraschend zu massiven Protesten mit rund 3000 Teilnehmern kam. Autohändler, die vom Import japanischer und koreanischer Gebrauchtwagen leben, demonstrierten gegen die Erhöhung der Zolltarife, blockierten zahlreiche Straßen und beinahe auch den Flughafen. Die erste Protestkundgebung blieb weitgehend ruhig, eine Woche später nahm die Polizei 200 Demonstranten fest. Anti-Terror-Truppen des Innenministeriums verprügelten Teilnehmer des Protestmarsches und Journalisten.

Es gärt gewaltig in der fernöstlichen Gesellschaft, am letzten Zipfel Russlands. Die Region mit ihren zwei Millionen Einwohnern leidet unter einer massiven Abwanderung in die zentralrussischen Ballungsräume, die Bewohner fühlen sich von der Regierung im fernen Moskau im Stich gelassen. Zwischen den Mächtigsten vor Ort – allesamt Geschäftsleute – toben Macht- und Verteilungskonflikte, so dass viele in der Bevölkerung die regionale politische Klasse als korrupt und selbstorientiert wahrnehmen. Aber diese Missstände finden in den regionalen Medien kaum Widerhall. So wurde zwar über die Proteste der Auto-Importeure in Moskauer Medien berichtet. Vor Ort wurden die Vorfälle dagegen weitgehend totgeschwiegen oder einseitig dargestellt. Verantwortlich dafür ist ein ausgeklügeltes System wirtschaftlicher Abhängigkeit. Es führt dazu, dass kriti-

sche Berichterstattung kaum oder gar nicht stattfindet, weil sich viele Journalisten im Mediensystem der Region »Primorje« (auf Deutsch: »am Meer«) in die Hofberichterstattung flüchten, um ihren Job zu behalten und die Karriere voranzutreiben. Denn linientreue Berichterstattung ist das, was Verleger und die politisch Mächtigen der Region von ihren Journalisten erwarten.

Seilschaften in Fernost – die politische Lage

Wie fast überall in Russland gibt es im »Primorski«-Bezirk nur eine einzige parteipolitisch einflussreiche Kraft – »Einiges Russland« (ER). Die Kreml-Partei kam bei den Bezirkswahlen im Oktober 2006 auf 48 Prozent der Stimmen, was im landesweiten Vergleich verhältnismäßig dürftig ist. Nichtsdestotrotz kontrolliert »ER« die Gesetzgebende Versammlung in »Primorje« mit absoluter Mehrheit, denn zahlreiche Splitterparteien scheiterten an der Sieben-Prozent-Hürde oder schlossen sich bei der Parlamentsbildung den »Einheitsrussen« an. Wer politisch etwas zu sagen hat – sei es im Stadt- oder Bezirksparlament, in der Stadtverwaltung oder den Ministerien –, hat das Parteibuch von Russlands »Partei der Macht« oder gilt als den »Einheitsrussen« nahe stehend. Das trifft auf Igor Puschkarjow, den Bürgermeister von Wladiwostok, ebenso zu wie auf Gouverneur der Region Sergej Darkin.

Hört man sich in der Bevölkerung über den Gouverneur um, wird schnell der Vorwurf laut, er sei ein ehemaliger »Bandit«. Insbesondere ein Bericht des Fernsehjournalisten Andrej Karaulow vom Moskauer Sender »TV Zentr« stützt diese Spekulationen: Im Jahr 2002 versuchte er nachzuweisen, dass Darkin während der Neunziger Jahre als Teil der so genannten »Braulow-Brigade« in Fälle von Schutzgelderpressung verwickelt war. Damit griff er Gerüchte auf, die in der Bevölkerung schon seit Jahren kursieren – ohne ihm Straftaten stichhaltig nachweisen zu können.

Die beiden Lokalregenten sind neben ihrer politischen Tätigkeit auch wirtschaftlich gut abgesichert. Der Bürgermeister Puschkarjow ist Besitzer einer großen Zementfabrik und mehrerer kleinerer Betriebe. Der Gouverneur Darkin besitzt die Firma »Rolis«, den zweitgrößten Fischverarbeitungsbetrieb von Wladiwostok. Politisch gilt Darkin in der politischen Elite von Wladiwostok als angeschlagen, seit im Mai 2008 maskierte Spezialeinheiten des Innenministeriums auf Befehl des Moskauer Innenministeriums sein Büro stürmten und den Safe beschlagnahmten. Bis zum Einsatz der Moskauer Spezialtruppen hatte der amtierende Gouverneur

indes eine stattliche lokale Machtbasis. Jedenfalls schaffte er es, den früheren Bürgermeister und Parteifreund Wladimir Nikolajew mit Hilfe eines Korruptionsverfahrens aus dem Amt zu heben. Im Primorje Gebiet kommen beinahe jeden Monat derartige Korruptionsfälle ans Licht, ohne dass sie für Schlagzeilen sorgen.

Nur wenige Journalisten haben den Mut über solche Bestechungsfälle zu berichten. Einflussreiche Medien greifen solche Skandale dagegen erst auf, wenn der Verdacht von offizieller Seite bestätigt wurde. Das mag zum Teil begründen, weshalb die Wahlbeteiligung im Fernen Osten unter dem Landesdurchschnitt von 40 Prozent liegt. Lediglich 35 Prozent der Berechtigten machten bei den Wahlen zur Bezirksversammlung im Oktober 2006 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wähler scheinen enttäuscht und resigniert zu sein.

Reiche Medienlandschaft in Wladiwostok

Für eine Stadt mit 600.000 Einwohnern hält Wladiwostok ein bemerkenswert reichhaltiges Medienangebot bereit. Allein in den städtischen Kiosken finden sich zwei Dutzend Tages- und Wochenzeitungen, fast ebenso viele Zeitschriften, die ausschließlich in der Fernost-Region verlegt werden. Und selbst in kleineren Provinzstädten wie Nachodka (170.000 Einwohner), Ussurijsk (155.000) oder Artjom (102.000) sind eigene Zeitungen in Verbreitung, die auch in Krisenzeiten bislang überleben. Das Fernsehprogramm für die weitläufige Zwei-Millionen-Einwohner-Provinz, die mit knapp 170.000 Quadratkilometern fast halb so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, kommt allerdings überwiegend aus der Hauptstadt Moskau. Lediglich der »Privatsender OTW« berichtet von lokalen Ereignissen. Auch das Radioangebot stammt fast ausschließlich aus Moskau und wird mit lokalen Nachrichten nur etwas angereichert. Darüber hinaus gibt es ein halbes Dutzend Online-Dienste und Agenturen, die örtliche Print- und Fernsehjournalisten mit Nachrichten versorgen.

Abhängig vom Staatsbudget – die Printmedien

Mit einer Auflage von täglich bis zu 50.000 Exemplaren war »Wladiwostok« noch im Jahr 2007 die größte und bis dahin einflussreichste Tageszeitung des Fernen Ostens. Bis Anfang 2008 galt sie als unabhängig, ehe der heute amtierende Bürgermeister Igor Puschkarjow die Mehrheit der Anteile übernahm – und inhaltlich das Ruder herumriss. Seither verliert das Blatt kontinuierlich an Auflage, heute liegt sie nur noch bei 13.000 Stück am Tag. Auf sieben redaktionellen Seiten und einer Seite für Kleinanzeigen finden sich keine Analysen und Kommen-

tare, sondern kritikfreie über Parlamentsdebatten – und jede Menge unterhaltsamer Artikel, beispielsweise über einen Oldtimer-Sammler, mit dem die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 25. Juni 2009 aufmachte.

Mehr Tiefe beweist dagegen die Dienstags und Donnerstags erscheinende Zeitung »Solotoj Rog«, die mit jeweils rund 7.000 verkauften Exemplaren ebenfalls einen Platz unter den führenden Publikationen hält. Sie widmet sich vor allem Wirtschaftsthemen wie der Sanierung des örtlichen Elektrizitätswerks, dem Arbeitskräftemangel oder der Hochschulausbildung. Deshalb kann die Zeitung auch in der Finanzkrise noch relativ viele Anzeigen drucken. Neben diesen regionalen Tageszeitungen sind überregionale Blätter wie die »Iswestija« und die »Komsomolskaja Prawda« (KP) mit eigenständigen Regionalausgaben vor Ort präsent. Die Boulevardzeitung KP verkauft täglich über 10.000 Exemplare, die kremeltreue »Iswestija« kommt immerhin auf 2.500 Stück in der Region.

Noch vielfältiger ist das Angebot an Wochenzeitungen. Das führende Blatt heißt »Millionka«. Die dünne Zeitung mit einer Auflage von 60.000 Stück wurde nach dem früheren Problemviertel von Wladiwostok benannt und greift vor allem seichte Themen aus dem Stadtleben auf. Herausgeber ist die private Mediengruppe »Bisnes Kejs« (»Business Case«), die auch einen Teil der überregionalen Publikationen wie die Lokalausgabe der »Iswestija« veröffentlicht. Die wöchentliche Ausgabe der »KP« ist mit 52.500 verkauften Exemplaren ebenso populär wie das Moskauer Wochenmagazin »Argumenti i Fakti«, das sich neben dem Mantelteil drei bis vier Lokalseiten leistet

Beim Blick in den Blätterwald fällt auf, dass in Wladiwostok fast alle Tages- und Wochenzeitungen außer überregionaler Blätter wie »Iswestija« im Tabloid-Format erscheinen. Die örtlichen Druckereien haben sich inzwischen darauf spezialisiert. Die Zeitung »Wladiwostok«, die mehrheitlich dem Bürgermeister gehört, verzichtet dabei gänzlich auf Farbe, die übrigen Blätter halten lediglich die Titelseiten bunt. Die Tatsache, dass auch große Zeitungen wie »Millionka« und »Wladiwostok« nur acht Seiten umfassen, die weitgehend anzeigenfrei sind, deutet massive Anzeigeneinbrüche infolge der Werbekrise an.

Eine der wenigen kritischen Zeitungen im Fernost-Bezirk, das Wochenblatt »Arsenjewskie Westi«, erreicht eine Auflage von 13.000 Exemplaren pro Woche. Die Gründerin und Herausgeberin Irina Grebnjowa nennt ihre privatwirtschaftlich geführte Publikation schon auf dem Titelblatt eine »Zeitung zur Verteidigung der Rechte und Freiheiten der

Staatsbürger«. In jeder Ausgabe finden sich Artikel, die der Zeitung das Attribut »oppositionell« verleihen – insbesondere jene, die unter der Feder der politischen Korrespondentin Marina Sawadskaja entstanden sind. So druckte das Blatt in Ausgabe 26/2009 eine Karikatur ab, die den Zollchef Ernest Bachschezjan zeigte, wie er von Ministerpräsident Wladimir Putin in Fesseln gelegt wird. In der Woche zuvor hatte ein Gericht in Wladiwostok diesen Zollgeneral wegen Korruption zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Im Februar 2009 hatte es einen Brand in den Redaktionsräumen gegeben. Ob es sich dabei um Brandstiftung handelt, ist bis heute unklar. Aus finanziellen Gründen hat die Zeitung die brandgeschädigten Räume auch im Sommer 2009 noch nicht wieder beziehen können. Trotzdem schafft es die Herausgeberin nach eigenen Angaben bislang, ihre Zeitung ohne einen »Werbevertrag« mit staatlichen Institutionen über Wasser zu halten. Das Blatt lebt vor allem von Kleinanzeigen, Kulturannoncen und Spendengeldern privater Förderer. In der Kleinstadt Arsenjew (58.000 Einwohner), die etwa 300 Kilometer nördlich von Wladiwostok liegt, wird auch das Wirtschaftsblatt »Bisnes-Ars« herausgegeben, das als einziges Blatt im fernöstlichen Bezirk der »Allianz unabhängiger Regionalzeitungen« (ANRI) angehört, einem Verein, der die unabhängigen Zeitungen in Russland kategorisiert. Die Zeitung erscheint wöchentlich mit einer Auflage von rund 12.000 Stück und gilt als unabhängig von lokalen oder kommerziellen Financiers.

Von solchen Ausnahmen abgesehen können die Regionalzeitungen im Bezirk – insbesondere in der Hauptstadt Wladiwostok – keineswegs als unabhängig gelten. Zwar ist die große Mehrheit der Tageszeitungen in privater Hand, doch fast alle größeren Zeitungen sind von jemandem politisch oder finanziell abhängig, was eine kritische Berichterstattung erschwert. Vor allem die Bezirks- oder Stadtverwaltung kauft Berichte mit Budgetgeldern und stellt auf diese Weise, vor allem in anzeigenschwachen Zeiten, einen Großteil der Einnahmen bereit. Die Herausgeber mischen sich außerdem stark in das redaktionelle Tagesgeschäft ein, vor allem um unliebsame Berichte über ihre politischen Günstlinge zu verhindern.

Unter staatlicher Kontrolle – die Fernsehmedien

Der einzige lokale Fernsehsender im Wladiwostoker Gebiet gehört zur Gruppe OTW (»Obschestwennoje Telewidenie Primorja« / Öffentliches Fernsehen Fernost). Die Rundfunkanstalt wurde 1998 unter der Regie des damaligen Gouverneurs gegründet, um in der Region neben den Programmen der Mos-

kauer Sender ein eigenständiges Lokalprogramm aufzubauen. Der Sender wurde im Sommer erneut verstaatlicht, nachdem er zwischenzeitlich privatisiert worden war. Seither hält nach offiziellen Angaben die Gouverneursverwaltung die Aktienmehrheit des Medienunternehmens. Die OTW-Ressortleiterin für Buntes, Galina Katschimskaja, schätzt, dass die Behörde etwa 50 Prozent des jährlichen Budgets finanziert. Sie befürwortet die erneute Verstaatlichung, weil der Sender seither wieder pünktlich die Gehälter an die Beschäftigten auszahlt. Dessen ungeachtet fällt das Programm verhältnismäßig »staatsnah« aus: Der Sender zeigt mit Vorliebe Beiträge über die erfolgreichen Abschlussjahrgänge der Universität, berichtet aus Parlamentsdebatten oder über Bauvorhaben des Gouverneurs. Über die Proteste der Auto-Importeure berichtete Katschimskaja vor allem in der Weise, dass sie die im Stau wartenden Autofahrer zu Wort kommen ließ.

Mit einer großen Lokalredaktion ist der Fernsehkanal »Rossija« vertreten, der zur PTR-Gruppe gehört (»Primorskoje Telewidenie i Radio«). Das lokale Medienunternehmen ist Teil der staatlichen russischen Fernseh- und Radioübertragungsgesellschaft GTRK. In Wladiwostok gestalten über 20 Fernsehreporter ein eigenes Lokalprogramm, das mit den überregionalen Nachrichten aus Moskau kombiniert wird. Die überregionalen privaten Fernsehstationen wie »NTW« oder »Rent-TV« bearbeiten Wladiwostok mit freien und festen Korrespondenten, die meist aus Moskau eingeflogen werden.

Nur zur Unterhaltung – die Radiosender

Wie im Fernsehsektor wird auch das Radioprogramm überwiegend von Moskau aus gesteuert. Anders als die Fernsehprogramme gelten die Radioangebote der staatlichen PTR-Gruppe jedoch als wenig populär. Wer in Wladiwostok das Radiogerät einschaltet, hört überwiegend »Ruskoje Radio« oder »Awtoradio« – große überregionale Sender, die redaktionelle Beiträge zumal aus den Regionen relativ schmal halten. Als Informationsquelle spielen Radiosender gegenüber Fernsehen und Zeitungen eine untergeordnete Rolle.

Zu den wenigen privaten Info-Radios zählt der Sender »Radio Lemma«, der sich auf politische und wirtschaftliche Berichte aus der Region konzentriert. Dies allerdings relativ staatsnah, da der Eigentümer für die Putin-Partei »Einiges Russland« im russischen Parlament sitzt. Als wesentlich populärer gilt im Wladiwostoker Gebiet der Sender »WBC«, der wie die großen russischen Stationen »seichte Unterhaltung« der Radiohörer sendet und Nachrichten relativ kurz hält. Selbstrecherchierte Radiobeiträge finden bei »WBC« im Unterschied zu

»Lemma« und den PTR-Programmen selten statt – dafür sind die Einschaltquoten deutlich höher als die der Info-Sender.

Aktuelles auf Bestellung – Online-Medien und Agenturen

Nennenswerte nachrichtliche Online-Angebote gibt es im Fernen Osten Russlands erst seit 2003. Damals wurde »Primamedia« gegründet, dessen Online-Nachrichtenangebot kostenlos in Tages- und Wochenzeitungen abgedruckt wird. Bis dahin beherrschten die großen russischen Nachrichtenagenturen »Interfax« und »RIA Nowosti« den Agenturmarkt landesweit. Der schnelle Erfolg des Internet-Portals von »Primamedia« (www.primamedia.ru) führte zum Aufbau weiterer Online-Dienste wie »Wostokmedia« (www.vostokmedia.ru), »Deita« (www.deita.ru), sowie des Internet-Dienstes der staatlichen Fernsehgruppe »PTR« (www.ptr-vlad.ru). Allerdings finanzieren sich alle genannten Internet-Angebote über die Einnahmen ausschließlich über Banner-Werbung und bestellte Beiträge von Unternehmen und politischen Institutionen.

Da die redaktionelle Weiterverwertung von Online-Nachrichten im Fernen Osten kostenlos erfolgt, gewinnt in Krisenzeiten die zweite Einnahmequelle der Medien an Bedeutung: Die Informationspartnerschaft – im Klartext: die »bestellten« Artikel von Gouverneurs- und Rathausverwaltung oder privaten Unternehmen. Bei »Primamedia«, dem Online-Marktführer im Gebiet Wladiwostok, sicherten die Werbeeinnahmen aus den Töpfen von Stadt- und Gouverneursverwaltung im Sommer 2008 nach Auskunft des Chefredakteurs Alexander Sawitzki deutlich mehr als 50 Prozent der Einnahmen. Ansonsten finanzierte sich die Agentur durch Einnahmen aus Banner-Werbung. Letztere habe früher bis zu drei Viertel der Einnahmen erbracht, berichtet Sawitzki, durch die Werbekrise spielten aber die von staatlichen Institutionen eine immer größere Rolle. Trotzdem beteuert der Chefredakteur, dass er »auf Bestellung« nur politische Artikel veröffentliche, keine Schleichwerbung für Unternehmen.

Unter Druck – wie Staat und Wirtschaft die Medieninhalte bestimmen

Die Mächtigen aus Politik und Wirtschaft üben Druck auf Journalisten aus, aber es gibt keine Repression« – so bringt Natalja Scheldak von der Boulevardzeitung »Komsomolskaja Prawda« (KP) die Situation der Pressefreiheit im Fernen Osten auf den Punkt. Fälle physischer Gewalt gegen Journalisten hat es zwar in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben, doch Übergriffe wurden seltener – jedenfalls bis zu den blutigen Protesten im Dezember in

Wladiwostok. Die Kontrolle der Medien funktioniert nach einem subtilen System, dem sich auch die KP-Regionalchefin Scheldak einzuordnen hat, wenn sie über die Skandale und Skandälchen in Fernost berichtet. Das Kontrollsystem – bestehend aus gezielt geschaffenen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, politischem Druck und Selbstzensur – soll nachfolgend ausführlich beschrieben werden.

Staatsorgane schaffen finanzielle Abhängigkeiten

Als wichtigste Instrumente, mit denen die Medien an der kurzen Leine gehalten werden, dienen ein regionales Gesetz und die »Informationspartnerschaft« im Primorski Kraj. Allein im Haushalt des Gouverneurs waren im zweiten Quartal 2008 rund sieben Millionen Rubel (ca. 163.000 Euro) veranschlagt, um die gesetzlich festgeschriebenen »Leistungen« zu finanzieren. In der Praxis läuft das folgendermaßen ab: Die Presseabteilung der regionalen Administration schließt mit den Chefredakteuren einen Vertrag. Darin verpflichtet sich der Redaktionschef, dass sein Medium jeden Monat eine bestimmte Anzahl »bestellter« Artikel oder Nachrichtenstücke veröffentlicht. Zwar schreiben die Mitarbeiter des Gouverneurs die redaktionellen Beiträge nicht selbst. Doch vom einzelnen Journalisten wird erwartet, dass die staatliche Institution positiv dargestellt und auf jegliche Kritik verzichtet wird. Die Themen geben Mitarbeiter der Pressestelle vor, beispielsweise Erfolge beim Straßenbau, die Eröffnung eines Kindergartens oder die Sanierung des Abwassersystems.

Diese vertraglich fixierte Hofberichterstattung im Rahmen der »Informationspartnerschaft« wird angesichts der krisenbedingten Werbeflaute zu einer immer wichtigeren Einnahmequelle der Medien: »Primamedia«, die führende Nachrichtenagentur der Region, finanziert inzwischen etwa die Hälfte ihres Budgets über Mittel aus der Informationspartnerschaft. »Wir haben mit staatlichen Strukturen überhaupt nichts zu tun«, behauptet zwar der Chefredakteur, Alexander Sawitzki. Bis August 2008 arbeitete er allerdings selbst als politischer Berater für einen Vize-Gouverneur. So ist der Marktführer im Online-Geschäft zwar vollständig in privater Hand, hängt aber dennoch finanziell am Tropf staatlicher Institutionen. Sawitzki kommentiert das so: »Wenn der Herausgeber irgendeiner großen Zeitung behauptet, dass er auf Werbeverträge mit dem Staat verzichten kann, glaube ich ihm kein Wort.«

Eigentümer beschneiden Gestaltungsfreiheit

Die Beeinflussung der Fernsehprogramme durch staatliche Eigentümer gehört in »Primorje« zum All-

tag. Wer über gute Kontakte verfügt, kann in den Programmen positive oder negative Nachrichten lancieren – oder kritische Berichterstattung ganz verhindern. Gleiches gilt für einen Großteil der führenden Printmedien, augenfälligstes Beispiel ist die führende Tageszeitung »Wladiwostok«, zu deren Eigentümern bis Herbst 2007 neben dem Generaldirektor und privaten Investoren auch die »Berufsassoziation der Journalisten im Fernost-Bezirk« gehörte.

»Nach der Privatisierung vor 20 Jahren hatten wir die Eigentumsverhältnisse so verteilt, dass niemand die Kontrolle übernehmen kann«, erinnert sich der ehemalige Chefredakteur Sergej Bulach an die Zeit, da sein Ex-Verlag noch unabhängig war. Doch dann verkaufte der Generaldirektor sein 20-Prozent-Paket an den Fabrikanten und heutigen Bürgermeister Igor Puschkarjow. Er hatte den Journalistenverband damit überzeugt, dass er versprach, das angeschlagene Qualitätsblatt zu retten. Doch diese Versprechungen galten nicht mehr, nachdem Puschkarjow im Mai 2008 zum Bürgermeister gewählt worden war. Er krepelte die Redaktion gründlich um. Plötzlich gab es klare Tabu-Themen, beispielsweise die Korruptionsaffäre des Vize-Gouverneurs Alexander Schischkin, eines Datschennachbarn des Bürgermeisters. Der neue Inhaber ließ Chefredakteur Sergej Bulach wissen, dass darüber nicht berichtet werden sollte, erinnert sich der Journalist. Als das Blatt dennoch über die Affäre schrieb, wurde der Chefredakteur im September 2008 gekündigt.

Die größte Tageszeitung der Region enthielt sich fortan deutlicher Kritik am Bürgermeister, dessen Verwaltung oder seine Partei »Einiges Russland«. Die Redakteure schwenkten aber nicht freiwillig auf die Linie des Bürgermeisters ein, sagt Bulach, weswegen es zu Entlassungen kam: »Zunächst wurden alle Schlüsselpositionen neu besetzt, schließlich mussten auch einfache Redakteure gehen«, erinnert sich Sergej Bulach an die Wochen nach seinem Rausschmiss. »Das war die totale Säuberung«, sagt er heute. Inzwischen schreibt der früher einflussreiche Journalist keine Beiträge mehr, sondern konzentriert sich auf seine Stelle als Privatdozent an der Journalistischen Fakultät der Universität Fernost und die ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender des Berufsverbands der Journalisten.

Die Moskauer Zentrale erteilt Anweisungen

Journalisten wagen es nur selten, sich über Anweisungen aus Moskau hinwegzusetzen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Personalpolitik und die Finanzierung der fernöstlichen Lokalausgaben überregionaler Fernsehsender, Radiostationen

und Printmedien von den Vorgesetzten in der Hauptstadt abhängen. Es zeigt sich, dass die Zentralredaktionen auch inhaltlich starken Einfluss nehmen. Die Wladiwostoker Regionalchefin der »Komsomolskaja Prawda«, Natalja Scheldak, beschreibt das Problem so: »Vor Ort dürfen wir Bürgermeister und Gouverneur kritisieren, aber auf keinen Fall den Kreml oder die Regierung in Moskau.« Diese relative Autonomie für die Berichterstattung aus den Regionen zeigte sich während der Proteste der Autoimporteure darin, dass sich Scheldak zunächst beim Moskauer Chefredakteur der »Komsomolskaja Prawda«, Wladimir Sungorkin, – einem gebürtigen Wladiwostoker – rückversicherte. »Ihr könnt darüber berichten«, hatte der Chefredakteur der Korrespondentin mit auf den Weg gegeben, »aber bitte ganz vorsichtig und nur bei euch.«

Die lokalen Reporter widmeten sich den Demonstrationen mit einer Reihe von emotionalen Berichten und starken Fotostrecken. Sie berichteten über Angriffe auf einen japanischen Korrespondenten und Verletzungen bei Demonstranten. Sie stellten die Gründe für die Demonstrationen dar und brachten die aggressive Atmosphäre am Versammlungsort zum Ausdruck, indem ein Beamten der Spezialpolizei OMON mit seinem Urteil über die Demonstranten folgendermaßen zitiert wurde: »Ihr seid keine Menschen, sondern Schweine.«

Die Proteste im Dezember 2008 verdeutlichen exemplarisch die Situation der Pressefreiheit in der Region. Internationale Medien berichteten darüber, dass zur zweiten Demonstration die Elitepolizisten der Einheit des Innenministeriums OMON aus Zentralrussland nach Wladiwostok geflogen waren. Ihr Auftrag war es, die Proteste sofort aufzulösen. Dabei kam es auch zu gewalttätigen Übergriffen auf Demonstranten und Journalisten, zu denen sich der örtliche Journalistenverbands in einer Stellungnahme äußerte. In diesem Dokument, das der Vorsitzende Sergej Bulach an die politischen Organe, den Gouverneur und die Staatsanwaltschaft des fernöstlichen Bezirks weiterleitete, wurden die Namen von Journalisten genannt, die bei der Kundgebung von Polizisten verletzt wurden. Diese Handlungen »verletzen die in der russischen Verfassung garantierten Menschenrechte«, heißt es in dem Dokument. »Wir protestieren entschieden gegen diese schwere Verletzung der Verfassung, gegen die Anwendung von Gewalt gegenüber Journalisten, die lediglich ihren professionellen Pflichten nachgekommen sind.«

Auch wenn der offene Brief gegen die gewalttätige Polizeiaktion unbeantwortet blieb – Bulach hat dem Berufsstand der Journalisten wieder eine öffentliche Stimme gegen den allmächtigen Staat verliehen.

Die Journalisten der Region mögen aus allerlei Sachzwängen heraus kontrollierbar geworden sein, doch völlig mundtot sind nicht alle.

Gewalt gegen Journalisten

Nach Einschätzung von Sergej Bulach, dem Vorsitzenden des Berufsverbands der Journalisten im Fernen Osten, waren die Angriffe während der Autoimport-Proteste seit langer Zeit die ersten Fälle von physischer Gewalt gegen Journalisten in der Region. Zuletzt war am 4. Januar 2009 der Fernsehmoderator Konstantin Borowski, 25, tot aufgefunden worden. Er moderierte im benachbarten Gebiet Wladiwostok eine Morgensendung des Privatsenders Gubernija. Die Staatsanwaltschaft vermutete, dass er Opfer eines Raubüberfalls wurde. Die Leiterin des Regionalsenders, Inna Perechschewa, bestätigte diesen Verdacht: Borowski habe über keinerlei »sensible Themen« berichtet, die ein Mordmotiv hätten sein können. In Wladiwostok habe er sich aufgehalten, um an der Universität seine Abschlussprüfungen vorzubereiten.

Am 20. März 2004 war der 55-jährige Journalist Farit Urasbajew in der Nähe seines Hauses tot aufgefunden worden. Er hatte als Kameramann für die staatliche Fernsehanstalt GTRK in Wladiwostok gearbeitet. Der Mörder des Journalisten wurde nie gefasst. Die Wirtschaftszeitung »Solotoj Rog« berichtete am 20. April 2004, der Kollege habe unmittelbar vor seiner Ermordung mit mehreren Führungskräften des Senders in Konflikt gelegen, nachdem er seinen Wechsel zum örtlichen Korrespondentenbüro des russischen Privatsenders TNT bekannt gegeben hatte. Der Mörder von Farit Urasbajew konnte nicht gefasst werden.

Zwei Jahre zuvor, am 22. Juni 2002, wurde der Gründer und Inhaber der privaten Rundfunkstation »Neue Welle« (»Nowaja Wolnja«) bei einem Sprengstoffanschlag an seinem Hauseingang getötet. Für das Attentat wurden später vier Männer zu lebenslanger Haft verurteilt, die als Auftragskiller gearbeitet haben sollen. Wer die Hintermänner der Tat waren, konnte allerdings nie geklärt werden. Es wird vermutet, dass der Mord in Zusammenhang mit der kritischen Berichterstattung des damals freien Radiosenders stand. Traurig, dass dieses Ziel offenkundig erreicht wurde: Nach dem Tod des Inhabers der »Neuen Welle« wurde das Funkhaus mit dem landesweit verbreiteten Sender »Ewropa Plus« fusioniert, der mehr Musik und weniger Nachrichten verspricht.

Häufig wurden Journalisten in den vergangenen Jahren Opfer von Prügelattacken. Den traurigen Höhepunkt markierten die bereits angesprochenen Proteste der Autoimporteure, in deren Verlauf ein

Dutzend in- und ausländischer Journalisten von Spezialtruppen des Moskauer Innenministeriums angegriffen wurden. Zuvor war am 28. Februar 2003 die Lokaljournalistin Marina Popowa von Unbekannten verprügelt worden – ein Fall, der auch in internationalen Medien Aufsehen erregte, da sie zuvor einen Artikel über Prostitution in Wladiwostok veröffentlicht hatte. Darin publizierte sie Informationen eines illegalen Zuhälterrings, der von Polizeiangehörigen gedeckt wurde.

Im Visier der Justiz

Immer wieder standen Journalisten in den vergangenen Jahren wegen ihrer kritischen Berichterstattung vor Gericht. Der bekannteste Fall ist der des Militärexperthen und ehemaligen Marineoffiziers Grigori Pasko, der in Wladiwostok Fälle von Nuklearwaffenhandel und illegaler Atommüllentsorgung bei den Seestreitkräften aufdeckte. Die Berichte erschienen im Jahr 1997 in der Militärzeitung »Wojennaja Wachta« und in japanischen Zeitungen. Wegen Geheimnisverrats saß er ab dem 20. November 1997 zwanzig Monate in Untersuchungshaft. 1999 wurde er zu einer dreijährigen Haftstrafe wegen Amtsmissbrauchs verurteilt, die er aber nicht antreten musste. Am 25. Dezember 2001 hob ein Moskauer Gericht das Urteil auf und verurteilte Pasko erneut zu drei Jahren Haft. Im Jahr 2003 wurde er vorzeitig entlassen. Inzwischen arbeitet Pasko wieder als Journalist, unter anderem für die regierungskritische »Nowaja Gazeta«.

Der Fall des Grigori Pasko hat weltweit für Aufsehen gesorgt. Doch auch fernab der Öffentlichkeit kommt es im Gebiet Wladiwostok zu Verurteilungen von Journalisten, die kritisch über politische Eliten berichteten. Zum Beispiel im Fall des eingangs erwähnten Kollegen Andrej Karaulow. Der Fernsehjournalist vom Moskauer Sender »TV Zentr« hatte im Jahr 2002 einen Bericht veröffentlicht, der Gouverneur Sergej Darkin mit Schutzgelderpressungen in den Neunziger Jahren in Verbindung brachte. Darkin klagte daraufhin gegen den Journalisten und gewann ein Zivilverfahren zur Wiederherstellung der persönlichen Ehre: Karaulow musste dem Gouverneur ein Schmerzensgeld von 300.000 Rubel zahlen (ca. 7000 Euro).

Ob solche Gerichtsverfahren mit milden Strafen enden wie im Falle Karaulows oder hart bestraft werden wie bei der Haftstrafe für Pasko – Urteile gegen Journalisten zeigen Wirkung: Sie zeigen den Angehörigen des gesamten Berufsstands der Region, dass auf allzu staatskritische Berichterstattung Strafen drohen.

Selbstzensur und Fremdkontrolle – Das Rollenverständnis der Journalisten in Fernost

Für kritische Journalisten liegen die Themen in Wladiwostok auf der Straße. Es häufen sich die Fälle von Selbstbereicherung und Korruption. Aber auch die soziale Schieflage, die durch die Erhöhung der Zollsätze auf Importautos entstanden. Schließlich verdiente ein Drittel der Wladiwostoker direkt oder indirekt am Import von Gebrauchtwagen aus Japan und Korea – ein Wirtschaftsmotor der Region, der nun ausfällt. Auch die enge Verquickung von Politik und Business sowie der Schwarzhandel an der Grenze zu China verdienen umfassende Berichterstattung. Doch nur wenige Journalisten greifen solch heikle Themen auf, recherchieren und schreiben darüber. Der Grund dafür sind die Angst vor dem Jobverlust oder Sanktionen durch die Herausgeber. Maria Schapowalowa des Privatsenders »Radio Lemma« packt nur dann heiße Eisen an, wenn sie von oben dazu einen Auftrag erhält. Sie berichtete aber in keinem einzigen Beitrag über die Proteste gegen die Importzollerhöhungen. »Das ist große Politik, da können wir sowieso nichts dran ändern«, sagt sie dazu. Auch Korruptionsfälle in der Region gehen bei ihr nicht auf Sendung. »Da würde sich ja das halbe Parlament beim Chef beschweren und meine Entlassung fordern.« Auch die vertragliche Verpflichtung zur Hofberichterstattung für Politik und Wirtschaft scheinen ihr selbstverständlich: »Wenn der Staat oder ein Ölkonzern wie Rosneft Geld dafür bezahlt, dann mache ich natürlich einen positiven Beitrag«, sagt sie. »Wenn ich darüber nicht berichte, übernimmt das ein Kollege und ich kann meine Karriere vergessen.«

Maria Schapowalowa ist damit typisch für viele Kollegen im Gebiet Fernost, die die redaktionelle Einflussnahme staatlicher und privatwirtschaftlicher Gruppen als gegeben hinnehmen. Für viele stehen solche Einschränkungen der Pressefreiheit in keinerlei Widerspruch zu ihrem eigenen beruflichen Ethos. Auch kritische Journalisten wie Alexej Petrow vom staatlichen Fernsehkanal »Rossija« beugen sich meistens den Weisungen von Zentralredaktion oder Verwaltungsorganen. Sie wissen, der einzelne Journalist ist leicht ersetzbar – zumal in Zeiten der Wirtschaftskrise. Bei fast allen Medien hat es bereits zahlreiche Entlassungen gegeben. Viele Journalistik-Absolventen der Universitäten verlängern derzeit lieber ihr Studium freiwillig um ein Jahr, um nicht ohne Beschäftigung dazustehen.

Dies zeigt auch das Beispiel der Zeitung »Wladiwostok«: Nach der finanziellen und inhaltlichen Übernahme der führenden Lokal-Tageszeitung durch Bürgermeister Puschkarjow wurden 74 von 76 Redakteuren entlassen. Trotz dieses beispiellosen

Kaderwechsels waren alle Positionen binnen Wochen mit jungen, kritikfreien Journalisten neu besetzt.

Kritisches Bewusstsein und ein Berufsethos nach westlichem Verständnis von Pressefreiheit scheint im Fernen Osten wenig ausgeprägt. Die Journalisten vor Ort verstehen sich vor allem als Informationsvermittler, die bei konflikträchtigen Themen bestenfalls alle beteiligten Seiten zu Wort kommen lassen. Galina Katschminkaja, die Leiterin des Panorama-Ressorts beim staatlichen Fernsehkanal OTW, räumt ein: »Ich hätte Angst, etwas Kritisches zu berichten oder einen Skandal aufzudecken.« Schließlich könne es sein, dass sich ihre Information als fehlerhaft erweise, sie sich einem Gerichtsverfahren stellen müsse und sogar ihren Job verliere. Wenn eine »heiße Story« auftauche, wie kürzlich die Korruptionsvorwürfe gegen den inzwischen verurteilten Zollchef, »warten wir auf die offizielle Bestätigung der Behörden«. Die Fernsehjournalistin sieht ihre Aufgabe eher darin, neutrale Informationen bereitzustellen, »damit sich die Zuschauer selbst eine Meinung bilden können«.

Nur wenige Journalisten in Russlands Fernem Osten widmen sich dem investigativen Journalismus. Marina Sawadskaja von der kritischen Wochenzeitung »Arsenjewskie Westi« oder Anastasija Sagorujko, vor Ort als Freie Journalistin für die »Nowaja Gazeta« unterwegs, sind seltene Ausnahmen: Solche Ausnahmepersönlichkeiten, die sich mit großem Engagement und mit einer gewissen Selbstausbeutung gewissen Themen widmen und dazu recherchieren, stechen angesichts der Passivität vieler anderer Kollegen umso mehr hervor.

Die 25-Jährige Sagorujko bezeichnet sich selbst als »journalistische Aufklärerin« und gräbt regelmäßig Korruptionsskandale aus. So widmete sie sich im Frühjahr 2009 dem Fall des Unternehmers Oleg Pinski, der im Nadeschinski-Gebiet entlang der Fernstraße von Wladiwostok nach Chabarowsk ein Baugrundstück zum offiziellen Preis von 1,57 Rubel (4 Eurocent) gekauft haben soll. Die Journalistin deckte auf, dass Pinski ihren Quellen zufolge Schmiergelder in Höhe von 50.000 Dollar an Beamte der Gebietsverwaltung gezahlt haben soll, was immer noch deutlich unter dem Marktwert des Grundstücks läge. Sagorujko recherchierte fast ein halbes Jahr an der Geschichte und schickte dem Generalstaatsanwalt ihre Ergebnisse. Aber es kam nie zur Anklage gegen Pinski. Sein Bruder verfügte als langjähriger Stadtrat über ausreichend gute Kontakte in die politischen Kreise. »Er hat erreicht, dass die Untersuchung eingestellt wurde«, klagt Sagorujko über den schwierigen Kampf gegen die russische Korruption. Aus der Justizbehörde erhielt sie folgende

lapidare Begründung: »Nastja, du weißt doch, wie das bei uns läuft.«

Die Jungjournalistin kennt die Gesetze der Macht in ihrer Region und kämpft dennoch dagegen an. Seit 2003 publiziert sie zweimal im Jahr zusammen mit Freunden die Zeitung »Kriminalni Poisk«, die spektakuläre Korruptionsfälle wie den um Pinski aufgreift. Die Auflage liegt nur bei 1000 Stück und das Blatt wird im Bekanntenkreis an interessierte Leser weitergereicht. Sagorujko lebt mit ihrem dreijährigen Sohn und ihren Eltern in einer heruntergekommenen Staatswohnung im sozialen Brennpunkt von Wladiwostok. Mit ihrer freiberuflichen Tätigkeit und dank Spenden für eine Hobby-Rechtsberatung hat sie im Monat rund 400 Euro zu ihrer Verfügung. Die Hälfte dieses kleinen Einkommens fließt nach ihren Angaben in die Zeitung »Kriminalni Poisk«. Aber Kollegen in Wladiwostok bezweifeln, dass sie die Herausgabe des Blattes aus eigener Tasche bezahlt. Dennoch zollen ihr Kollegen wie Sergej Bulach vom Journalistenverband Respekt für ihr Engagement: »Die Skandalthemen, die sie ausgräbt, entsprechen der Wahrheit«, sagt er. Schade, dass die von ihr aufgedeckten Skandale nur wenige Leser erreichen.

Denn große Breitenwirkung entfalten sie nicht, die als »oppositionell« verpönten Nischenprodukte wie »Kriminalni Poisk«. Die Mehrheit der Bevölkerung liest die großen einflussreichen Zeitungen und Zeitschriften aus Moskau und Wladiwostok. Für deren Redaktionen arbeiten Journalisten, die zwar der selbst praktizierten Hofberichterstattung mit »bestellten« Beiträgen kritisch gegenüberstehen mögen. Doch über das herrschende System der Informationskontrolle setzt sich kaum jemand hinweg. Auch die Leser erwarten von ihrer Zeitung nicht in erster Linie die Aufdeckung von Korruptionsfällen.

Kritische Blätter sind insofern schwer zu finanzieren, umso mehr in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie hat selbst in solide finanzierten Großredaktionen von Wladiwostok bereits zu Entlassungen geführt. Die Jobsituation ist derart miserabel, dass viele der jährlich rund 100 Absolventen der journalistischen Fakultät an der Universität Fernost freiwillig ein zusätzliches Studienjahr einplanen, wie Journalistik-Dozent Sergej Bulach erzählt.

Der frühere Top-Journalist Bulach kümmert sich heute in seiner Funktion als Vorsitzender des Berufsverbands vor allem um die jungen Kollegen. »Die Situation der Pressefreiheit hat sich verschlechtert und sie dürfte noch dramatischer werden.« Er vermisst das kritische Gespür der jungen Kollegen – und versucht in der Verbandsarbeit und an der Universität mit Seminaren zur Entwicklung eines kritischen Bewusstseins unter den Kollegen beizutragen.

Doch gerade dem Berufsverband der Journalisten weht von Seiten der Stadtverwaltung ein eisiger Wind entgegen. Im November 2006 erhielt Bulach aus heiterem Himmel vom damaligen Bürgermeister Nikolajew einen Brief, in dem der Verband zum Erwerb des in städtischem Eigentum stehenden »Hauses der Journalisten« aufgefordert wurde. Neun Millionen Rubel (209.000 Euro) sollte der Berufsverband bezahlen – oder das Gebäude bis Sommer 2007 räumen. Eine solche Summe konnte der Verband nicht aufbringen, sodass er das Haus verlor. Als der Journalistenverband ausgezogen war, stellte sich heraus, dass das Gebäude bereits im November 2006 an einen neuen Eigentümer verkauft worden war. Inzwischen trifft sich Bulach zu Terminen mit auswärtigen Gästen in der Wartehalle des Flughafens Wladiwostok in Ermangelung eines Büros.

Die Pressefreiheit in Wladiwostok leidet jedoch nicht allein an dem zunehmenden Einfluss staatlicher Behörden. Auch die Qualität des Journalismus sinkt aufgrund der Wirtschaftslage. Journalistische Berufsanfänger verdienen im Fernen Osten rund 15.000 Rubel (349 Euro) im Monat, etwa soviel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer ohne »schwarze« Zulagen. So werden in Russland zusätzliche Zahlungen genannt, die in weißen Kuverts über den Tisch gereicht werden. Ein erfahrener Kollege verdient nach Berechnungen von Bulach etwa 25.000 Rubel (581 Euro). Selbst in Spitzenpositionen, beispielsweise als Lokalchef sind selten mehr als 35.000 Rubel (814 Euro) drin. In Moskau lässt sich dagegen sehr viel mehr verdienen. Auch die Aufstiegs- und Karrierechancen sind ebenso wie das Prestige bei den Hauptstadtmedien größer. »Primamedia«-Chefredakteur Alexander Sawitzki bedauert: »Das fachliche Niveau der Journalisten nimmt seit Jahren ab, da die guten Kollegen alle nach Moskau abwandern.«

Offenheit gegen Meinungszwang – Projektvorschläge zur Stärkung der Pressefreiheit

Auch wenn die meisten Journalisten im Fernen Osten in einem engen Korsett wirtschaftlicher Zwänge stecken, kann dem Berufsstand in der Region ein gewisses Maß an kritischem Bewusstsein nicht völlig abgesprochen werden. In Gesprächen zeigt sich immer wieder, dass viele Kollegen Manipulationen »von oben« kritisch bewerten. Aber es fehlt ihnen an Ideen, wie man sich diesen Zwängen widersetzen könnte, ohne Gefahr zu laufen, gleich den Job zu verlieren und erst mal vor dem beruflichen Nichts zu stehen.

Wichtigste Voraussetzung für die Entstehung einer freien Presse in Fernost ist also die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Orga-

nen. Solange Medien aller Gattungen auf ein Finanzierungsmodell festgelegt sind, bei dem die beschriebene Informationspartnerschaft mit den Behörden zuweilen mehr als die Hälfte aller Einnahmen sichert, werden diese auch inhaltlich von ihren Financiers an die Fesseln gelegt. Auf dieser Basis wird sich kritische Berichterstattung kaum durchsetzen können.

Zur Stärkung der Pressefreiheit in Russlands Fernem Osten ist es notwendig, die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Medien zu stärken. Auch muss das kritische Bewusstsein von Journalisten gestärkt werden. Dazu könnten insbesondere für junge Journalisten Weiterbildungsseminare und gezielte Projekte beitragen.

Ökonomischer Umbruch – auf der Suche nach einem neuen Finanzierungsmodell

Medien aller Gattungen müssen unabhängiger werden von den »Fleischtöpfen« der Staatsorgane und Unternehmen, von den finanziellen Zuschüssen, die über die »Informationspartnerschaft« nach dem beschriebenen Prinzip geregelt werden: Chefredakteur und Herausgeber unterzeichnen einen Vertrag über »bestellten Beiträge« mit leitenden Mitarbeitern der Stadt- und Bezirksverwaltung, ohne über den Inhalt dieser Vereinbarung ausreichend zu verhandeln. Auf diese Weise beugen sich dabei die Chefredakteure und Herausgeber dem Diktat der Stadt, um ihre Arbeit finanzieren zu können. Eine inhaltlich neutrale bis kritische Presse kann sich auf dieser Basis nicht entfalten. Doch ohne die »Honorare« für die bestellten Beiträge wäre ein Großteil der Medien wohl auch kaum überlebensfähig. Eine sinnvolle Medienhilfe im Sinne der Pressefreiheit muss darauf abzielen, realistische alternative Finanzierungsmodelle für Medien zu entwickeln. Darin müssten folgende ökonomisch-strategische Fragen beantwortet werden:

- Ist es wirtschaftlich möglich, die Anzeigenpreise für Privatkunden zu erhöhen?
- Zahlen die Leser einen höheren Verkaufspreis?
- Lässt sich der Vertrieb verschlanken?
- Lassen sich Kosten senken, ohne dass die journalistische Qualität darunter leidet?

Allerdings darf die »Informationspartnerschaft« nicht als rein ökonomisches Problem betrachtet werden. Das darin fixierte Medienkontrollsystem ist seit Jahren etabliert, unter Umständen auch Teil einer politisch gesteuerten Günstlingswirtschaft. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Medien sind jedenfalls enge persönliche Verflechtungen vorstellbar, die eine plötzliche Abkehr von diesem bislang lukrativen Finanzie-

rungsmodell kompliziert und unwahrscheinlich machen.

In Wladiwostok wäre unter Verlegern und innerhalb der politischen Elite eine Art »Lobbying« für freie Medienberichterstattung nötig. Vor allem Verleger müssten selbst erkennen, dass kritische Berichterstattung die Qualität von Medien steigert und sich damit neue Vertriebswege eröffnen. Dies wäre eine Voraussetzung, um das Nachdenken über neue Finanzierungsmodelle voranzutreiben.

Neben den großen Medien verdienen kleinere, bereits unabhängige Publikationen individuelle ökonomische Unterstützung. Dies gilt insbesondere für die Zeitungen wie »Arsenjewskie Westi« und »Bisnes-Art«, aber auch für das investigative Blatt »Kriminalni Poisk« der freien Journalistin Anastasija Sagorujko. Diese Publikationen könnten als Foren kritischer Berichterstattung eine Vorbildfunktion für andere Medien übernehmen.

Doch die finanzielle Unterstützung einzelner Medien sollte nur über einen zeitlich begrenzten Zeitraum erfolgen und mit der Erarbeitung neuer Marketing- und Vertriebskonzepte verbunden sein. Dabei gilt es, überhaupt einen Markt für kommentierende Berichterstattung zu schaffen, indem in der Öffentlichkeit eine klare Abgrenzung von den staatlich kontrollierten Hofberichterstattungen stattfindet. Oberstes Ziel sollte es sein, dass ein unabhängiges journalistisches Produkt bei Lesern wie auch bei potenziellen Anzeigenkunden Akzeptanz hervorruft. Für solch ein Projekt empfiehlt sich die Wochenzeitung »Arsenjewskie Westi«, die durch ihre Qualität und das kritische Potenzial aus dem Blätterwald von Wladiwostok heraussticht.

Den Kollegen Mut machen – gesellschaftliche Projekte für Journalisten

Die Kollegen in Wladiwostok sind unzufrieden. Viele erkennen die sozialen Probleme der Stadt, verurteilen unter der Hand die Knebelung der Medien durch Staatsorgane. Doch die Angst vor dem Jobverlust führt dazu, dass sie sich dennoch zur kritikfreien Hofberichterstattung herablassen.

Ein Ansatz für Medienprojekte zur Stärkung der Pressefreiheit wären Seminare zum berufsethischen Selbstverständnis von Journalisten in der Region. So könnten namhafte ausländische Journalisten als Ergänzung des Lehrprogramms an den journalistischen Fakultäten der Hochschulen im Fernen Osten, insbesondere an der staatlichen Universität, eigene Seminare veranstalten. Darin sollte die Rolle des Journalismus im internationalen Vergleich betrach-

tet, das Selbstverständnis der örtlichen Kollegen kritisch reflektiert und diskutiert werden.

Journalisten in Fernost reisen selten ins Ausland und kennen häufig nur China. Das Nachbarland lässt sich ohne Visum und in zwei Stunden Fahrtzeit leicht erreichen. Dabei taugt das autoritäre Pekinger Regime nur wenig als Vorbild in Sachen Pressefreiheit. Umso wichtiger wären Einladungen nach Europa für Journalisten aus Wladiwostok, wie sie beispielsweise die »Internationalen Journalisten Programme« (IJP) über das »Marion Gräfin Dönhoff-Stipendium« anbietet. Bislang wurde allerdings kein Journalist aus Wladiwostok in dieses Programm aufgenommen – nicht zuletzt sicherlich, da die Menschen im Fernen Osten über russisch-europäische Austausch- oder Förderprogramme nicht so gut informiert sind.

Dabei wären gerade Workshops mit Lokaljournalisten für die Region wichtig, bei denen externe

Dozenten beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Wladiwostoker Journalistenverband, Seminare zu journalistischer Ethik, investigativem Journalismus und kritischem Schreiben veranstalten. Sergej Bulach und sein Journalistenverband verfügt bereits über positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit der Moskauer »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost« ist im Herbst 2009 ein Blogger-Workshop geplant, in dem Journalisten sich gezielt dem präzisen und pointierten Schreiben in Online-Medien widmen.

Auch mit Würdigungen und Preisen für kritischen Journalismus ließe sich ein stärkerer Anreiz für mutigere Recherche schaffen und die Abhängigkeit des Redakteurs von wirtschaftlichen Sachzwängen verringern.

Autor: Florian Willershausen

Druck im Kessel

Es war spätnachmittags am Samstag, dem 14. Dezember 2008, als Demonstranten die Zubringerstraße zum Flughafen Wladiwostok blockierten. Die Medienwächter im Kreml schienen bereits zu Bett gegangen zu sein. Jedenfalls wartete die lokale Chefredaktion des staatlichen Fernsehkanals »Rossija« vergeblich auf eine Weisung der Moskauer Zentrale, wie mit den plötzlichen Demonstrationen umzugehen sei. Also rückte Lokalreporter Alexej Petrow* mit seinem Kamerateam aus und filmte die Blockade. »Wir haben Demonstranten zu Wort kommen lassen und auch Autofahrer, die über die Staus genervt waren«, sagt er im Rückblick. Der Beitrag ging im Regionalprogramm von Wladiwostok auf Sendung, in der benachbarten Region Chabarowsk und in Moskau schon nicht mehr.

Was sich zum Jahresende 2008 in Wladiwostok abspielte, war seit Jahren der erste offene Widerstand gegen die Regierung von Ministerpräsident Wladimir Putin. Die Einwohner machten ihrem Ärger Luft – ihrer Wut über ein Gesetz, mit dem die Zollsätze auf Gebrauchtwagenimporte drastisch erhöht werden sollten. Die von Moskau verordnete Zollerhöhung sollte der krisengebeutelten heimischen Autoindustrie auf die Vorderräder helfen, würgte aber gleichzeitig den Wirtschaftsmotor ab, der den Fernen Osten am Leben hält – den Handel mit Gebrauchtwagen aus Japan und Korea.

Also gingen bis zu 10.000 Menschen auf die Straße und demonstrierten. Doch viele Medienvertreter im Fernen Osten zeigten sich ratlos, wie damit umzugehen sei. Der lokale Fernsehsender »OTW« zeigte Bilder von aufgebrachtsten Autofahrern, die im Stau stecken blieben und schimpften. Passanten behaupteten, die Demonstranten würden nicht einmal Rettungswagen mit Martinshorn die Durchfahrt gewähren. Über die Hintergründe der Mas-

sendemonstrationen verloren die Fernsehjournalisten dagegen kaum ein Wort. Auch zahlreiche Printmedien oder Radiostationen wie der Privatsender »Lemma« ignorierten die Proteste völlig.

Der Fernsehreporter von Rossija, Petrow, bekam am Montag nach den ersten Demonstrationen aus der Moskauer Zentrale die Weisung, man möge keine Panik schüren. Die Lokalredaktion der »Russischen Fernseh- und Radioübertragungsfirma« PTR hielt sich zunächst daran. Doch als am 21. Dezember bei einer zweiten Protestwelle ein japanischer Kameramann von Einsatzkräften verprügelt wurde, entschied sein Vorgesetzter, trotz Verbots aus Moskau im lokalen Programm über die Geschehnisse zu berichten, so Petrow. »Bis heute warten wir auf irgendwelche Sanktionen«, kommentiert der Fernsehjournalist den damaligen Kurswechsel der Redaktion. Passiert ist jedoch nichts, es gab keine Entlassungen oder Versetzungen wegen dieser »Befehlsverweigerung«.

*Name geändert.

Autor: Florian Willershausen



Die Region Altai (»Altajski Krai«) liegt im Süden Sibiriens an der Grenze zu Kasachstan. Die Gebietshauptstadt ist Barnaul mit etwa 650.000 Einwohnern. Insgesamt leben in der ländlich geprägten Region 2,5 Millionen Menschen. Der Altai ist wirtschaftlich nur schwach entwickelt. Das Durchschnittseinkommen der Region ist das niedrigste im gesamten Föderalbezirk Sibirien – auch weil die Region im Gegensatz zu den meisten Nachbarn über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt. Die Region Altai ist nicht zu verwechseln mit der benachbarten Republik Altai.

Allen Bemühungen von Gouverneur Alexander Karlin zum Trotz gibt es in der Altai-Region noch keine ähnlich starke Vertikale der Macht wie in anderen Regionen des Landes. In der Ära Putin haben die Wirtschaftsführer sich vielerorts aus der Politik zurückgezogen. Nicht so im Altai. Der lokale Oligarch Bannych, der mit seiner Investitionsgesellschaft »SIBMA« das einflussreichste Firmenimperium in der Region aufgebaut hat, kämpft weiter gegen Karlin um politischen Einfluss. Wichtige Waffen des politischen Kampfs sind auf beiden Seiten die Medien.

Karlin steht seit August 2005 an der Spitze der Region. Er wurde jedoch nie gewählt: Der frühere Präsident Wladimir Putin hatte die Gouverneurswahlen 2004 abgeschafft. Präsident Dmitrij Medwedew schlug Karlin für eine zweite Amtszeit vor, so dass seine Bestätigung durch das regionale Parlament reine Formsache war. Karlin gilt als Mitglied des »Putin-Clans« und ist gut vernetzt in Moskau. Zuvor war er in der Krewlverwaltung für die Kaderpolitik zuständig.

Politisch marginalisiert Karlin die politische Opposition. Oppositionelle Abgeordnete des Regionalparlaments wie der Kommunist Igor Wolfson berichten, dass sie immer weniger Möglichkeiten hätten, in der Politik mitzuwirken. Alle Ausschüsse des Parlaments würden mittlerweile von der Krewlpartei »Einiges Russland« geleitet, der auch Karlin angehört.

Die Wirtschaftskrise hat das Gebiet stark getroffen. In manchen Fabriken ist die Produktion völlig eingestellt, andere Unternehmen arbeiten mit halber Kraft oder zahlen Gehälter nur verzögert. Viele der alten Sowjetbetriebe haben es im vergangenen russischen Wirtschaftsboom versäumt, ihre Produktion zu modernisieren. Das rächt sich jetzt, da den Abnehmern das Geld nicht mehr so locker in der Tasche sitzt. Insgesamt ist das Gebiet landwirtschaftlich geprägt. In jüngster Zeit gab es mehrfach soziale Proteste, unter anderem wegen nicht gezahlter Gehälter. Die Behörden der Region versuchen, den finanziell angeschlagenen Betrieben unter die Arme zu greifen. In der Landwirtschaft leiden vor allem die Bauern unter den niedrigen Milchpreisen. Auch sie haben schon in der Gebietshauptstadt Barnaul demonstriert.

Gouverneur gegen Oligarch

Der Machtkampf zwischen Gouverneur Karlin und dem Oligarchen Anatoli Bannych spaltet auch die Medienlandschaft der Region. Beide Seiten nutzen ihre jeweiligen Medien, um für Unterstützung für ihre politischen Positionen zu werben oder um dem politischen Gegner mit negativer Berichterstattung zu schaden. Sowohl Karlin als auch Bannych können jeweils die Redaktionspolitik einer ganzen Gruppe von Medien bestimmen.

Die Wahrheit bleibt dabei oft auch der Strecke. »Es gibt wenig objektive Kritik an der Staatsmacht«, sagt Sergej Kanarjow, Leiter der Organisation »Junge Journalisten des Altai«, über die Medienberichterstattung in der Region Altai. Der verbissene politische Kampf über die Medien wird von den Lesern jedoch negativ wahrgenommen: Die Bürger des Gebiets hätten die politischen Klischees der Presse satt, sagt Kanarjow.

Mit Kritik am jeweiligen Gegner hält sich niemand der beiden zurück. Dabei wird oft genug der Bereich des Faktischen verlassen. Dabei wird den Journalisten vor allem in den Medien des Geschäftsmanns Bannych klar von der Chefredaktion vorgegeben, wie sie über Ereignisse berichten und welche Politiker sie hart angehen sollen. »Anschwärzen« heißt im russischen Journalistenjargon die Praxis, politische Gegner mit oft unzutreffenden negativen Berichten zu diskreditieren. Statt fundierten Kommentaren bringen die meisten Medien aus Bannychs »SIBMA«-Gruppe Propaganda-Artikel gegen die Politik der Gebietsverwaltung. Kritik am eigenen Eigentümer ist tabu.

Für die Journalisten auf Seiten des Gouverneurs Karlin ist Kritik am Gouverneur tabu. In Führungspositionen der gouverneurstreuen Medien arbeiten diejenigen, die völlig von Persönlichkeit und Politik ihres obersten Dienstherrn überzeugt sind: »Wir werden niemals schreiben, dass wir einen schlechten Gouverneur haben«, sagt Alexander Koslow, Chefredakteur der offiziellen Gebietszeitung »Altaiskaja Prawda«. Er empfinde das aber nicht als Zensur oder Selbstzensur: »Mir verbietet niemand etwas.« Aber Gouverneur Karlin sei auf seinen Vorgänger Jewdokimow gefolgt wie ein Engel auf den Teufel. Karlin sei ein »kluger, denkender Mensch, der viel Geld in die Region gebracht hat und andere motiviert hat, mit anzupacken.«

Die tiefe politische Spaltung der Medienlandschaft zwingt viele Journalisten, als Pressesprecher und Propagandisten ihres Herausgebers zu arbeiten. Dabei bleiben professionelle Standards wie Unabhängigkeit, Neutralität und Ausgewogenheit auf der Strecke. Trotzdem ist der harte Machtkampf zwischen Karlin und Bannych wohl die einzige Garantie dafür, dass die Bürger der Region die Chance haben, kritische Informationen über alle politischen Akteure der Region zu bekommen. Die Medien des Gouverneurs und der »SIBMA«-Gruppe vertreten bei den meisten Themen konträre Standpunkte. Damit bekommen die Bürger zwei Meinungen präsentiert statt nur die Sicht der Staatsmacht wie zum Beispiel in der Nachbarregion Kemerowo. Dort hat der Gouverneur Aman Tulejew die gesamte Medienlandschaft unter seiner Kontrolle. Ohne Bannych wäre das alles sehr schnell vorbei und wir hätten wieder die Sowjetunion in Reinform«, sagt Sergej Sjusin, Altai-Korrespondent der »Rossiskaja Gaseta«, über den Grad an Pluralismus, den es in der Region Altai gibt.

Drei Gruppen von Medien

Es gibt in der Altai-Region drei Gruppen von Medien: Diejenigen, die im politischen Machtkampf offen Gouverneur Karlin unterstützen, das Medienimperium von Anatoli Bannych und das unabhängige Verlagshaus »Altapress«. Mehr oder weniger ausgewogenen Journalismus betreiben nur die Zeitungen, das Internetportal und der Radiosender von »Altapress« sowie zu einem gewissen Teil der staatliche Rundfunk »GTRK Altai«. Gouverneur Karlin und »Bisnesmen« Bannych nutzen ihre Zeitungen, Radio- und Fernsehsender dagegen offen als Propagandainstrumente. Sie finanzieren sie mit offenen und verdeckten Subventionen.

Insgesamt gibt es nach Angaben des lokalen Presseministeriums in der Region Altai 780 registrierte Medien. Davon sind 280 Printprodukte, 78 elektro-

nische Medien und 78 lokale Kreiszeitungen, die vom Presseministerium und den lokalen Behörden finanziert werden.

Zeitungsmarkt ohne Wettbewerb

Im Printbereich sind die drei oben beschriebenen Mediengruppen ungefähr gleich stark aufgestellt. Im Gouverneurslager erscheint die »Altaiskaja Prawda« mit einer Auflage von 42.000 Exemplaren in der gesamten Region. Anatoli Bannych besitzt die Stadtzeitung »Wetscherni Barnaul« mit 6000 bis 15.000 Exemplaren. Als dritte Kraft gibt das unabhängige Verlagshaus »Altapress« die unabhängige und qualitativ hochwertige Zeitung »Swobodni Kurs« in einer Auflage von 23.000 heraus. Einen wirklichen Wettbewerb zwischen den Blättern gibt es nicht – weder um Leser noch um Werbekunden. »Swobodni Kurs« muss als einzige Zeitung wirtschaftlich arbeiten. Bei den beiden anderen Titeln ist davon auszugehen, dass sie subventioniert werden – die »Altaiskaja Prawda« unter anderem durch Zahlungen für die Veröffentlichung neuer Gesetze, »Wetscherny Barnaul« durch die »SIBMA«-Holding.

Wie in anderen Regionen können auch im Altai die Landeskorrespondenten der überregionalen Moskauer Tageszeitungen weitgehend unabhängig arbeiten. Sergej Sjusin von der »Rossiskaja Gaseta« erzählt, dass seine Zeitung als föderale Regierungszeitung den Auftrag hat, kritisch über die regionalen Politiker zu berichten. Auch die renommierte Moskauer Wirtschaftszeitung »Kommersant« berichtet in ihrer Nowosibirsker Ausgabe kritisch über alle politischen Akteure der Altai-Region.

Die »Altaiskaja Prawda« wurde im Revolutionsjahr 1917 gegründet und wird heute von der Verwaltung und dem Parlament der Region herausgegeben. Im Pressehaus von Barnaul, einem verwitterten sowjetischen Plattenbauhochhaus, produzieren 35 Journalisten täglich eine Zeitung mit wenig ansprechendem, textlastigen Layout. Chefredakteur Alexander Koslows Ideal ist ein Journalismus, der einerseits den Menschen erzählt, was die regionale Staatsmacht für sie tut, und umgekehrt der Staatsmacht berichtet, wie die Menschen leben. Dies erinnert sehr an das kommunistische Rollenverständnis von der Presse als Transmissionsriemen zwischen der Partei und den Massen. In der täglichen Berichterstattung komme die Meinung der Opposition aber so gut wie gar nicht vor, sagt Igor Wolfson von der Kommunistischen Partei, die als Parlamentsfraktion formell Mitherausgeber der Zeitung ist. »Man tut alles, um uns überhaupt nicht zu drucken«, sagt Wolfson.

Auf Seiten der Finanzholding »SIBMA« des Oligarchen Bannych kämpft »Wetscherni Barnaul« um die öffentliche Meinung. Zehn Journalisten produzieren eine Tageszeitung für die überwiegend ältere Leserschaft. Einen wirklichen Kampf um die Leser sieht Kuptschinski zwischen den drei großen Zeitungen der Region aber nicht.

Im ländlichen Raum des Gebiets gibt es auf Kreisebene kaum Meinungspluralismus. Wichtigste und oft einzige lokale Informationsquelle sind die Kreis- oder Stadtzeitungen, die drei gemeinsame Herausgeber haben: Das Presseministerium der Region Altai, den Kreis und das Kollektiv der Mitarbeiter der Zeitung.

Radio – Dudelfunk mit Propagandanachrichten

Die meisten Radiosender in der Region Altai übernehmen weitgehend das Programm gesamtrossischer Stationen und steuern entweder ein paar Stunden eigenen Inhalts oder auch nur die Nachrichten selbst bei. Auch hier ist die beschriebene Dreiteilung des Medienmarkts zu beobachten. Wirklich journalistische Qualität produzieren jedoch nur der Sender »Radio 22« des Verlagshauses »Altapress« und das staatliche »Radio Altai«. Anatoli Bannych besitzt eine Reihe von Musikradiostationen, in denen er die Ausrichtung der Nachrichten penibel steuert. Wegen der Popularität des Musikprogramms erreicht er damit eine große Hörerschaft.

Leider fand die Leitung der Radiostationen von Bannychs Holding keine Zeit für ein Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen«. »Die wollen nur nicht«, kommentierte ein anderer Journalist diese Tatsache. Spricht man mit Barnauler Journalisten, so bezeichnen sie ihre Kollegen bei Bannychs Medienholding als PR-Mitarbeiter oder Propagandisten in seinem Dienst. Das werde auch innerhalb des Unternehmens offen so gesagt. Man brauche schon eine gehörige Portion Zynismus, um dort arbeiten zu können, beschreibt ein anderer Journalist die Arbeitsbedingungen seiner Kollegen.

Fernsehen – ein neuer Haussender für den Gouverneur

Erst im April hat Gouverneur Karlin mit »Katun 24« einen neuen regionalen Nachrichtensender gegründet, der ihm alleine untersteht. Das zeigt, wie wichtig auch das regionale Fernsehen im Kampf um die öffentliche Meinung in Russland ist. Bislang war sein Konkurrent Anatoli Bannych mit den Sendern »Naschi Nowosti« und »TW-Gorod« klar im Vorteil. »Naschi Nowosti« ist das Schlüsselmedium in Bannychs Imperium. Seine Leitung hat er einer engen Vertrauten übertragen, die das Programm an die

politischen und geschäftlichen Interessen des Oligarchen anpasst. Als Bannych den Sender »Naschi Nowosti« 2005 gründete, kommentierte die Nowosibirsker Regionalausgabe des »Kommersant« bissig und treffend: »Hinter dem Projekt steht der Barnauler Geschäftsmann Anatoli Bannych, deshalb wird das Projekt zwar keine finanziellen, dafür jedoch inhaltliche Probleme haben.« Einziger unabhängiger Sender ist der staatliche Rundfunk »GTRK« dem auf dem gesamtrossischen »Kanal Rossija«, dem zweiten Programm, in einem regionalen Fenster Nachrichten sendet.

Auch wenn der vorübergehende Chefredakteur von »Katun 24«, Roman Woronin, das »objektive und glaubwürdige Informieren der Einwohner der Altai-Region« als oberste Aufgabe seines Senders beschreibt, gilt der Kanal als Sprachrohr seines Gründers, Gouverneur Karlin. Der 26-jährige Woronin hat relativ wenig journalistische Erfahrung. Dafür ist er Mitglied der Kreml- und Gouverneurspartei »Einiges Russland« und hat für sie bereits mehrere Wahlkämpfe organisiert.

Internet – Referenzmedium ohne große Nutzerzahlen

Das Internet wirkt in der Region bislang noch wenig auf die öffentliche Meinung ein. Das Gebiet ist ländlich geprägt, ein Internetanschluss ist – wenn überhaupt vorhanden – meist sehr langsam. Dementsprechend gering sind die Nutzerzahlen der wichtigsten Internetmedien. Sie haben noch stärker als die anderen Medien Probleme, sich aus Werbung zu finanzieren. Deshalb gehören auch hier, wie bei allen anderen Medien, die meisten Internetmedien zu den großen Mediengruppen des Gebiets.

Das Netz spielt aber als Referenzmedium für Politiker und andere Journalisten eine wichtige Rolle. Zwei Internetportale stechen in der Region hervor: »PolitSib.Ru« und »Bankfax« betreiben mit dem kritischsten Journalismus in der Region, sind gleichzeitig aber sehr kontrovers.

»PolitSib.Ru« produziert mit vier Journalisten 30 bis 40 Meldungen täglich. 700 bis 800 Benutzer besuchen die Seite pro Tag. Das Portal will vor allem Politiker, Wirtschaftsführer und andere Journalisten erreichen. Neben einem Newsticker setzt es deshalb auf Experteninterviews und politische Analysen.

Chefredakteur Dmitri Negrejew gilt als einer der profiliertesten politischen Journalisten der Region. Er verließ vor einigen Jahren die Zeitung »Swobodni Kurs«, um »PolitSib.Ru« zu gründen, was zu einem heftigen Streit mit »Altapress«-Chef Juri Purgin führte. Nach Angaben Negrejews ist »PolitSib.Ru«

unabhängig und finanziert sich durch Werbung sowie durch den exklusiven Verkauf seiner Nachrichten und Analysen an andere Medien. In der Stadt gilt es jedoch als offenes Geheimnis, dass der lokale Oligarch Anatoli Bannych die Seite finanziert. Das wird auch angesichts der harten Linie des Onlinemagazins gegenüber Gouverneur Karlin deutlich.

In seinen Analysen und Kommentaren kritisiert Negrejew Gouverneur Karlin heftig. Ein Argument ist, dass es der Gouverneur nicht geschafft habe, die wirtschaftliche Situation in der Region zu verbessern. Karlin sperrte Journalisten von »PolitSib.Ru« schon öfter von Pressekonferenzen oder öffentlichen Regierungssitzungen aus.

Auch »Bankfax« positioniert sich als unabhängige Internetzeitung. Die Seite ist ein Projekt von Waleri Sawinkow. Auch er gehört nach Ansicht vieler Kollegen zu den kritischsten Journalisten der Region – vor allem, was die Politik von Gouverneur Karlin betrifft. Sawinkow betont im Gespräch, dass es viele Tabuthemen gebe, über die nur »Bankfax« und »Politsib.Ru« und eventuell noch »Swobodni Kurs« vom »Altapress«-Verlag berichteten. Viele in Barnaul gehen davon aus, dass der Überfall auf ihn Anfang 2008 Rache der Staatsmacht für seine Berichterstattung war. (Näheres siehe Absatz Probleme)

Ob auch »Bankfax« finanziell von dem Geschäftsmann Bannych abhängt, ist schwer zu sagen. Viele Journalisten vermuten, dass das Portal von »SIBMA« finanziell unterstützt werde, da auch er sehr kritisch gegenüber Gouverneur Karlin ist. Sawinkow betont, er selbst finanziere sein Internetmagazin, solange dies nicht durch Werbeeinnahmen geschehe. Er habe »eigene Einnahmen aus seinem »Business«, die er in »Bankfax« stecke, sagt er, ohne genauer zu spezifizieren, womit er sein Geld verdient. Dafür spricht, dass manche Journalisten Sawinkow auch selbst politische Ambitionen zusprechen und ihm das Internetportal ein gewisses Standing gibt.

Das Verlagshaus »Altapress« – unabhängig dank wirtschaftlichen Erfolgs

Im Propagandakrieg zwischen Gouverneur Alexander Karlin und dem Oligarchen Anatoli Bannych konnte das Verlagshaus »Altapress« seine Unabhängigkeit bewahren. Seine wichtigste Zeitung »Swobodni Kurs« erscheint seit 1990 einmal wöchentlich im Tabloid-Format mit farbigem Layout. Im Jahr 2003 gewann sie den »Gerd Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas« der ZEIT-Stiftung. Das Blatt gilt als weitgehend unabhängig und als die Zeitung der Region, die am objektivsten über die Ereignisse im Altai berichtet.

»Swobodni Kurs« wurde 1990 von drei Journalisten der offiziellen Zeitung »Altajskaja Prawda« gegründet und eroberte als eine der wenigen nichtstaatlichen Zeitungen schnell große Teile des Werbemarkts für sich. Mitgründer Wladimir Owtschinnikow spricht von 80 Prozent aller Reklame in Barnaul zu Anfangszeiten des Blatts.

Heute ist das Verlagshaus »Altapress« ein vielseitiger Medienkonzern. Es gibt 13 Zeitungen und Zeitschriften heraus, verfügt über eine eigene Radiostation, ein Internet-Portal, eine eigene Druckerei und ein eigenes Kiosknetz. Wirtschaftliches Rückgrat des Verlagshauses ist das Anzeigenblatt »Kupi i prodai« (»Kaufe und verkaufe«), »ein sehr erfolgreiches Business-Projekt«, wie Miteigentümer Wladimir Owtschinnikow sagt. »Kupi i prodai« erzielt die höchsten Werbeeinnahmen und hat damit für die Entwicklung von »Altapress« große Bedeutung.

Der »Altapress«-Verlag ist über die Region hinaus bekannt, weil es ihm gelungen ist, mit Qualitätsjournalismus Geld zu verdienen, und er sich so eine beispielhafte wirtschaftliche Unabhängigkeit verschafft hat. Seine Geschichte zeigt, wie wichtig in Russland wirtschaftlicher Erfolg für die redaktionelle Unabhängigkeit von Medien ist. »Altapress« unter dem Verlagschef Juri Purgin versuchte von Anfang an, seinen unabhängigen Journalismus auch finanziell abzusichern.

Ein wichtiger Schritt dazu war der Erwerb eines eigenen Kiosknetzes zum Vertrieb der Zeitungen sowie der Aufbau einer eigenen Druckerei. Gerade Vertrieb und Druck wird oft von staatlichen Stellen genutzt, um Druck auf kritische Medien auszuüben. Insofern ist beides für »Altapress« auch redaktionell wichtig. Allerdings hat der Verlag auch zuvor bei Druck und Vertrieb nie Probleme mit den Behörden gehabt

Anfang der 1990er Jahre kam der staatliche sowjetische Kioskbetreiber »Sojuspetschat« (heute »Rospetschat«) in Zahlungsschwierigkeiten. Die regionale Tochterfirma von »Sojuspetschat« konnte »Altapress« die Erlöse für verkaufte Zeitungen nicht auszahlen. Daraufhin eröffnete das Verlagshaus ein Insolvenzverfahren gegen »Sojuspetschat« und konnte im Ergebnis die Kioske in der Region übernehmen. Heute unterhält »Altapress« etwas über 100 Kioske in der Region, die mittlerweile »Rospetschat« heißen. Die Kioskkette spült vor allem Geld in die Verlagskasse.

1998 kaufte »Altapress« eine erste eigene Druckmaschine. Bei der Finanzierung half der »Media Development Loan Fund« (MDLF), eine amerikanische Nichtregierungsorganisation, die Medien in Ländern mit mangelnder Pressefreiheit unterstützt. Der Verlag nahm den Kredit kurz vor der Rubelkrise im August 1998. In der Folge fiel der Kurs der russischen Währung um das Vierfache, so dass »Altapress« das Darlehn nur unter großen Schwierigkeiten zurückzahlen konnte. Mittlerweile verfügt »Altapress« über eine moderne Druckerei mit noch weiteren Druckmaschinen, die auch viele Aufträge von Außen annimmt und damit Geld verdient.

Für »Altapress« war und ist die eigene Druckerei in erster Linie ein wirtschaftliches Projekt. »Wir waren mit der Qualität der staatlichen Druckerei nicht zufrieden«, sagt Wladimir Owtschinnikow. Politische Probleme habe »Altapress« auch mit der staatlichen Druckerei nie gehabt.

Auch sonst versucht die Staatsmacht kaum, gerichtlich oder mit Hilfe anderer Behörden gegen unabhängige Journalisten vorzugehen. In den knapp 20 Jahren seine Existenz hatte das Verlagshaus »Altapress« nur einmal die Steuerpolizei zur Buchprüfung zu Besuch. Die Beamten fanden keine illegalen Transaktionen bei »Altapress« und zogen ohne Anklage wieder ab. Dem Vorfall war ein Streit mit dem damaligen Gouverneur über die Berichterstattung vorausgegangen. Seitdem hatte »Altapress« keine Probleme dieser Art mehr. Es scheint zudem, als ob die Staatsmacht so stark in ihrem Machtkampf mit dem »SIBMA«-Konzern eingespannt sei, dass »Altapress« im Windschatten des Konflikts weitgehend ungestört berichten kann.

Auch »Altapress« leidet unter der derzeitigen Wirtschaftskrise. Der Anzeigeneinbruch fällt für das Verlagshaus mit etwa 30 Prozent im Vergleich zu anderen Medien der Region noch relativ moderat aus. Trotzdem musste der Verlag zu Beginn des Jahres die Löhne um 15 Prozent senken. »Swobodni Kurs« wird weiterhin nur als Wochenzeitung erscheinen. Pläne, das Blatt in eine Tageszeitung umzuwandeln, wurden zunächst aufgeschoben. Zudem verkleinerten die Macher von »Swobodni Kurs« das Format und reduzierten den Umfang von etwa 50 auf 28 Seiten.

Im Zuge der Finanzkrise plant das Verlagshaus eine grundlegende Reorganisation. Kern der Pläne ist die Einrichtung eines gemeinsamen Newsrooms. Dort werden ab September die Journalisten aller Zeitungen und Zeitschriften des Verlags gemeinsam mit ihren Kollegen vom Internetauftritt »altapress.ru« und »Radio 22« multimedial zusammenarbeiten. So sollen Synergien genutzt werden. Ziel ist mehr

Kooperation zwischen den Medien. Journalisten sollen Texte sofort für Print und Internet schreiben und nach Möglichkeit noch einen O-Ton für die Radionachrichten von einer Pressekonferenz mitbringen. »Altapress« reagiert damit ähnlich wie viele westliche Medien und hofft, so gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Inhaltlich betreibt »Altapress« in seinen Zeitungen, im Hörfunksender »Radio 22« und in seinem Internetauftritt »altapress.ru« guten, faktenorientierten Journalismus. Es finden sich sowohl Materialien, die sich kritisch mit der Politik des Gouverneurs auseinandersetzen, als auch solche, die den Bürgermeister kritisieren. Letzterer steht dem Oligarchen Anatoli Bannych nahe. Auf der Internetseite können Leser unzensuriert Gastkommentare hinterlassen, unter denen viele führende Politiker heftig angreifen.

Der »Altapress«-Sender »Radio 22« positioniert sich als diskussionsfreudiges Stadtradio. Neben Nachrichten laufen dort auch kritische Talk-Shows zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen. Einige der bekanntesten Journalisten der Region zählen zu den Moderatoren. Insgesamt ist »Radio 22« der einzige Radiosender, der ein journalistisch hochwertiges Programm produziert, der auch Information und Unterhaltung vermischt und somit massentauglich ist. »Radio 22« produziert täglich fünf bis sechs Stunden eigenes Programm. In der übrigen Zeit übernimmt es den Moskauer Sender »Serebrjany Doschd«.

Doch trotz aller wirtschaftlichen Stärke muss »Altapress« bis heute um seine redaktionelle Unabhängigkeit kämpfen. Ein Grund dafür ist der politische Machtkampf zwischen Gouverneur Karlin und dem Oligarchen Bannych, in dem kritische Artikel durchaus auch als gezielter politischer Angriff gewertet werden können. Wladimir Owtschinnikow, Mitbegründer und Chefredakteur der Zeitung »Swobodni Kurs«, berichtet von Druck seitens der Behörden. Zudem würden Behörden bei Anfragen immer unkooperativer.

Insgesamt kann der Medienkonzern als Vorbild für andere Regionen dienen. Verlagschef Juri Purgin versucht, dieser Rolle auch durch die Gründung des »Verband Unabhängiger Verlage in Russland« (ANRI) gerecht zu werden.

»GTRK Altai« – unabhängig, obwohl staatlich?

Die staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft »GTRK Altai« nimmt eine Sonderstellung innerhalb des Mediensystems des Altai ein. Sie ist zwar staatlich, finanziert sich aber neben Werbeeinnahmen durch föderale Gelder. Damit hat Gouverneur Karlin

nur begrenzt Einfluss auf die Programmpolitik des Senders. Der Sender bezeichnet sich als unabhängig. Tatsächlich kommt er diesem Ideal im Fernsehbereich am nächsten, obwohl er staatlich ist. Auch »Radio Altai« berichtet ausgewogener als die meisten seiner Konkurrenten.

Im Radiobereich sendet »Radio Altai« mehrere Stunden täglich ein Fensterprogramm innerhalb von »Radio Rossii«. In Barnaul werden unter anderem regionale Nachrichten und Talk-Shows produziert.

Im Fernsehen sendet »GTRK« mit »Westi Altai« sieben Mal am Tag insgesamt 3,5 Stunden Nachrichten aus der Region. Damit ist »Westi Altai« für große Teile der Bevölkerung die wichtigste regionale Informationsquelle.

In den Nachrichtensendungen wechseln sich harte Nachrichten mit bunten Themen ab. Bei politischen Themen ist Chefredakteurin Natalja Pitachina bemüht, stets beide Seiten zu Wort kommen zu lassen. Sie beklagt, dass die Behörden oft nur trockene und meist relativ inhaltsleere offizielle Stellungnahmen abgeben.

Bei wichtigen Regierungssitzungen lässt Gouverneur Karlin häufig eigene Kameraleute drehen. »Die sind abgerichtet wie Hündchen«, sagt Pitachina. O-Töne, die den Gouverneur in einem schlechten Licht erscheinen lassen könnten, werden von vorneherein herausgeschnitten. Die Vize-Gouverneure weigern sich häufig, überhaupt Interviews zu geben. All das erschwert eine ausgewogene Berichterstattung.

Gesponserte Presse

Der Medienmarkt in der Altai-Region funktioniert nicht nach den Gesetzen der Marktwirtschaft. Die Region ist arm. Nirgendwo im Föderalbezirk Sibirien sind die Gehälter niedriger als hier. Der Werbekuchen reicht also nicht, um die vielen Medien der Region so gut zu finanzieren, dass sie wirtschaftlich arbeiten und so ihre Unabhängigkeit bewahren können – ein wichtiger Grund für die starke Politisierung der Medienlandschaft in der Region.

Die meisten Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sowie Internetauftritte erhalten Subventionen, sei es aus dem Staatsbudget oder von dem Geschäftsmann Anatoli Bannych. In der Folge »beißt niemand in die Hand, die einen ernährt«, wie es ein Chefredakteur aus einer anderen Region Russlands treffend formulierte.

Deshalb wirkt sich die Wirtschafts- und Finanzkrise auch nicht so stark aus. Zwar spüren alle Medien einen Rückgang der Werbung um 30 bis 50 Pro-

zent. Da sich viele Medien aber ohnehin durch Sponsoren finanzieren, entscheidet nicht der Werbemarkt über ihr Überleben, sondern die Spendierfreudigkeit lokaler Behörden und Oligarchen. Weder Gouverneur Karlin noch Oligarch Bannych scheinen bislang bei ihren Medien sparen zu wollen, denn das würde Nachteile im politischen Machtkampf mit sich bringen.

Bei den anderen Medien wie »GTRK Altai« oder »Altapress« sind die Auswirkungen der Krise dagegen deutlich zu spüren. »GTRK Altai« musste einige Gehälter verspätet auszahlen. Der Staat finanziert nur einen Teil des »GTRK«-Budgets. Den Rest muss die Rundfunkanstalt über Werbung selbst verdienen. Insofern spürte »GTRK Altai« den Einbruch des Werbemarktes in der Krise deutlich. Auch »Altapress« senkte die Gehälter um 15 Prozent. Insgesamt verdienen die Journalisten in der Hauptstadt Barnaul mit etwa 20.000 Rubel (465 Euro) besser als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Probleme der Journalisten

Generell beschwerten sich alle Journalisten über Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung. Die Behörden seien verschlossen, Anfragen würden erst mit großer Verzögerung oder mit sinnleeren Stellungnahmen beantwortet, kritisiert beispielsweise Natalja Pitachina von »Westi Altai«.

Wie groß die Probleme der Journalisten in diesem Bereich tatsächlich sind, hängt stark davon ab, auf welcher Seite sie politisch stehen. Viele Journalisten, die für den Geschäftsmann Bannych arbeiten, beschwerten sich über die Informationspolitik von Gouverneur Karlin. Andere wiederum – meist dem Gouverneur nahe stehend – beschwerten sich über die Verschlossenheit des Rathauses. In beiden Fällen kommen die Behörden ihrer Informationspflicht nicht nach. Ein beliebtes Mittel scheint zu sein, die Antworten auf Anfragen so lang hinauszuzögern, bis das Thema entweder inaktuell geworden oder ohne den Kommentar der Behörden erscheint.

Um unliebsamen Journalisten die Arbeit zu erschweren, weigern sich staatliche Stellen häufig, diese zu Pressekonferenzen oder Regierungssitzungen zuzulassen. Internetagenturen wie »Bankfax« oder »Polit-Sib.Ru«, aber auch der »SIBMA«-Fernsehsender »Naschi Nowosti« berichteten mehrfach über solche Probleme. Beide Seiten halten sich nicht an die Spielregeln, die die russische Mediengesetzgebung für Konfliktfälle vorsieht. »Statt die Journalisten auszusperrn, sollte Karlin besser sein Recht auf eine Gegendarstellung wahrnehmen«, sagt Michail Melnikow vom Moskauer Zentrum für Journalismus in Extremsituationen.

Ob sich in der Region wirklich alle Medien auf das – in der Verfassung nicht verbrieft – Recht auf Informationsfreiheit berufen können, ist dabei durchaus fraglich. Denn vielen Medien der Region geht es nicht um objektive Berichterstattung, sondern darum Stimmung zu machen für die machtpolitischen Interessen ihres Eigentümers. Dementsprechend sperrte Gouverneur Karlin dem Fernsehkanal »Naschi Nowosti« aus dem gegnerischen Lager von einer Veranstaltung mit der Begründung aus, die Journalisten seien von vorneherein negativ gegen ihn eingestellt. Hier müssen die Medien zuerst selbst beginnen, professionell zu arbeiten.

In der Region Altai versucht die Staatsmacht kaum, gerichtlich oder mit Hilfe anderer Behörden gegen unabhängige Journalisten vorzugehen. Dagegen werden Journalisten immer noch Opfer von Gewalt und Bedrohungen.

Der gewalttätigste Überfall auf einen Journalisten in der letzten Zeit war der Angriff auf den Chefredakteur der gouverneurskritischen Internet-Agentur »Bankfax«. Waleri Sawinkow wurde am 31. Januar 2008 von Unbekannten am helllichten Tag im Stadtzentrum überfallen und mit einem Baseballschläger so auf den Kopf geschlagen, dass er das Bewusstsein verlor und längere Zeit mit einer Gehirnerschütterung im Krankenhaus lag. Das russische »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« bestätigt den Überfall unter Berufung auf lokale Medien. Der Täter stahl nach Angaben Sawinkows weder Handy noch Geld. Sawinkow sieht deshalb in dem Vorfall einen Versuch der Einschüchterung. Er vermutet, dass ein Offizier des Innenministeriums ihn zusammengeschnitten hat. Die Staatsmacht sei damals kurz vor der föderalen Präsidentenwahl sehr nervös gewesen. Im Februar 2008 unterschrieben mehr als 100 Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft einen offenen Brief an den damaligen Ersten Vizeregierungschef Dmitri Medwedew, den Generalstaatsanwalt, den Innenminister und den Direktor des Inlandsgeheimdienstes »FSB« mit der Bitte, auf eine schnelle Aufklärung der Tat hinzuwirken. Der Überfall sei eindeutig auf Sawinkows journalistische Arbeit zurückzuführen, so ihre Überzeugung. Der Täter wurde dennoch nie gefasst.

Der jüngste Vorfall ereignete sich im März 2009. Damals erstattete der Korrespondent der gesamt-russischen Zeitung »Iswestija« im Altai, Sergej Tepljakow, bei der Polizei Anzeige gegen Anatoli Bannych. Bannych habe ihm in einem persönlichen Gespräch gedroht, »ihm den Kopf mit einem Baseball-Schläger zu zertrümmern«. Dem Geschäftsmann habe die Art nicht gefallen, wie Tepljakow in seiner Zeitung über einen Skandal berichtet habe, in den Bannych verwickelt war. Tepljakow nahm die

Drohung ernst und verständigte die Polizei. Zwar leitet die Polizei keine Ermittlungen ein. Journalisten in der Region gehen aber davon aus, dass Tepljakow nur deshalb einem Überfall entgangen ist.

Für die Journalisten in der Altai-Region sind zahlreiche Themen tabu. Vor allem Berichte, die die Interessen des Besitzers eines Mediums schaden könnten, haben keine Chance. Das führt dazu, dass viele Journalisten heikle Themen erst gar nicht anpacken. Dazu gehören Umweltthemen genau so wie Wirtschaftsberichterstattung oder der Beginn der Finanzkrise, die eine tiefe Rezession in Russland auslöste.

So berichtete die Internetagentur »Bankfax« im Oktober 2008, dass fast alle Medien der Region die Auswirkungen der Finanzkrise verschwiegen. Dagegen erklären Vertreter von »Westi Altai«, dass sie zu Beginn der Krise im Herbst so ausführlich über ihre Folgen berichtet hätten, dass sich Zuschauer über die zu negativen Nachrichtensendungen beschwert hätten.

Einer der großen Skandale der Barnauler Medienwelt in den vergangenen Jahren drehte sich um den Abgeordneten der Stadt in der Staatsduma, Wladimir Ryschkow. Der liberale Politiker war von 1993 und bis zur Abschaffung der Direktmandate im Jahr 2007 unabhängiger Abgeordneter der Stadt Barnaul. Ryschkow. Seine liberalen Positionen waren dem Kreml ein Dorn im Auge. Vor der Wahl 2003 traten mehrere Mittelsmänner an verschiedene Journalisten der Stadt heran und boten ihnen Geld dafür, dass sie an einer Schmutzkampagne gegen Ryschkow teilnahmen. Die Journalisten lehnten ab und machten den Fall öffentlich. Damals unterschrieben über 100 Journalisten einen offenen Protestbrief. Ryschkow wurde wiedergewählt.

Umweltschutz – ein Thema wird politisiert

Nichtregierungsorganisationen haben meist einen relativ guten Zugang zu den Medien, soweit ihre Themen nicht die Interessen des Eigentümers berühren. Das gilt im Altai vor allem für die starke Umweltschutzbewegung, die bemüht ist, die einzigartige Natur in der Region und in der benachbarten Republik Altai zu bewahren. Ihre größten Projekte sind derzeit die Einrichtung eines Nationalparks an der Grenze zu China, der Kampf gegen die geplante Gaspipeline nach China und der Kampf gegen illegalen Holzeinschlag sowohl in der Region als auch in der Republik Altai.

»Grundsätzlich berichten die Medien ausführlich über die Aktivitäten der Umweltschützer«, sagt der Ökologe Alexej Gribkow von der bedeutenden Gebler-Umweltschutzbewegung. Doch auch beim Thema Umweltschutz bestehen dieselben Probleme wie in

der übrigen Berichterstattung: Kein Medium berichtet gegen die Interessen seines Eigentümers. Vor allem gouverneursnahe Medien verschweigen deshalb beispielsweise das Thema Abholzung der Wälder der Region. Dem zuständigen Vize-Gouverneur werden enge Verbindungen zur Holzindustrie nachgesagt.

Im politischen Machtkampf in der Region drohen Umweltschützer zudem zwischen die Fronten zu geraten. So spitzen Medien Aussagen der Ökologen zu, um den politischen Gegner zu schaden. Das erschwert die Arbeit der Umweltschützer.

Am intensivsten berichtet »Altapress« über die Aktivitäten der Umweltschützer. Wie wichtig das Verlagshaus für die Region ist, zeigt anschaulich ein Skandal um einen Hubschrauberabsturz im Altai-Gebirge im Januar 2009. In Helikoptern machten hohe Staatsbedienstete illegal Jagd auf das vom Aussterben bedrohte Altaier Riesenwildschaf. Bei dem Absturz starben mehrere Menschen, darunter der Präsidentenbevollmächtigte in der Staatsduma, Alexander Kossopkin, ein enger Vertrauter von Regierungschef Wladimir Putin. Anatoli Bannych überlebte nur, weil er sich kurz zuvor von dem Hubschrauber abgeseilt hatte, um den Kopf eines erlegten Schafs als Trophäe zu bergen.

Zwar verschwieg kaum ein Medium den Unfall als solchen. Den eigentlichen Skandal – dass hohe Staatsbedienstete illegal Jagd auf vom Aussterben bedrohte Tier machen – thematisierte jedoch nur »Altapress«. Alle anderen Medien mussten auf ihre Eigentümer Rücksicht nehmen, die in den Skandal verwickelt waren. Die gouverneursnahen Medien und auch die »Rossiskaja Gaseta« verschwiegen hingegen den Unfall, weil der Präsidentenvertreter in der Staatsduma unter den Opfern war. Die »SIBMA«-Medien berichteten wegen der Verwicklung von Anatoli Bannych in den Vorfall nicht.

Lage aussichtslos? Medien hängen zu stark von der Politik ab

Das derzeitige Mediensystem in der Region Altai ist sehr stabil. Es gibt derzeit keine Impulse, die qualitative Veränderungen der Lage bewirken könnten. Selbst die Finanzkrise hat die Situation bisher kaum beeinflusst. Mit »Dwa Slowa« wurde zwar eine Zeitung eingestellt, allerdings war sie erst kurz zuvor auf den Markt gekommen. Die weitere Entwicklung wird entscheidend von der Politik abhängen, also davon, wie sich der Machtkampf zwischen Gouverneur Karlin und Anatoli Bannych weiterentwickelt. Hoffnung gibt, dass mit »Altapress« und »GTRK Altai« zumindest zwei Medien zeigen, dass guter Journalismus auch im Altai funktioniert.

Der skandalöse Hubschrauberunfall hat die politische Stellung Bannychs deutlich geschwächt. Es gab – allerdings völlig unbestätigte – Gerüchte in der Stadt, dass sich der Geschäftsmann von seinen Medienaktiva trennen könnte. Dies würde die gesamte Medienlandschaft umkrepeln – ob es sie verbessern würde, ist fraglich.

Denn viele Beobachter warnen davor, dass in diesem Fall »Altapress« verstärkt unter Druck geraten könnte. Ohne Bannych haben wir hier ganz schnell Verhältnisse wie im Kemerovo Gebiet«, sagt Sergej Sjusjin von der »Rossiskaja Gaseta«. Dort stehen alle Medien auf der Seite des Gouverneurs. Bislang wird »Altapress« im Kampf zwischen Karlin und Bannych als weitgehend neutral eingeschätzt. Doch ohne Bannych als Gegenwicht zum Gouverneur würde »Altapress« zwangsläufig zum einzigen Medium, in dem Kritik an Karlin publiziert wird. Dies würde den Druck auf die »Altapress«-Journalisten erhöhen.

Das größte Problem der Region ist, die enge Verbindung zwischen Politik und Medien. Solange diese nicht aufgebrochen wird, wird sich die Lage der örtlichen Journalisten kaum ändern. Mehr Unabhängigkeit können die Medien jedoch nur bekommen, wenn sie wirtschaftlich unabhängig werden. Dazu ist jedoch gerade jetzt in der Krise der Werbemarkt der Region zu klein. Hinzu kommt, dass im aufgeheizten politischen Klima der Region weder Gouverneur Karlin noch Anatoli Bannych auf ihre Medienmacht verzichten wollen. Wirklicher Wandel kann also nur kommen, wenn die Politik in der Region demokratischer wird. Denn sie prägt die Arbeitsbedingungen der Journalisten.

Ein weiteres Problem scheint zu sein, dass die schlechte Ausbildung vieler Journalisten und die journalistischen Arbeitsbedingungen einander verstärken. Deshalb könnten Seminare und Fortbildungen zur Professionalisierung der Journalisten der Region helfen. Das würde gerade Medien helfen, die versuchen, einigermaßen objektiv zu arbeiten. Zwar werden Journalisten von parteiischen Medien nach solchen Seminaren wohl kaum beginnen, plötzlich neutral zu berichten, da die Art ihrer Berichterstattung häufig nicht von ihrem Berufsverständnis sondern von den konkreten Aufträgen ihrer Vorgesetzten abhängt. Immerhin könnten sie aber so »Instrumente« bekommen, um die größten Übertreibungen in ihren PR-Kampagnen zu vermeiden. Insgesamt muss aber bezweifelt werden, wie stark Fortbildungen die Situation vor Ort beeinflussen können. Denn letztendlich diktiert Politik in den meisten Medien des Altai, wie professionell die Journalisten arbeiten.

Autor: Erik Albrecht

Wenn der Gouverneur dreimal klingelt

Es ist heiß in der Gebietshauptstadt Barnaul. Doch der Sowjetbau des staatlichen Rundfunks »GTRK Altai« verschafft angenehme Kühle. Die Nachrichtenchefin Natalja Pitachina bereitet die Abendnachrichten vor. In drei Stunden geht ihr Programm »Westi Altai« auf Sendung, die wichtigste Nachrichtensendung der Region. Noch längst sind nicht alle Beiträge fertig. Doch bei Pitachina steht das Telefon nicht still.

Die Pressestelle des Gouverneurs ruft an. Pitachina selbst ist am Vortag mit dem Gouverneur Alexander Karlin unterwegs gewesen. Anlass waren die geplanten Feierlichkeiten für das Schukschin-Jahr in der Region Altai. 2009 wäre der beliebte russische Schriftsteller und Schauspieler Wassili Schukschin 80 Jahre alt geworden. Kurz vor dem Jubiläum hatte Gouverneur Karlin einige Journalisten in das Heimatdorf Schukschins geladen. Der Fernsehbeitrag dazu soll in den Abendnachrichten laufen.

Doch die Pressestelle sorgt sich, wie Pitachina über den Termin berichten wird. Der Pressesprecher ruft innerhalb einer Dreiviertelstunde dreimal an, um daran zu erinnern, welche Aspekte die Journalistin auf keinen Fall vergessen soll. Doch »GTRK Altai« pflegt seine redaktionelle Unabhängigkeit von Gouverneur Karlin. Die Journalistin schreibt bei den Telefonaten lächelnd mit. Dann legt sie auf. »Das waren die schon wieder«, sagt sie kopfschüttelnd. Ein Aspekt, den der Pressesprecher genannt habe, erscheine ihr witzig, den werde sie bringen. Ansonsten belässt sie ihren Beitrag aber so, wie sie ihn geplant hatte.

Vielerorts in der russischen Provinz handeln Journalisten mit den Behörden aus, was sie veröffentlichen können und was nicht. Diese Art des Geben und Nehmens gilt auch für »GTRK Altai«. Denn der Sender wird direkt aus Moskau finanziert. Das gibt ihm die nötige Unabhängigkeit gegenüber Gouverneur Karlin.

Autor: Erik Albrecht



Wie der vorgelegte Bericht von »Reporter ohne Grenzen« zeigt, gibt die gegenwärtige Situation der Medien in den russischen Regionen Grund zur Hoffnung, aber auch zur Sorge.

Positiv ist die Entwicklung von einzelnen ökonomisch tragfähigen Modellen von Medien in den Regionen vor allem bei den Printmedien, die trotz der zunehmenden Bedeutung des Internets ihren festen Platz als Informationsressource behaupten können. Einen wichtigen Beitrag dazu hat das »Russian Independent Print Media Program« der Stiftung »New Eurasia« geleistet. Das von der amerikanischen staatlichen Organisation »US-Aid« finanzierte Programm vernetzt unabhängige regionale Zeitungsmacher in ganz Russland. Es bietet Trainings und Beratung an und prämiert jährlich die besten Regionalzeitungen. Die durch das Programm beförderte Bildung der »Allianz der Unabhängigen Russischen Herausgeber« im Jahr 2004 war ein wichtiger Schritt für diese Medien.

Die inhaltliche Entwicklung mancher Zeitungen bietet jedoch eher Grund zur Sorge: Die meisten Herausgeber scheuen sich vor politisch brisanten Themen, um das Geschäft nicht zu gefährden. Maria Eismond, Leiterin des Programms, spricht gar von einer »Slobodisation« und spielt damit auf die Verbreitung des Modells der Zeitung »Sloboda« aus Tula an. Die WAZ-Mediengruppe gab Ende 2007 bekannt, 75 Prozent der »Sloboda« gekauft zu haben und in 20 russischen Städten Zeitungen nach dem »Sloboda«-Modell etablieren zu wollen. Bisher hat die WAZ-Gruppe diese Pläne in vier russischen Großstädten verwirklicht. Einerseits entstehen damit starke, wirtschaftlich unabhängige Medien, andererseits verhalten sich die Blätter dieses Typus im politischen Prozess weitgehend passiv.

Eine ähnliche Struktur wie im Print-Bereich existiert im Hörfunk: Die 1999 von der britischen BBC initiierte »Foundation for Independent Radio Broadcasting« (FNR) vernetzt seit 1991 regionale Radiosen-

der. Ihr Ziel ist es, ausgewogenen, professionellen Radiojournalismus und eine Berichterstattung im Dienste der Zivilgesellschaft zu fördern. Dazu veranstaltet »FNR« Trainings und Wettbewerbe und hat mit »Podstanzija« (www.podst.ru) ein Internetforum geschaffen, in dem Radiojournalisten Beiträge veröffentlichen, die ihre oft stark formatierten Radiosender nicht senden. Wichtigstes Projekt ist eine Serie von Radiofestivals (www.radiofestival.ru) in allen Föderalbezirken Russlands. Der beim gesamt-russischen Abschlussfestival in Kategorien von Feature über Reportage bis Nachrichten vergebene Preis gilt als der russische »Radio-Oscar«.

Positive Spuren in den Regionen hat auch das Programm »Internews« (später »Educated Media Foundation«, (EMF)) hinterlassen, das unter anderem von dem in Haft sitzenden Oligarchen Michail Chodorkowski finanziert wurde. Im April 2007 wurde das russische Büro geschlossen, nachdem die Leiterin Manana Aslamazyan am Moskauer Flughafen festgenommen worden war. »EMF« war vor allem im Bereich Fernsehen und Radio tätig. Nach eigenen Angaben trainierte das »EMF« in den 15 Jahren seiner Existenz über 15.000 Journalisten, Produzenten, Medienmanager, Webdesigner und Medienanwälte aus ganz Russland.

Regionaljournalisten aus allen Medien vereinigt der »Club der regionalen Journalistik«, der früher aus der ebenfalls von Michail Chodorkowski finanzierten Stiftung »Offenes Russland« bezahlt wurde. Der Club veranstaltet thematische Fortbildungs-Seminare für Regionaljournalisten in Moskau. In letzter Zeit finden diese Seminare allerdings aus Geldmangel nur noch virtuell, also über Internet oder Telefon statt.

Daneben gab es auf regionaler Ebene unterstützenswerte lokale Initiativen wie den »Klub liberaler Journalisten«, den die »Friedrich-Naumann-Stiftung« eine Zeit lang in Jekaterinburg organisiert hat. Dabei trafen sich regelmäßig Journalisten mit wichtigen Politikern oder Wirtschaftsvertretern zu Hintergrundgesprächen. Die Organisation »Barents Press International« vernetzt die unabhängigen Journalisten im Norden Russlands mit ihren Kollegen in Skandinavien. Auch die Bildung von alternativen Journalistenverbänden in Regionen, in denen der offizielle Regionalverband zu staatsnah ist, ist eine lohnende Perspektive. So hat sich etwa im Gebiet Krasnodar der Verband unabhängiger Journalisten »Stimme des Kuban« gebildet, der seinen Mitgliedern in bescheidenem Rahmen Weiterbildungen und juristische Hilfe bietet.

Viele Herausgeber und Vertreter von Journalistenvereinigungen loben den Nutzen von Austauschprogrammen mit ausländischen Medien oder Praktika von Journalisten in ausländischen Medien für ihre Arbeit. Andere Stimmen halten solche Auslandsaufenthalte für weniger hilfreich. Selbst Dmitri Poljanin, Vorsitzender des Journalistenverbandes im Gebiet Swerdlowsk, erklärt ein wenig resigniert, dass viele Journalisten, die zu Praktika in den Westen geschickt wurden, zwar begeistert von den dortigen Arbeitsbedingungen berichteten. »Wieder zu Hause arbeiten sie dagegen genauso weiter wie vorher«, sagt Poljanin. Zudem besteht bei vielen regionalen Journalisten das Problem mangelnder Sprachkenntnisse. Nur wenige sprechen gut genug Fremdsprachen, um in ausländischen Medien aktiv mitarbeiten zu können. Die Entsendung in englischsprachige Länder scheint deshalb noch am sinnvollsten.

Auch mehrere Herausgeber und Chefredakteure äußerten im Gespräch mit »Reporter ohne Grenzen« den Wunsch, in ausländischen Medien weitere Erfahrungen zu sammeln. Besonders interessierten sie sich für die Geschäftskonzepte ausländischer Regionalmedien, weil sie einen gangbaren Weg zu mehr Unabhängigkeit von staatlicher Finanzierung bieten könnten..

Maria Eismond vom »Russian Independent Print Media Program« hält es dagegen für weitaus sinnvoller, wenn Vertreter unabhängiger Medien sich innerhalb Russlands besser vernetzen und austauschen. »Schließlich arbeiten sie alle unter ähnlichen Bedingungen«, sagt Eismond. Sie befürwortet eher die Einladung ausländischer Experten und renommierter Regionaljournalisten als Redner auf Foren und Seminaren der russischen Organisationen. »Das erweitert den Horizont«, zeigt sie sich überzeugt. Wichtig scheint vor allem, Unterstützung und Hilfsmaßnahmen für Journalisten und Medien gut abzustimmen und der sehr unterschiedlichen Lage in den verschiedenen Regionen Rechnung zu tragen.

Angesichts der Größe der Russischen Föderation und der enormen regionalen Unterschiede, wollen wir als »Reporter ohne Grenzen« das Bewusstsein für die schwierigen Bedingungen für Medien und Journalisten in den russischen Regionen schärfen. Sie sind darauf angewiesen, dass die Schwächen und Stärken ihrer journalistischen Arbeit auch im Ausland mehr Beachtung finden. Wer als Journalist in der russischen Provinz bei Recherchen behindert wird, unter politischem Druck der Obrigkeit steht oder sogar physisch bedroht ist, benötigt unsere Solidarität und Unterstützung noch viel mehr als viele Moskauer Hauptstadtkollegen.

Für Organisationen wie »Reporter ohne Grenzen« birgt das die Verpflichtung mit Hilfe unseres Moskauer Korrespondenten und unseren russischen Partnern, der »Stiftung für Journalismus in Extremsituationen« und der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«, bis in die Kleinstädte hinein, gut vernetzt zu sein. Stiftungen, Stipendiatenprogramme und Medienprojekte sollten aus unserer Sicht bei ihrer Auswahl russische Regionaljournalisten noch stärker berücksichtigen. Wie unsere Recherchen ergeben haben, brauchen viele Kollegen mehr Ermutigung für ihre journalistische Praxis, aber auch einen intensiveren Erfahrungsaustausch. Sie benötigen mehr Informationen über alternative Finanzierungsmodelle und Regionaljournalismus in anderen Ländern, aber auch eine bessere Vernetzung untereinander. Die Zukunft der russischen Medienlandschaft wird sich in der breiten Fläche des Landes entscheiden und nicht allein in der Hauptstadt Moskau.

Titel

Helden und Handlanger: Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen

Herausgeber

Reporter ohne Grenzen e. V., Skalitzer Straße 101, 10997 Berlin,
Tel: 030 615 85 85, kontakt@reporter-ohne-grenzen.de, www. reporter-ohne-grenzen.de

V.i.S.d.P.

Gemma Pörzgen

Rechercheure und Autoren

Mareike Aden, Erik Albrecht, André Ballin, Moritz Gathmann, Florian Willershausen

Konzeption

Gemma Pörzgen, Dirk Sager

Koordinator

Moritz Gathmann

Redaktion

Gemma Pörzgen

Redaktionelle Mitarbeit

Ingrid Holzmayer, Anja Viohl, Lea Gschwind

Karten

Ansgar Gilster

Layout

Kerstin John, Kommunikationsdesign

Druckerei

Bunter Hund

Erscheinungsdatum

September 2009

Ohne Pressefreiheit bleiben Opfer unsichtbar

In vielen Ländern haben Opfer keine Stimme, kein Gesicht und keinen Namen. Ohne die Arbeit unabhängiger Medien bleiben sie im Verborgenen. Ein Bild, ein Wort oder eine Frage kann in diesen Ländern drastische Folgen haben: Die Verfolgung, Inhaftierung oder gar Ermordung von Journalistinnen und Journalisten. Dennoch lassen sich viele von ihnen nicht einschüchtern. Sie berichten weiter – oftmals unter Einsatz ihres Lebens.

Verfolgte Journalistinnen und Journalisten brauchen Schutz und Öffentlichkeit!

»Reporter ohne Grenzen« | was wir tun

- wir recherchieren und dokumentieren Verstöße gegen die Pressefreiheit weltweit
- wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen und Journalisten in Gefahr sind
- wir kämpfen gegen Zensur und restriktive Pressegesetze
- wir helfen Medien sowie Journalistinnen und Journalisten finanziell

»Reporter ohne Grenzen« | das globale Netzwerk

- 120 Korrespondentinnen und Korrespondenten
- 9 Sektionen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Österreich, Schweden, der Schweiz und Spanien
- 3 Büros in Washington, Tokio und New York
- 15 Kooperationspartner in Afghanistan, Bangladesch, Birma, DR Kongo, Eritrea, Kolumbien, USA, Pakistan, Peru, Rumänien, Russland, Somalia, Syrien, Tunesien und Belarus

»Reporter ohne Grenzen« | Agenda für die Pressefreiheit

- Internet Freedom Day
Am 12. März protestieren wir international gegen Internetzensur
- Internationaler Tag der Pressefreiheit
Der 3. Mai ist Anlass für Aktionen und Berichte. Außerdem zeigt unsere Liste »Feinde der Pressefreiheit«, wer weltweit hinter den Repressionen steht
- Rangliste
Im Oktober vergleicht ein Ranking die Informationsfreiheit in über 170 Ländern
- Menschenrechtspreis
Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember ehren wir mutige Journalistinnen und Journalisten sowie Internet-Dissidentinnen und -Dissidenten

Die Finanzierung von »Reporter ohne Grenzen« | Politisch und wirtschaftlich unabhängig

»Reporter ohne Grenzen« finanziert sich durch den Verkauf von Fotobänden, aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie durch Auktionserlöse und Stiftungsgelder.

International anerkannt

Als internationale Menschenrechtsorganisation schaffen wir den Betroffenen Gehör. Wir haben Beraterstatus

- beim Menschenrechtsrat der UNO
- bei der UNESCO
- beim Europarat

Ohne Pressefreiheit bleiben Opfer unsichtbar.

Mit Ihrer Hilfe können wir etwas dagegen tun.

Werden Sie Mitglied bei Reporter ohne Grenzen!

Informieren Sie sich auf unserer Webseite
www.reporter-ohne-grenzen.de

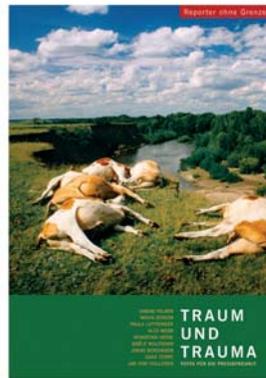
**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR PRESSEFREIHEIT



Tatorte
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2009
ISBN 978-3-937683-23-2



Nahtstellen
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2008
ISBN 978-3-937683-19-5



Traum und Trauma
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2007
ISBN 978-3-937683-12-6



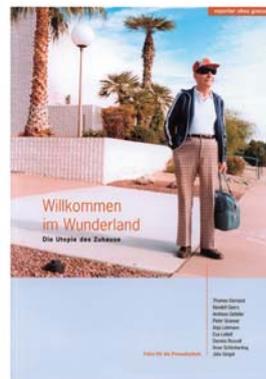
Quer
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2006
ISBN 978-3-937683-06-5



Respekt.
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2005
ISBN 3-937683-01-1



Grenzgänge
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2004
ISBN 3-937683-00-3



Willkommen im Wunderland
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2003
ISBN 3-9806917-7-2



ÜberLeben im Alltag.
Fotos für die Pressefreiheit
Ausgabe 2002
ISBN 3-9806917-4-8

Es gibt viel zu sehen.

Entdecken Sie die aufregendsten Fotografen der Welt.

Alle Fotos schildern Ihnen eine Geschichte, ein Leben, einen Traum. Sie sind mutig, radikal und sie gehen unter die Haut.

„Verblüffende Fotos“ | FAZ, 3.5.2008
„Die Aufnahmen zeigen weder Aggression noch Kriegselend und sind doch radikal.“ | Amnesty Journal, 7/2008

Mehr als 100 Fotografinnen und Fotografen zeigen uns in der Reihe „Fotos für die Pressefreiheit“ ihre Sicht der Dinge und gewähren uns Einblicke in die Vielschichtigkeit der Welt.

Mit dem Kauf der Bildbände finanzieren Sie medizinische Hilfe, Anwaltskosten und Öffentlichkeitsarbeit für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.

Vervollständigen Sie Ihre Sammlung !

Bestellen Sie unter:
www.reporter-ohne-grenzen.de

Dort finden Sie genauere Informationen zu den einzelnen Fotobänden, das Bestellformular und können sicher und bequem online bezahlen.

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR PRESSEFREIHEIT

Tel.: 030 615 85 85
Fax: 030 614 56 49
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

Preis: je 12 € inkl. Versand
Nur gegen Vorkasse (Überweisung oder online über unsere Webseite)
Berliner Volksbank BLZ: 100 900 00 Konto-Nr.: 566 7777 080